In der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 83 wurde der, angeblich Wunder bewirkende, "heilige Rock Christi", aus der Basilika von Saint - Denis, in Argentueil (Frankreich), gemopst b. z. w. entführt. Bei dieser Reliquie handelt es sich um eine braune Wolltunika, als modischer Einteiler gedacht, die der Legende nach dem gekreuzigten Jesus C. aus B., von römischen Soldaten abgenommen und beim Pokern verspielt wurde. Das begehrte Stück war das erste seiner Art - es besaß den bewährten Doppelvlies und die superelastischen, rutschfesten Bündchen (die Idee wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von der Industrie wieder aufgegriffen. Anm. d. Red.).

Das Textil wurde etwa im Jahre 800 von Irene, Kaiserin des Orients, dem Großen Karl geschenkt. Dieser wiederum vermachte es seiner Tochter, der Abtissin von Argentueil - und seit dieser Zeit wird der Rock gefaltet in der Basilika aufbewahrt. Obwohl großzügige Angebote aus Dallas und Denver vorliegen, wurde das gute Stück bisher noch nicht verkauft.

Alle 50 Jahre wird es den staunenden Gläubigen gezeigt, nachdem es mit Ariel (jetzt auch bei 95° Grad) im Hauptwaschgang gewaschen und durch die Aprilfrische von Lenor kuschelweiche Langzeitwirkung erfahren hat. 1984 wäre der nächste Termin gewesen ....

Doch da geschah es! Am 12.12.83 gab eine anonyme Stimme bei der linken Tageszeitung Libération den Diebstahl mit folgenden Worten bekannt: " Wir werden die Tunika nur nach der Freilassung von Frederic Oriack, Pierre Menard und Marina de Silva (Mitglieder der illegalen Organisation "Action Directe") zurückgeben."

Der Telefonanruf erreichte die Redaktion noch bevor der Diebstahl entdeckt war.

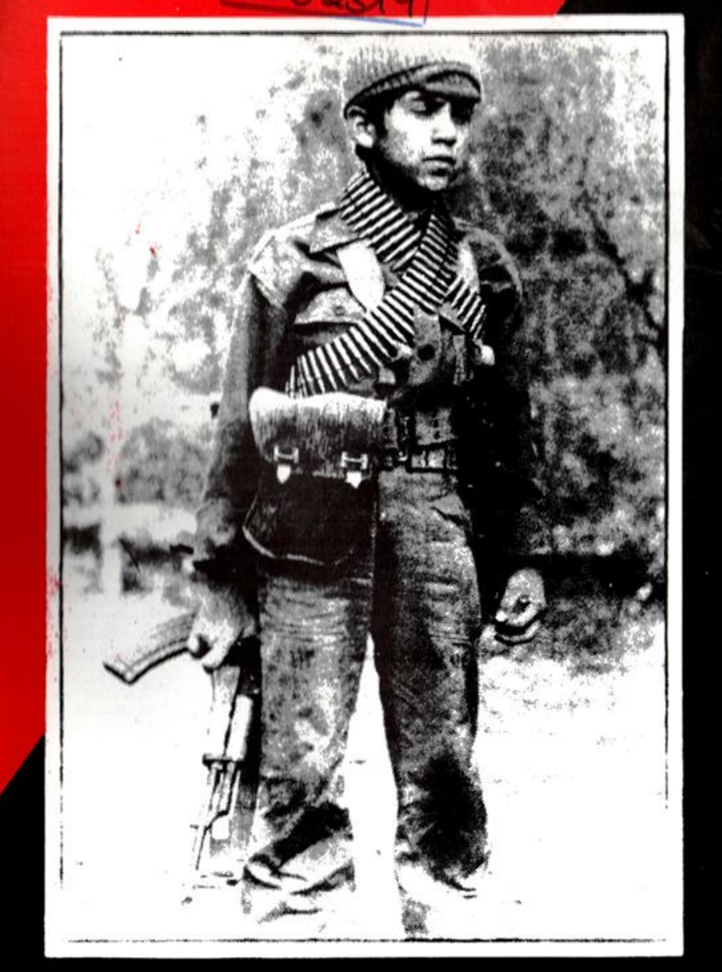
Bei dem vierten Telefonat stellte die Stimme eine weitere Forderung: " Wir verlangen, daß die Kirche die Summe von 300.000 Francs (100.000 DM) an die polnische Solidarnosc überweist." (Was der fromme Walesa wohl dazu sagt ??) Zahlungsfähig wäre die Kirche, da sie das Vermögen des Prinzen von Monaco besitzt. Außerdem wurde der Revolutionär J. C. von religiösen Imperialisten umgelegt .... Wenn das die Götter wüßten! Für den Fall der Nichterfüllung der Bedingungen drohte die unbekannte Stimme damit, daß das nächste Mal härter zugeschlagen würde. Wir wissen leider nicht, wie der freundliche Herr dies meinte, aber wie wäre es mit einer Entführung der umfangreichen, farbenfrohen Parisersammlung des Papstes ?

Das letzte, was wir in Erfahrung bringen konnten, war, daß der Pfarrer von Argentueil um den Zustand der Antiquität besorgt ist - denn wie jeder weiß, sind Terroristen schmutzig und wo Schmutz ist, sind auch Motten! Igitt.

AKTION

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN



REDAKTION

AKTION
Postlagerkarte
031 301 B
6 Frankfurt/M. 17

KONTO

K. Cohrs
Postscheckkonto
3337 97-601
Pscha. Ffm
BlZ 500 100 60

VERTRIEB

Anares-Medien
Mühle 28
5270 Gummersbach 31

Berlin:

Regenbogen
Seelingstraße 47
1000 Berlin 19

In eigener Sache

Liebe Leser,

dies ist nun die erste Ausgabe der AKTION seit einem Jahr. Unsere "Pause" hatte eine einzige Ursache: wir waren pleite und keiner von uns hatte einen Job um mal wieder Geld draufzuzahlen. Unseren Raum in der Mainzer Landstr. mußten wir natürlich auch aufgeben - also nur noch Post an die POSTLAGERKARTE 031 301 B, 6000 Frankfurt/M 17!

Aus finanziellen Gründen haben wir bisher auch weder Anfragen noch Probeabo Bestellungen beantwortet. Es waren zu viele und wir wollten das Geld lieber für eine neue Ausgabe sparen. All diese Post wird jetzt mit dieser Ausgabe beantwortet.

Und jetzt mal wieder ein Wort an einige Wiederverkäufer!
Wir warten immer noch auf die Bezahlung von offenen Rechnungen, in Höhe von etwa 2000. - DM. Wir erwarten daß das Geld bis zum 1. März endgültig unserem Konto überwiesen wurde - sonst gibts Ärger.
Es macht schrecklich wenig Spaß Zeitungen Zeitungen zu machen, die dann aus Mangel an Geld nicht gedruckt werden können.

Im Moment müssen wir mit einer schwierigen Situation klarkommen: viele Käufer der AKTION haben das Nachfragen in den Buchläden und Kneipen schon längst aufgegeben. Wenn wir aber eine geringere Auflage gedruckt hätten, wäre dies kaum billiger gewesen. Also haben wir mal wieder auf Risiko gesetzt und hoffen, daß es klappt.
Wenn ihr wollt, daß die AKTION weiter erscheint, überlegt euch doch mal ob ihr bei euch in den Städten nicht 5, 10 oder sogar 100 Stück verkaufen könnt. Die Redaktion dankt es euch nicht nur mit warmen Worten sondern auch mit 30 % vom Verkaufspreis. Außerdem wären wir dann in der Lage öfter zu erscheinen, was uns sehr gut gefallen würde ...

In der Zwischenzeit haben wir eine A4 Offsettmaschine geschenkt bekommen und haben versucht selber drucken zu lernen. (Ob es uns gelungen ist, seht ihr ja an diesem Heft!?) Dadurch hat sich der Herstellungspreis auch erheblich reduziert, was uns zum Nachdenken über die genossenen "Solidaritätspreise" veranlaßt hat, doch dazu werden wir uns später noch einmal auslassen.

Nun zu etwas anderem: seit einem halben Jahr laufen Gespräche mit anderen anarchistischen Zeitungen über eine Zusammenlegung, mit dem Ziel eine möglichst auflagenstarke, national vertriebene, preiswerte und inhaltlich gute Zeitung auf die Füße zu stellen. Leider sind inzwischen aber nur die AKTION und die SCHWARZE ANNA aus Wuppertal bereit ein gemeinsames Projekt zu versuchen. Eine Probenummer haben wir für Mai 85 vorgesehen, sie wird aber mit den alten Zeitungsköpfen erscheinen, also als AKTION und ANNA.

PREIS 2.50 DM



erscheint seit Januar '80
6 Nummern 15,- DM
12 Nummern 30,- DM
Probeexemplar f. 2,- in Briefm.
AKTION - ~~Mainzer Landstr. 147 6 Ffm 1 oder~~ Postlagerk. 031 301 B 6 Ffm 17
K. Cohrs, Postscheckkonto 3337 97-601
Pscha. Ffm, BLZ 500 100 60

INHALT:













SOZIALE KONTROLLE



Einer der wenigen Orte, an denen Arbeitslose regelmäßig zusammen kommen, Erfahrungen austauschen können, ihre Wut über ihre Situation, die Schikanen und Sauereien der Arbeitsämter laut werden lassen, ist das Arbeitsamt, früher die Stempelstellen. Die Auswirkungen der Computerisierung der Arbeitsämter beschreibt der folgende Artikel, den wir der ANNA-Zeitung bergischer Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten Nr. 15 entnommen haben.

Einer der wenigen Orte, an denen Arbeitslose regelmäßig zusammen kommen, Erfahrungen austauschen können, ihre Wut über ihre Situation, die Schikanen und Sauereien der Arbeitsämter laut werden lassen, ist das ARBEITSAMT, früher die Stempelstellen.

In der großen Weltwirtschaftskrise, in der seit 1929 Millionen von Arbeiter/inn/en auf die Straße geworfen wurden, gingen von den Stempelstellen gemeinsame Aktionen gegen die immer schlimmer werdenden Bedingungen aus. Es kam zu Stempelstreiks, die sich gegen die Beseitigung von Kontrollstellen oder gegen die Erhöhung der Kontrolltage richteten. Gegen die Kürzung der Unterstützung wurde gemeinsam durch Demonstrationen die Auszahlung der vollen Unterstützung durchgesetzt. Aus diesen Aktionen heraus wurden Ausschüsse der Arbeitslosen gebildet, die die Forderungen vortrugen.
Die Arbeitslosen sind heute in vielfältiger Weise gespalten, in verschiedene Kategorien unterteilt und jedem wird eine ganz individuelle Perspektive gewiesen - Übergang in die Rente, blödsinnige Ausbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen, kurzfristige Jobs oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
Trotzdem gibt es einen <u>täglichen Widerstand</u> auf den Ämtern, in Form eines permanenten Kleinkrieges. Er wird im Verborgenen geführt und dringt nur selten an die Öffentlichkeit - aber die Amtsbosse und der Staat sind sich der Bedrohung durchaus bewußt. Es ist auch weder ein offener, noch ein gemeinsamer Kampf und die Ämter setzen alle Mittel ein, um jeden Ansatz von gemeinsamem Widerstand zu unterbinden. Aber dieser Kleinkrieg ist ein unmittelbarer Ausdruck der Auflehnung gegen die Gewalt, die dieses System Menschen antut, gegen die zynische Verwaltung ihrer Lebensbedürfnisse.

"IN DEN LOKALTEILEN DER TAGESPRESSE TAUCHEN IMMER HÄUFIGER MELDUNGEN ÜBER ARBEITSLOSE AUF, DIE IN ARBEITSÄMTERN NICHT MEHR AN SICH HALTEN KÖNNEN. MELDUNGEN ÜBER 'ZU BRUCH GESCHLAGENE 'BÜROEINRICHTUNGEN UND SOGAR TÄTLICHE ANGRIFFE AUF SACHBEARBEITER. IN WUPPERTAL SOLL ES SOGAR SCHON EINMAL ZU EINER GEISELNAHME GEKOMMEN SEIN. ANGESTAUTE AGRESSIONEN MACHEN SICH DORT LUFT. DIE TÄTER SIND MEISTENS ARBEITSLOSE, DIE SICH SEIT VIELEN MONATEN UND OFT JAHREN VERGEBLICH DIE HACKEN NACH EINEM JOB ABRENNEN."
(Frankfurter Rundschau, 25.4.83)

TECHNOLOGISCHER GEGENSCHLAG

Der "technische Fortschritt" wird auch auf den Ämtern konsequent eingesetzt - und den Betroffenen noch als "Service" verkauft. Der harte Kern der Technisierung der Verwaltung von Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern ist aber ihre Beherrschung und bessere Ausnutzung. Die Betroffenen und Antragsteller sollen zum einen VEREINZELT werden, zum anderen keine Möglichkeit mehr erhalten, dem Zwang zur Arbeit auszuweichen - indem das Amt alle Daten über sie erhält und per Computer sekundenschnell ausgemacht wird, wo selbst die kaputteste Arbeitskraft noch Profit abwirft.
Um jegliche Randale und Konflikte auszuschließen, sollen die Arbeitslosen vom Amt f e r n gehalten werden und trotzdem extrem kontrollierbar sein. Die neue Technik macht's möglich!
Heute geht keiner mehr wöchentlich auf's Amt, um sich die Kohle abzuholen. Dank der Elektronik gibt es den bargeldlosen Zahlungsverkehr.
Auf einem Computerkongreß wurde der oberste Amtsboss STINGL im engen Kreis der Herrschenden und Techniker deutlich:

"HÄTTEN WIR HEUTE NOCH DIE STEMPELSTELLEN DER 30ER JAHRE MIT DEN RIESIGEN WARTESCHLANGEN DER ARBEITSLOSEN, SO KÖNNTE HIER ALLERLEI UNHEIL GESTIFTET WERDEN. DER ÜBER DATENVERARBEITUNGSANLAGEN ABGEWICKELTE ZAHLUNGSVERKEHR BRINGT DEN GROSSEN VORTEIL, DIE MÖGLICHKEITEN ZUR AGITATION ZU VERRINGERN."
(Stingl, 81)

Die Technisierung des Kontaktes zum Amt greift mit den neuen Techniken nun auf die A r b e i t s v e r m i t t l u n g über. In Berlin wird zur Zeit erprobt, den gesamten Kontakt mit dem Arbeitsamt über das neue M e d i u m Bildschirmtext (BTX) ablaufen zu lassen. Du sitzt dann zu Hause in deiner Wohnzelle und bekommst über Telefon auf den Bildschirm die Anweisung, wo Du malochen sollst. Da gibt es dann keine Diskussionen mehr, entweder Du parierst - oder der Computer sperrt Dir automatisch das Geld. Da sich bei den momentanen Gebühren kaum ein Arbeitsloser einen BTX-Anschluß leisten kann, sollen auf den Postämtern BTX-Terminals wie öffentliche Telefone aufgestellt werden. Auch so werden Widerstandsmöglichkeiten gegen die Ämter ausgeschlossen.

DER VERMITTLUNGSCOMPUTER SCHLÄGT ZU: COARB

Nachdem die Leistungsabteilung schon weitgehend automatisiert ist, kommt in den nächsten Jahren die A r b e i t s v e r m i t t l u n g dran. Die gesamte Arbeitsvermittlung der BRD soll bis 1886 auf ein automatisiertes Verfahren umgestellt sein: Computergestützte Arbeitsvermittlung (COARB) heißt das verharmlosend. Zur Zeit wird dieses System in Hessen erprobt, um die letzten Schwierigkeiten für die allgemeine Einführung aus dem Weg zu räumen. In der ersten Phase von COARB kann sich der Arbeitsvermittler auf dem Bildschirm in seinem Büro die Stellenangebote einer bestimmten Branche oder Ausbildung anzeigen lassen. Das ist nicht nur "bequemer", sondern macht vor allem eine reibungslose Ausweitung der "zumutbaren" Arbeit möglich. Im Prinzip kann er die Stellen aus dem gesamten Bundesgebiet abrufen.

Die Arbeitslosen werden so mittels Computer m o b i l gemacht. Arbeitslos in Köln? Wir hätten da eine Stelle in Stuttgart für Sie! Wie, Sie wollen nicht nach Stuttgart? - S p e r r z e i t !
Oder: ganz "objektiv" wird festgestellt, wer nicht mehr "vermittlungsfähig" ist. Für Ausländer bedeutet das die NICHT-Verlängerung der Arbeitserlaubnis, der erste Schritt zur Abschiebung.

Im Arbeitsamt in Gießen sind die Karteien bereits in vier Kategorien eingeteilt:
U - uneingeschränkt verwendungsfähig,
V - Vermittlungshilfe notwendig,
F - Förderungshilfe notwendig,
G - geringe Erfolgsaussichten auf Vermittlung.
In der Praxis heißt das, daß die Arbeitslosen der Klasse "G" gar nicht mehr zur Arbeitsvermittlung kommen - dies gilt auch für alle Sozialhilfeempfänger - sondern für sogenannte GEMEINNÜTZIGE ARBEITEN eingesetzt werden.

In der zweiten Phase der Computerisierung werden dann auch die gesamten Daten der gemeldeten Arbeitslosen gespeichert. Dazu gehören nicht nur Ausbildung, Beruf, frühere Arbeitsstellen, sondern auch die Urteile früherer Arbeitgeber, Kündigungsgründe, Krankheitsverläufe, ärztliche und psychologische Gutachten etc.. Der Computer nimmt dann einen automatischen "Profilabgleich" vor - d.h., er bestimmt, welcher Arbeitslose welchem Job zugeordnet wird. Keine Chance mehr, mit dem Vermittler zu verhandeln, ihm bestimmte Schwierigkeiten klarzumachen. Für das Kapital wird das Arbeitsamt damit noch effektiver um billige und fügsame Arbeitskräfte zu rekrutieren. Der Computer filtert die gewünschten Arbeitskräfte aus den abgespeicherten Arbeitslosen - im Prinzip aus dem ganzen Bundesgebiet - heraus.

DAS ARBEITSAMT IM EINSATZ FÜR DIE MULTIS

Erst so wird das Arbeitsamt auch seiner Funktion für die neue Ausbeutungsstrategie in den westlichen Metropolen gerecht. Die statistische Zahl von 2.5 Mill. Arbeitslosen verdeckt die tatsächliche Gier des Kapitals nach ausbeutbarer Arbeit.
Das Kapital hat nicht umsonst seit 1974 Millionen Arbeiter/inen auf die Straße gesetzt. Nicht weil es auf deren Ausbeutung verzichten wollte, sondern weil die Löhne, gerade die der An- und Ungelernten (oft Frauen u. Ausländer), zu hoch und deren "Leistung" zu gering geworden waren.
In den Streiks am Anfang der 70er Jahre hatten sich ja gerade diese Gruppen eine verbesserte Position gegenüber den Bossen erkämpft.

Die ganze Operation des multinationalen Kapitals seit 1974 zielt darauf hin, wieder eine breite Schicht von profitabler Billiglohnarbeit zu schaffen, die beliebig und ohne Rücksichtnahme auf Arbeitsschutzgesetze ausgebeutet werden kann. Zu diesem Zweck wurde der Arbeitsmarkt in Bewegung gebracht. Immer weniger Beschäftigte sollen auf die Garantien einer langjährigen Betriebszugehörigkeit zurückgreifen können.
So werden Arbeitskräfte nur noch kurzfristig eingestellt und mit jedem neuen Wechsel, jeder neuen Entlassung kann dem Arbeiter wieder ein Stück seines Lohnes und seiner Ansprüche gestohlen werden. 1982 wurden 6 Millionen Arbeitsverträge gekündigt und wieder begonnen - mit kurzer Arbeitslosigkeit dazwischen. Da kommt das Arbeitsamt nicht mehr mit. Nicht nur, weil es trotz fleißiger Beteiligung an illegalen Vermittlungspraktiken der Multis noch zu sehr auf die Gesetze achtet - deren Änderung wird gerade vorbereitet -, sondern auch weil es durch diese rasante Mobilisierung des Arbeitsmarktes überfordert war. Heute werden gerade



3% aller neuen Arbeitsverträge vom Arbeitsamt vermittelt.
Mit dem COARB-System und den anstehenden Gesetzesänderungen sind die Arbeitsämter wieder in der Lage, die extreme Mobilität der Arbeiter in Gang zu halten, zu steuern und zu kontrollieren. COARB ist die technische Basis der Arbeitsmarktpolitik des kommenden Jahrzehntes, die an den Bedürfnissen der MULTIS - nach Billiglohnarbeit in den Metropolen ausgerichtet ist.

ZWANGSARBEIT PER COMPUTER

Daneben muß der Staat die Ausbeutung ungenutzter Arbeitskraft selbst organisieren - schon damit die Arbeitslosen nicht anfangen, ihre freie Zeit zum Aufruhr gegen Kapital und Staat zu nutzen. Daher konzentrieren sich auch alle "Beschäftigungsmaßnahmen" auf die Jugendlichen.
Der CDU-Stratege GEORGE hatte als erster darauf hingewiesen, wie sich die Disziplinierung dieses Potentials mit der Gewinnung spottbilliger Arbeitskraft verbinden läßt:

"LEGITIM WÄRE IN DIESEM ZUSAMMENHANG AUCH DIE GENERELLE FRAGE, OB NICHT BEI BEDARF UNTERSTÜTZTE ARBEITSLOSE - MINDESTENS NACH AUSLAUFEN DES ARBEITSLOSENGELDANSPRUCHS - ZUR LEISTUNG GEMEINNÜTZIGER ARBEIT HERANGEZOGEN WERDEN SOLLTEN ..."
(CDU/CSU-Pressedienst, 13. 7. 83)

Im Entwurf eines "Programm(s) zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" hat die CDU diesen Vorschlag konkretisiert: alle Jugendlichen Arbeitslosen unter 28, die Arbeitslosenhilfe beziehen, sollen zu dieser Zwangsarbeit - die es heute schon für Sozialhilfeempfänger gibt - herangezogen werden. (Siehe hierzu AKTION 4/83) Darüberhinaus sollen sich Jugendliche auch freiwillig melden können. So wie beim Arbeitsdienst. In Köln müssen schon heute etwa 800 Sozialhilfeempfänger für etwas mehr als 1 Mark auf dem Friedhof, in städtischen Wäschereien oder Heimen schuften. Die Gemeinde spart so Geld für Festangestellte, die sozialversichert werden müßten, Urlaubsansprüche haben etc..
Die Ausdehnung dieser Zwangsarbeit auf die Empfänger von Arbeitslosenhilfe wäre organisatorisch kein Problem. In Köln wird die Verwaltung der Sozi - Zwangsarbeit schon heute von der Verbindungsstelle zwischen Arbeits- und Sozialamt organisiert. Da die Arbeitsämter nicht den Gemeinden unterstehen, kann auch der Bereich der Arbeiten beliebig ausgeweitet werden: AKW oder Autobahnbau mit Zwangsarbeit.
Das Vermittlungssystem COARB steht auch für diese Aufgabe bereit. Erst durch dieses Computer System lassen sich 1 Mio. jugendliche Arbeitslose effektiv in Zwangsarbeiten pressen - und wenn die Speicher der Arbeitsämter erst mit den Dateien der Schulen verbunden sind, kann kaum jemand mehr dem Zugriff des Amtes entkommen, egal ob er als Arbeitsloser gemeldet ist oder nicht!



ZU BESTELLEN BEIM BUCHVERTRIEB DER AKTION:

Postlagerkarte 031 301 B
6000 Frankfurt/M 17

Konto: K. Cohrs, Postscheckkonto 3337 97 - 601, Pscha Ffm, BLZ 500 100 60



FRIEDEN:

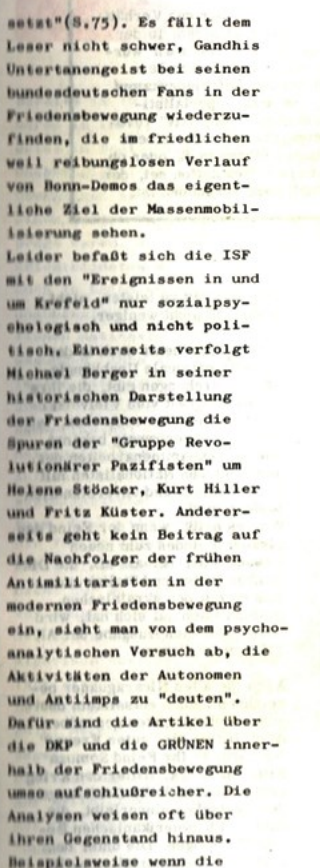


JE NÄHER MAN HINSCHAUT DESTO FREMDER SCHAUT ES ZURÜCK.



"Im Herbst 1983 hat die deutsche Friedensbewegung erneut bewiesen, daß, wer für den Frieden eintritt, deswegen noch lange nichts gegen den Krieg und seine Vorbereitung unternehmen muß." Schon der erste Satz spricht das Thema an, mit welchem sich die 18 folgenden Artikel auf annähernd 300 Seiten befassen werden: den Unterschied zwischen Friedensbewegung und Antimilitarismus. Vom Standpunkt unabhängiger Sozialisten aus und mit den Methoden der kritischen Theorie - was sich leider auch in der Form einer soziologischen Seminarsprache niederschlägt - wird nach den historischen Vorläufern der Friedensbewegung, ihrer sozialen Herkunft und ihren politischen Aussagen gefragt. die Mythen der Friedensbewegung werden zerstört und ihr wird vorgeworfen, sie werde "zu einem Teil des Übels, für dessen Therapie sie sich irrtümlich" halte. Sie sei "unfähig, aus ihren Erlebnissen Erfahrungen zu gewinnen". Und weiter:"Sie bleibt der Herrschaft der sozialen Amnesie unterworfen und bestätigt im geschichtslosen, voraussetzungslosen Hier und Jetzt ihrer Aktionen nur, wie sehr die Gesellschaft sich zum Psychodrom gewandelt hat,"(S.285). So weist Günther Anders in seiner Ansprache auf dem 3. Forum der Krefelder Initiative am 17.9.1983 in Bad Godesberg auf die "schräge Kausalität" zwischen Fasten für den Frieden und Rüstungsproduktion hin.

In einem anderen Beitrag weist die Herausgebergruppe ISF (Initiative Sozialistisches Forum Freiburg) nach, daß das große Vorbild der Friedensbewegung, Mahatma Gandhi, ein treuer Untertan des Staates und der britischen Krone war. Gandhi, der vor seiner Übersiedlung nach Indien in Südafrika lebte, wo er durch seine Aktivitäten berühmt wurde, greift im Burenkrieg für die herrschende (britische) Staatsmacht Partei: "Man mag der Überzeugung sein, daß das Recht auf Seiten der Buren ist; aber es geht nicht an, daß jeder einzelne Untertan eines Staates seine eigene Meinung in allen Fällen durch-



setzt"(S.75). Es fällt dem Leser nicht schwer, Gandhis Untertanengeist bei seinen bundesdeutschen Fans in der Friedensbewegung wiederzufinden, die im friedlichen weil reibungslosen Verlauf von Bonn-Demos das eigentliche Ziel der Massenmobilisierung sehen.
Leider befaßt sich die ISF mit den "Ereignissen in und um Krefeld" nur sozialpsychologisch und nicht politisch. Einerseits verfolgt Michael Berger in seiner historischen Darstellung der Friedensbewegung die Spuren der "Gruppe Revolutionärer Pazifisten" um Helene Stöcker, Kurt Hiller und Fritz Küster. Andererseits geht kein Beitrag auf die Nachfolger der frühen Antimilitaristen in der modernen Friedensbewegung ein, sieht man von dem psychoanalytischen Versuch ab, die Aktivitäten der Autonomen und Antiimps zu "deuten". Dafür sind die Artikel über die DKP und die GRÜNEN innerhalb der Friedensbewegung umso aufschlußreicher. Die Analysen weisen oft über ihren Gegenstand hinaus. Beispielsweise wenn die Betrachtung der Rolle der DKP in der Friedensbewegung Einblick in die Hintergründe des Konzeptes der "Friedlichen Koexistenz" ermöglichen. Hierzu heißt es:" So kann der von der Sowjetunion geschützte Frieden nur als Friedhofsruhe interpretiert werden, der die sowjetischen Bürokraten zur Sicherung ihrer Herrschaft bedürfen"(S.202). Kaum besser als am Beispiel des Neonationalismus und -patriotismus der so verschiedene Leute eint, wie den NPD-Vorsitzenden Martin Mußnug und den Grünen Rudolf Bahro, Michael Kühnen, Rudolf Augstein, Heiner Geißler, Helmut Gollwitzer, Pfarrer Albertz, Martin Walser usw. usf., läßt sich die völlige Entpolitisierung und Enthirnung der Friedensbewegung zeigen.
Fazit der Kritischen:"Das sichere, aus ihrer Natur folgende Ende der Friedensbewegung nicht passiv abzuwarten, sondern es im Interesse wirksamer antimilitaristischer Opposition praktisch herbeizuführen - das wäre ein Zeichen von Freiheit und zugleich der Möglichkeit, den letzten Weltkrieg doch noch zu verhindern"(S.289). 1984 ist die Friedensbewegung schon im Niedergang begriffen. Es liegt nun an der gesamten kritischen Linken, ob sozialistisch oder anarchistisch, die Friedensbewegung durch antimilitaristische und staatskritische Positionen und Aktionen zu repolitisieren und somit zu einer effektiven Waffe gegen kriegsverursachenden Systeme zu machen. Hierzu leistet dieses Buch einen ersten Beitrag.

Alexander Anders

Aus dem Inhalt:
Die Mobilmachung des christlichen Terrorismus ● Maschinensystem und Lebensbewegung (Achim Szepanski) ● Lebensschutz und Nationalpolitik (Wolfgang Pohrt) ● Zur Soziologie und Geschichte der Friedensbewegung ● Ghandi — Der Import eines Mythos ● Krefeld und Loccum — der kleinbürgerliche Charakter in Aktion ● Parteikommunismus und Pazifismus ● Über die Survivalists (Wolfgang Pohrt) ● Frieden zwischen Jena und Bautzen ● Sabotiert die Friedenssabotierer (Günther Anders) ● »Wir halten durch, wir halten Händchen, wir singen euch ein Widerständchen« und andere Texte von Matthias Deutschmann ● Historische Vorläufer der Friedensbewegung (Michael Berger)

Ça ira Verlag, 296 S., 15,80 DM
Bezug über: regenbogen buchvertrieb, seelingstr. 47, 1 berlin 19



Mit dem folgenden Beitrag möchten wir eine Diskussion über das Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen und Revolution eröffnen. In der Redaktion beschäftigte uns die These, die besagt: Revolutionen würden in den kolonialisierten Ländern der Peripherie von nationalen Befreiungsbewegungen getragen. Somit sei der Befreiungskampf in den Ländern der sogenannten "Dritten Welt" von anti-imperialistischem Charakter, Nationalismus und Patriotismus dort "objektiv" revolutionär. Wir fragten uns ferner, ob der Befreiungskampf nach seinem Sieg zwangsläufig in den Aufbau eines neuen Staates führen muß, oder ob der nationale Befreiungskampf Teil einer sozialen Revolution sei, der mit einem Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden ist.

Die erste These ließe sich schärfer formulieren: jede Befreiungsbewegung strebtdie Kontrolle über den Staatsapparat an. Hat sie die Macht im Staat, so richtet sich ihr Augenmerk auf die Absicherung derselben. Also beisielsweise: "Das sandinistische Nicaragua ist ein Staat wie jeder andere."

Die Gegenthese hierzu: Die aus dem Volk hervorgehenden und vom Volk getragenen Befreiungsbewegungen streben die Befreiung des Volkes aus (meist oligarchischen) Zwangsverhältnissen an. In diesem Kampf nimmt das Volk sein Geschick selbst in die Hand und stellt die Weichen für tiefgreifende soziale Veränderungen. Der Sieg über die Vertreter des alten Systems ermöglicht es der Befreiungsbewegung, revolutionäre Maßnahmen durchzusetzen.

Die anarchistische Position kann nicht eine bloße Verkehrung der "Sieg im Volkskrieg" Forderung der K-Gruppen der siebziger Jahre sein. Ebenso muß sie sich kritisch mit der Theorie der anti-(US) imperialistischen Gruppen auseinandersetzen, die in der hegemonialen NATO-Strategie der Metropolen den Hauptfeind der Befreiungsbewegungen der peripheren Länder sehen. Dabei wird die Sowjetunion als Rückrat dieser Bewegungen gesehen. Die Kämpfe in der "dritten Welt" werden als Teil des Kampfes gegen das hiesige "Schweine-System" verstanden. Eine anarchistische Position wird auch aus der Unterstützung von Befreiungsbewegungen wie beispielsweise in Vietnam ihre Schlüsse ziehen und sich ebenfalls an der Frage der (kritischen) Solidarität messen müssen. Das Unwohlsein vieler Genoss/inn/en in dieser Hinsicht, die "trotzdem solidarisch" sind, spiegelt die Widersprüchlichkeit wieder, die ihre Ursache in nicht gestellten Fragen hat:

Wie ist das Verhältnid der Befreiungsbewegungen zur Macht?
Zum Staat?
Zu Minderheiten?
......?

Und zuletzt: eine anarchistische Position ausarbeiten zu wollen, kann nur heißen, einen Diskussionsbeitrag zu leisten, nicht mehr und nicht weniger.

Daß es auch heute noch in der Ukraine nationale Unabhängigkeitsbestrebungen gibt, die ihre Unabhängigkeit vom Vielvölkerstaat Sowjetunion anstreben, ist vieleicht ebensowenig bekannt, wie das Zusammenarbeiten der ukrainischen Nationalisten mit Hitlerdeutschland unverständlich bleiben muß.
Was es heißt, wenn der Feind des eigenen Feindes zum neuen Freund wird (damals zB. die Diktatoren Hitler und Stalin) und was es mit den ukrainischen Nationalisten auf sich hat, wird in der nächsten Ausgabe der AKTION beschrieben.

Auch die alten Nicaraguaner bezeichnen manch entsetztem deutschen Polittouristen gegenüber Adolf Hitler als "guten Freund". Der Grund: Ihr Feind Somoza hatte im 2. Wk. Hitler den Krieg erklärt und sich die Besitzungen der Deutschen einverleibt, die dann in US-amerikanischen Besitz übergingen. Die unter dem Joch des US-Imperialismus leidenden Nicas blickten daher wohlwollend zum fernen Deutschland.
Jahrzehnte später wird dieser Blick erwiedert. Diesmal sind es Deutsche (Linke), die den US-Imperialismus anprangern und auf Nicaragua ihre Hoffnungen setzen. Nicaragua gilt als Musterbeispiel für die Einheit von nationaler Befreiungsbewegung und Revolution. Kein Land hat sich in den letzten Jahren solcher Aufmerksamkeit und Debatten erfreut. Selbst der Vater des Radikalenerlasses, Willy Brandt, unterstützt die Revolution dort. Dort. Und die Autonomen erst recht. Da muß was dran sein. NICARAGUA - der Auseinandersetzung erster Teil.

Die Redaktion

ÜBER BEFREIUNGS BEWEGUNGEN — TEIL 1

Bereits im 19. Jahrhundert waren in Europa, beispielsweise in Deutschland und Polen, Unabhängigkeits- oder Freiheitsbewegungen entstanden, die von einem jungen Nationalismus geprägt waren. Nach dem 2. Weltkrieg bildeten sich verstärkt auch in Kolonien und pseudo-unabhängigen überseeischen Nationen nationale Befreiungsbewegungen. Ihre Zielsetzungen lassen sich trotz vieler Unterschiede auf zwei Begriffe zusammenfassen: Streben nach nationaler Souveranität und Aufbau einer mehr oder weniger sozialistischen Gesellschaftsform. Dies gilt besonders für die FLN in Algerien, die nach dem (Befreiungs)krieg 1954-61 nicht nur die Unabhängigkeit von Frankreich sondern auch die sozialistische Republik Algeriens ausrief. Ähnliches läßt sich für die nationalen Befreiungsbewegungen in Angola, Moçambik, Zimbabwe etc. sagen.
Die vorrangige Kampfform dieser Befreiungsbewegungen ist der "Kleinkrieg", auf spanisch "Guerilla".

Die anfängliche Zermürbungsaktionen der Guerilla sollen in einen regelrechten Volksaufstand (von manchen Volkskrieg' genannt) münden, der sich gegen die imperialistische Besatzungsmacht oder deren 'Marionettenregierung' richtet.
Die hegemoniale Macht behält sich vor, entweder direkt in die militärischen Auseinandersetzungen einzugreifen, wie beispielsweise in Vietnam (USA) oder Afghanistan (UdSSR) oder in Tibet (VR China). Oder aber sie läßt verbündete Mächte für sie kämpfen, wie beispielsweise Cuba für die Sowjetunion in Äthiopien gegen die eritreische Befreiungsfront; Frankreich für die USA im Tschad; Indonesien mit US-, britischen, französischen, italienischen und deutschen Waffen gegen Ost-Timor usw. Schließlich setzen die Hegemonialen Mächte auf die herrschenden Klassen und Cliquen, wenn es diesen gelingt, mit großzügiger militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung die Interessen ihrer Schutzpatrone zu wahren. USA: z. B. die Somozadiktatur bis 1979 in Nicaragua, das Schahregime im Iran bis 1980, das jetzige Duarte-Regime in El Salvador, unzählige Militärdiktaturen in Südamerika und auf der ganzen Welt; UdSSR: Syrien, Irak, Indien, Lybien, Cuba usw.
Es wäre schlicht falsch und vereinfachend, die nationalen Befreiungsbewegungen als bloßes Instrument der jeweilig anderen imperialistischen Macht zu sehen. Dies mag für die eine oder andere Gruppe zutreffen wie beispielsweise die UNITA in Angola, die von Südafrika und den USA gestützt wird, aber die Regel ist eine andere. Viele Befreiungsbewegungen sind untereinander befeindet wie in El Salvador, oder sind aus ethnischen, politischen oder sozialen Gründen in Kampf und Ziel uneins wie z. B. in Afghanistan.
Manchmal haben verschiedene Staaten ein Interesse daran, daß eine Befreiungsbewegung nie stark genug wird, den Status quo infrage zu stellen, aber doch noch so bedeutend zu sein, einen politischen

FORTSETZUNG auf S. 44

KURZES

Am 4. 2. 84 fand in Hannover eine Demo gegen die faschistischen Grauen Wölfe statt, wobei es zu Gewalttätigkeiten kam. Thomas, ein Genosse von der FAU wurde dabei verhaftet und der schweren Körperverletzung und des Landfriedensbruchs angeklagt. Da der Genosse Familienvater (2 Kinder) und arbeitslos ist, braucht er die Solidarität von uns. Die Prozeßkosten gehen ganz schön ins Geld.

KONTO:
Klaus Blume, Hannover,
Sonderkonto 307 631 - 305
Postgiroamt Hannover
Stichwort: 4. 2. !!

Wer von einem der folgenden Autos verfolgt wird, braucht keine Angst zu haben, es ist nur die POLIZEI.

Kennzeichen	Marke	Farbe
AB- R 986	Audi 80	dunkelblau
- W 742	Audi	beige
- AU 318	Audi	dunkelbraun
- N 897	BMW	weiss
- HZ 78	Audi	weiss
- V 782	Audi	weiss
- R 679	Audi	mittelblau
- AP113	Audi	rot
- P 573	Audi	weiss
- DS 42	Audi	weiss
- DY 85	Audi	weiss RADAR
- H 919	VW-Variant	hellblau
- CZ 980	Audi	weiss
- EY 73	Audi	weiss
- U 269	Audi	gelb
- D 137	Audi	weinrot
- Y 761	Audi	weiss
- CT 746	VW-Bus	weiss RADAR
- CW 457	Audi	dunkelrot
- AC 888	BMW	beige
- HN 89	BMW	beige
- EC 832	Audi	weinrot
- H 357	BMW	weiss
WÜ- PA 522	BMW	grün RADAR

In Marburg gibt es seit einiger Zeit wieder eine anarchistische Gruppe. Wer an Kontakten und/oder Zusammenarbeit interessiert ist, wende sich an:
Libertäres Forum Marburg
c/o Umweltzentrum
Am Grün 40 a
3550 Marburg



Seit einiger Zeit erscheint wieder eine anarchistische Zeitung in persischer Sprache in der BRD :

'ABGUN'

Bestellungen an:
Postscheckkonto 2324 91-508
Pscha. Köln
Peter Walter
Stichwort "ABGUN"

Die Adresse der Redaktion ist:
Postlagerkarte A 026 018
5000 Köln 41.





Im Oktober 1984 haben einigeExil-Polen auf Initiative der osteuropäischen Dissidentenzeitschrift "Kontinent", am bonner Münsterplatz Unterschriften mit dem Ziel gesammelt, die Straße an der die Botschaft der UdSSR liegt von Waldstraße in Sacharovstr. umzubenennen. Dabei führten sie auch Gespräche mit Passanten u. a. mit dem unbekannten Anarchosyndikalisten. Das Gespräch ist in der polnischen Exilzeitschrift "Poglad" (Meinung) Nr. 68 abgedruckt.
"... Er kommt auf uns zu mit dem Fahrrad. Im ersten Moment halten wir ihn für einen Schornsteinfeger und bemühen unsere Knöpfe.
Er ist schwarz angezogen - schwarze Hose, schwarze Jacke, schwarze Mütze, schwarze Handschuhe. An der Jacke ein fünfzackiger Stern halb rot, halb schwarz. "Was bringt denn das? Sie haben sich auf Millionen von Leichen einen Staat errichtet, der sie jetzt unterdrückt. Zuerst muß der Staatsapparat vernichtet werden, in Rußland, in Deutschland, überall. Alles Böse kommt vom Staat."
Wir schweigen.
"Ich bin Anarchosyndikalist", stellt er sich vor, "was wir brauchen sind freie Vereinigungen der Produzenten."
Es folgt eine längere Darlegung der Überlegenheit des Anarchosyndikalismus im Vergleich zu allen anderen sozialen Systemen. "Solidarność", verfällt er unerwartet in Träumereien, "das war ein Schritt in die richtige Richtung."
Unterschreibst Du? Fragten wir. "Ich muß das noch durchdenken" antwortet er und fährt weg. "



KONTAKT

In Emmerich erscheint seit längerem eine libertäre Stadtzeitung namens **Der Falschmünzer.**
Preis 0,50 DM + Porto.
Kontakt:
Evi Holtendorp
Am Portenhövel 7
4240 Emmerich

Die Kontaktadresse der Anarchistischen Gruppe Emmerich ist:
Christian Lenz
Jan - de - Beyer - Str. 9
4240 Emmerich

OFFENER BRIEF

" HOTELGÄSTE IN TEHERAN BESCHWEREN SICH BEIM MANAGEMENT ÜBER DAS SCHREIEN DER GEFOLTERTEN, DAS SCHON KURZ NACH SONNENAUFGANG AUS DEM BENACHBARTEN GEFÄNGNIS ZU HÖREN IST UND DEN SCHLAF STÖRT."

Im Zusammenhang mit der permanenten, staatlich islamischen Terrorisierung sämtlicher Abweichler von der alleinseligmachenden Linie des Iman Khomeni, im Land der Reinen, vervielfachte sich die Emigration iranischer Oppositioneller in die BRD.
-Wir haben nicht vergessen, daß ein erheblicher Teil der jetzt verfolgten Khomenigegner (z.B. Volksmodschahedin, Tudeh-Partei...) mehr oder weniger enthusiastisch dem Vampir aus Ghom unter die Kutte gekrochen ist und aus "taktischen" Erwägungen seine religiösen Ausdünstungen als "Duft des Rosenöls" verkaufte. - Anm. d. Red.

In einem offenen Brief weisen "einige iranische Emigranten" auf die erbärmliche Situation der in der BRD lebenden Flüchtlinge hin. Wie "Asylbewerber" anderer Nationalitäten (z.B. Afghanen), so leben auch die Iraner als Objekte deutscher Bürokratie - kaserniert in Ausländerlagern.
Der Staat verbietet den Flüchtlingen, ohne ausdrückliche Genehmigung, die Stadt oder den Landkreis, in dem sich das Lager befindet, zu verlassen.
Sprachkurse können - natürlich - erst nach der "Anerkennung" als Flüchtling besucht werden.
Die Emigranten erhalten selbstverständlich keine Arbeitserlaubnis, dafür aber 70. - DM Taschengeld pro Monat.
Die Möglichkeit, für sich selbst, die gewohnten iranischen Speisen zu kochen, besteht faktisch nicht und die Verpflegung erfolgt meist durch Großküchen mit "deutschen" Geschmacksvorstellungen.
Flüchtlingsdasein, daß bedeutet vor allem:
Abhängigkeit von bürokratischer Willkür, soziale, kulturelle und räumliche Isolation.
Diese Lebensbedingungen und nicht zuletzt auch die äußerst langwierige und mit ungewissem Resultat abschließende Bearbeitung der Asylanträge (kann Jahre dauern) erzeugt bei den Flüchtlingen in der BRD eine ungeheure psychische Belastung.
" Wunderbar, daß so etwas heute noch möglich ist", meint der Herr Innenminister F. Zimmermann.

KNAST-Broschüre

Wir, Leute vom autonomen Knastprojekt in Köln, planen eine Broschüre über die Mißstände der medizienischen Versorgung in deutschen (OST & WEST) Knästen. Dazu benötigen wir Infos von Gefangenen, ehemaligen Insassen und Personen, die uns Material zur Verfügung stellen können. Wir schreiben bzw. besuchen euch, wenn es Bedenken wegen der Zensur gibt.

"Es gibt nur eine Antwort auf die Frage, was kann man tun, um das Strafsystem zu verbessern. Ein Gefängnis kann nicht verbessert werden, mitAusnahme einiger, unbedeutender kleiner Veränderungen. Man kann absolut nichts tun es zu zerstören."

(P. Kropotkin)

Kontakt: AUTONOMES KNAST-PROJEKT, Glasstr. 8,
5000 Köln 30

Wer vom Staat ißt,
stirbt daran;
Staat ist etwas,
das wir tun oder lassen.
Gustav Landauer

Den Aufkleber gibt es bei folgender Adresse zu kaufen :
Christian Luppatsch
Haidgraben 67
8012 Ottobrunn

Preise

1 Bogen (8 Stück)	0,50 DM
10 Bögen	4,00 DM
100 Bögen	35,00 DM
+ 1,00 DM Porto & Verp..	

Geld oder Briefmarken bei Bestellung bitte beilegen.

AUFRUF

"In Argentinien besteht seit zig Jahren zum ersten Mal wieder die Möglichkeit für unsere Genoss(inn)en der FEDERACION OBRERA REGIONAL ARGENTINA (FORA), offen unsere gemeinsamen Ideen propagieren zu können. Die Bedingungen hierfür sind jedoch noch immer sehr schwer. Zum einen hat man außer den Unternehmern noch die faschistisch - peronistischen Gewerkschaften gegen sich, die vor nichts zurückschrecken. Zum anderen herrscht eine unvorstellbare Not. Viele Arbeiterfamilien haben bestenfalls eine vollständige Mahlzeit am Tag. Von daher ist es klar, daß die Genossen noch nicht einmal Geld haben, sich eine einfache Schreibmaschine zu besorgen, so daß die Verbreitung der Propaganda auf riesige Hindernisse stößt - und das zu einem Zeitpunkt, wo sie so notwendig und auch möglich ist.

Wir rufen daher alle Kollegen, Freunde und Genossen auf, mal einen Zehner für die FORA locker zu machen. Bitte schickt dieses dringend benötigte Geld an:

Klaus Blume, PSchkto. Nr. 307631 - 305, PSchA. Hannover, Sonderkonto - Stichwort FORA.

FREIE ARBEITER UNION/IAA
(Anarcho-Syndikalisten)
Nationalkomitee.

Minister Wörner contra Antimilitaristische Sprache:

ANARCHIST VERURTEILT

Jede radikale Kritik künftig „Beleidigung"? / Wetzlarer Amtsgericht reaktionärer als die Weimarer Justiz / Scheinheilige Gewaltdiskussion

Anarchisten haben schon von jeher kein Blatt vor den Mund genommen und die Dinge beim Namen genannt – das gilt besonders für die Kritik am Militarismus. Ob Ernst Friedrich oder Luis Lecoin, Tolstoi oder Bertrand Russell: Immer war Mord für sie Mord und ein Krieg eine verabscheuenswürdige Schlächterei. Das soll jetzt anders werden. Vom Wetzlarer Amtsgericht wurde am 30. April 984 der Anarchist Horst Stowasser (33) wegen Beleidigung verurteilt – dabei hatte er vergleichsweise Harmloses geschrieben: Eine Armee sei „organisierte Gewalt" und das „Handwerk des Soldaten besteht im Töten anderer Menschen" – solche sachlichen Beschreibungen stehen fortan unter Strafe!

Auch Horst Stowasser, der in Wetzlar das „Anarchistische Dokumentationszentrum", ein Archiv mit Bibliothek zur Geschichte und Gegenwart des Anarchismus unterhält und als Verleger libertärer Zeitschriften und Autor einiger Bücher an die Öffentlichkeit trat, konnte seinen Mund nicht halten. Im August letzten Jahres schrieb er in dem damals von ihm verlegten Wetzlarer Alternativ-Blatt „Lahn Dill Bote" einen Kommentar. Titel: „Die scheinheilige Gewaltdiskussion". Anlaß: Die absurde Mode ausgerechnet aus dem Mund von Militärs und Militaristen, von der Friedensbewegung ständig kategorische Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit zu fordern. Er erinnerte daran, daß ja gerade Armeen „organisierte Gewalt" seien und das „Handwerk des Soldaten im Töten von Menschen" bestehe. Derjenige, der dies in Mittelhessen quasi berufsmäßig immer wieder in Zeitungen und Kommentaren, auf Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen fordert, war für Horst Stowasser kein Unbekannter mehr: Oberstleutnant Klaus Breidsprecher, seines Zeichens

- Wehrbereichskommandeur in Gießen
- Stadtverordneter der CDU in Wetzlar
- Funktionär im Bundeswehrverband
- Wehrpolitischer Sprecher der Wetzlarer CDU und
- stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Bundeswehr der hessischen CDU.

Der markig-martialische Offizier hatte nämlich wenige Tage bevor er in der Wetzlarer Neuen Zeitung im Zusammenhang mit der Friedensbewegung von „Gehirnwäsche" sprach und von allen Antimilitaristen absolute Gewaltfreiheit forderte, Horst Stowasser – zusammen mit anderen hohen Offizieren aus mittelhessens Provinz – ein Interview gegeben. Anläßlich des Hiroshima-Tages wurde nur eine einzige Frage gestellt: „Würden Sie, wenn Sie den Befehl dazu bekämen, wie die amerikanische Bomberbesatzung 1945 handeln und eine Atomwaffe auslösen?" Das Ergebnis des Interviews stand in der August-Ausgabe des Lahn Dill Boten unter der Überschrift, die Bände spricht: „Keiner sagte Nein!"

Tage später zeigt Klaus Breidsprecher mit massiver Unterstützung seiner diversen Organisationen und der Lokalpresse Horst Stowasser an – wegen Beleidigung. Aufhänger waren die schon genannten Zitate von der „organisierten Gewalt" und dem „Soldatenhandwerk", das im Töten anderer Menschen bestehe. Hinzu kam noch ein drittes Zitat, das bereits Geschichte hat: „Jeder Soldat ist ein berufsmäßig trainierter Mörder".

Diesen Satz hatte Stowasser schon 1980 in einem Leitartikel des Lahn Dill Boten geschrieben. Er wurde im Bundestagswahlkampf von Strauß, der Bild-Zeitung und der Bundeswehr in der bekannten Art und Weise verbraten – und auch damals kam es zum Prozeß. Verteidigungsminister Apel und Klaus Breidsprecher, damals noch Major, stellten Strafantrag gegen Stowasser und zwei Mitangeklagte. In erster Instanz gab es in der Garnisonsstadt Wetzlar erwartungsgemäß hohe Strafen (90 Tagessätze), die aber in der zweiten Instanz vom Landgericht aufgehoben und in glatte Freisprüche verwandelt wurden – letztendlich vom Oberlandesgericht hochstrichterlich bestätigt.

Obwohl er damals freigesprochen wurde und obwohl er – vorsichtig geworden – nunmehr diesen Satz nur in Gänsefüßchen als Zitat mit dem Hinweis brachte, daß er dies vor 3 Jahren ungestraft sagen durfte, wurde Horst Stowasser nun zu einer Geldstrafe von 875 DM, ersatzweise 35 Tage Haft verurteilt – wegen Beleidigung.

Juristisch war das ganze trickreich angerichtet: Obwohl es inhaltlich natürlich gar nicht um einen bestimmten Offizier ging sondern um eine generelle, scharfe Kritik am Militarismus und an der Absurdität der „Friedensdiskussion", konstruierte die Anklage hieraus eine ganz gezielte, persönliche Beleidigung eines ganz bestimmten Offiziers. Zum Beweis wurde angeführt, daß in dem Kommentar der Oberstleutnant Breidsprecher namentlich angesprochen und gemeint war – eine Tatsache, die niemand bestritten hatte. Allerdings: er diente nur als konkreter Anlaß für die Betrachtungen über Soldaten und Armeen und das auch nur insofern, als er sich selber in der Öffentlichkeit in diese Rolle drängt und sich in ihr profiliert. Stowasser stellte vor Gericht klar: „Die ganze Frage einer Beleidigung ist absurd – wenn ich beleidigen wollte, dann hätte ich das auch getan. Die Ehre eines Offiziers ist mir egal. Mir geht es um die drohende Vernichtung von uns allen." In den langen Erklärungen des Angeklagten und der Verteidigung wurde dann auch klar herausgearbeitet, daß die ganze angebliche persönliche Beleidigung eine notwendige Hilfskonstruktion ist, die als juristische Voraussetzung für eine Verurteilung nötig sei. „In der DDR werden Dissidenten wegen 'Devisenverhehen' verurteilt und nicht, weil sie Dissidenten sind – in der BRD werden kritische Journalisten wegen angeblicher persönlicher Beleidigung verurteilt, nicht wegen ihrer Meinung."

Der springende Punkt aber war und bleibt die Frage, wieso denn solche Gemeinplätze, wie Stowasser sie geschrieben hat, überhaupt beleidigenden Inhalt haben? Stowasser machte die Zielrichtung des Prozesses an einem Beispiel klar: „Man kann den Beruf eines Metzgers auf zwei Arten beschreiben: 'Das Handwerk des Metzgers besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Wurstwaren', mag der Metzger sagen. Ich als Nicht-Metzger mag sagen 'Das Handwerk des Metzgers besteht im Töten und Verarbeiten von Tieren' Beides ist richtig." Es geht also in diesem Prozeß gar nicht um eine Beleidigung des Ehrgefühls, sondern um eine Disziplinierung der Sprache. Ebenso wie man einen Minister, der für den Krieg zuständig ist, nicht Kriegsminister nennen darf sondern Verteidigungsminister nennen muß, so soll durch dieses Urteil erreicht werden, daß Kritik an Militär, Staat und Gesellschaft künftig nicht mehr in einer scharfen Sprache, mit entlarvender und entwaffnender Direktheit und Offenheit formuliert werden darf. Die Bundeswehr will erreichen, daß der allgemeine Sprachgebrauch moderat und zahm wird und sie bedient sich hierzu der Justiz als Büttel. Nicht umsonst wies Horst Stowasser darauf hin, daß er hier als staatsverneinender Anarchist von einem Menschen verurteilt werden soll wegen der Beleidigung eines anderen Menschen, die beide den selben Arbeitgeber haben – den Staat.

In der Tat laufen zur Zeit im ganzen Bundesgebiet mehrere parallele Prozesse wegen „Mörder"- und ähnlicher Zitate. Ziel der Militaristen: endlich einmal ein juristisch hieb- und stichfestes Urteil erreichen, das kritische Sprache strafbar macht. Ziel dürfte das sein, was Orwell in seiner Neusprache in dem Satz gipfeln läßt: „Krieg ist Frieden". Klaus Breidsprecher macht in dieser Strategie für die Armee nur den Versuchsballon. Seine angebliche Ehrkränkung ist ein unglaubwürdiger Vorwand – unglaubwürdig zum einen, weil auch Minister Wörner mitklagt (der nicht erwähnt wurde) und zum anderen, weil der schneidige Offizier selber auch nicht gerade zimperlich ist im Umgang mit seinen politischen Gegnern. So bedauerte er zum allgemeinen Erstaunen am Vorabend des Prozesses auf einer Podiumsdiskussion, daß wir „nicht mehr in der Steinzeit leben". Darüber, und daß er und seinesgleichen von unserer freiheitlichen Verfassung geschützt würden, könne Stowasser froh sein. Denn damals wurden solche Auseinandersetzungen noch „Mann gegen Mann" ausgetragen. Breidsprecher ist alles andere als das mimosenhafte Sensibelchen, aber aus juristischen Gründen mußte er diese Rolle vor Gericht halt spielen.

Besonders mit Ruhm bekleckert indes hat sich der „erkennende Richter" Wagner am Wetzlarer Amtsgericht. Er verhalf dem Tribunal der verschlafenen Provinzstadt zu unverhofftem Ruhm, denn wenn dieser Urteilsspruch rechtskräftig wird, wäre dies der erste Schuldspruch in einem solchen „Soldaten-Mörder-Prozeß". Man braucht nur in der deutschen Literatur nachzulesen – von Simplizissimus bis Tucholski, von Büchern ehemaliger Soldaten bis hin zum allseits belobhudelten Martin Niemöller – immer wieder wurden Soldaten als Mörder, ihr Tun als Mord bezeichnet. Und natürlich hat es immer wieder Versuche gegeben, diese ungeschminkte Wahrheit, die Bestandteil unserer (zum Glück noch!) lebendigen Umgangssprache ist, durch Gerichtsurteile unterdrükken zu lassen. Noch nie hat es bisher dabei einen Schuldspruch gegeben. Sogar 1932, am Vorabend des deutschen Faschismus sprach die (als parteiisch berüchtigte) Justiz der Weimarer Republik Carl von Ossietzki frei, der, weil er Ähnliches geschrieben hatte, von dem damaligen Reichswehrminister Gröner verklagt worden war.

Vollends kabarettreif wird dann die schriftliche und mündliche Urteilsbegründung von Richter Wagner. Wortreich versichert er, daß es keinesfalls ein politischer Prozeß sei, versteigt sich dann aber sogleich in rein politische Argumentationen. Da ist die Rede davon, daß ein Soldat „seine Waffe beherrschen" soll und nicht „esoterischen Gefühlen nachzuhängen habe". Da wird die „überwiegende Mehrheit der Bevölkerung" zitiert, die sicher anderer Meinung sei als der Angeklagte. Da wird die Funktion der Abschreckung der Bundeswehr lobend erwähnt und rührselig darauf hingewiesen, daß der Offizier Breidsprecher ja auch tapfer sein eigenes Leben mit aufs Spiel setze. Sehr interessant – nur; was hat das mit der Beleidigung zu tun? Seit wann muß ein Journalist sich der Meinung der Mehrheit anschließen? Was hat es einen Zivilisten zu interessieren, wenn auch ein Offizier sein Leben mit Millionen anderer Menschen verlieren wird? Das ist sein Bier, und wenn er seine Tapferkeit unter Beweis stellen will, dann kann er gerne mit Soldaten anderer Armeen „Mann gegen Mann" kämpfen – aber bitte: Sind das nicht alles rein politische Argumentationen?

Mit entwaffnender Offenheit erklärt der Richter schließlich, daß das Gericht „selbstverständlich" mit der Verteidigung einer Meinung sei, daß eine Armee eine „Sammlung persönlicher und sächlicher Mittel" zur Anwendung von Gewalt sei. „Das stimmt und daran sollte man nicht vorbeireden." Dennoch darf man das nicht sagen, denn wenn man es auf eine bestimmte Person beziehe, sei es eben doch eine „Verbalinjurie". Nur – w a r u m eine vom Gericht geteilte Wahrheit eine Beleidigung ist, die Antwort blieb Richter Wagner schuldig...

Auch das Argument, daß die drohende Vernichtung der Menschheit ein relativ wichtigeres Gut im Vergleich zur persönlichen Ehrverletzung eines einzelnen sei, ließ der strenge Richter nicht gelten. Weltverbesserer neigen nämlich dazu, ihre eigenen Anliegen als „subjektiv hyperwichtig" anzusehen. Kommentar überflüssig...

Kein Wunder, daß der Prozeß, der eine erstaunliche breite Beachtung fand, von dem Verteidiger, Günter Becker, dann auch kurz und treffend als „Gesinnungsprozeß" eingestuft wurde. Bekker, Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins Mittelhessen und SPD-Stadtverordneter in Gießen, erklärte: „Der Staat und sein Militär unternehmen den untauglichen Versuch, die verlorengegangene Legitimität im Bereich der Friedenssicherung durch Strafprozesse wiederherzustellen." Wenn das nicht treffend ist – noch dazu aus dem Munde eines (aufrechten!) Sozialdemokraten.

Der nunmehr verurteilte Anarchist und Dickkopf Horst Stowasser ist indes nicht bereit aufzugeben: „Ich werde natürlich für die beleidigte Ehre eines Offiziers keinen Pfennig bezahlen. Das, was Soldaten aller Zeiten und aller Länder immer wieder taten und tun werden, ist die größte Beleidigung die denkbar ist: sie nehmen uns das Leben. Und das werde ich immer wieder als das bezeichnen, was es in meinen Augen ist: schlicht Mord. Und wenn das strafbar ist, dann werde ich ins Gefängnis gehen und das als einen ehrenwerten Platz in dieser Gesellschaft ansehen."

Für die bevorstehende zweite Instanz sind der Angeklagte und die Verteidigung dringend auf Geldmittel angewiesen. Horst Stowasser führt diesen Prozeß nicht zum Spaß, sondern um ein Stück Meinungsfreiheit zu verteidigen – für uns alle. Laßt ihn nicht hängen, unterstützt ihn moralisch, durch Öffentlichkeit und Spenden:

SPENDENFONDS „Hilfe für die bedrohte Sprache", Rechtsanwälte Egler/Becker/Borchers, Wetzlar, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 515 101 11) Kto-Nr. 10 799 05

Otto Rammstedt



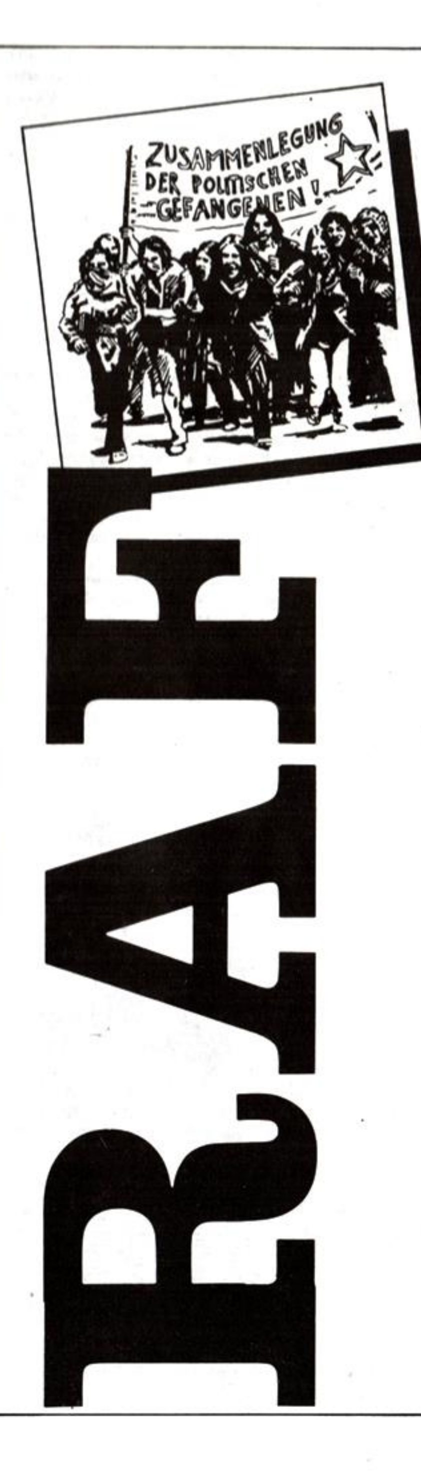
Zur Kriminalisierung der Friedensbewegung

Verteidigungsminister Wörner stellt Strafantrag gegen den Lahn Dill Boten!

'dentische Neuauflage des Prozesses von 1980 / Auch Wörner fühlt sich beleidigt / Zensur der Sprache / Ist das das Ende unserer Zeitung? / Solidarität tut not!

In Wetzlar: Friedensbewegung vor Gericht!

Am 12. April: Prozeß vor dem Wetzlarer Amtsgericht



Der folgende Beitrag wird sicher bei vielen Leuten auf Kritik stoßen. Auch bei uns gibt es Zweifel und Unsicherheiten, an manchen Stellen sind in der Redaktion auch Gegenargumente vorhanden - aber auch eine schärfere Kritik an der Politik der RAF könnte formuliert werden. Wir stellen diesen Artikel zur Diskussion und hoffen auf eure rege Beteiligung!

"Wir haben am 18. 12. 84 ein mit sprengstoff beladenes auto in unmittelbarer nähe der shape school in oberammergau abgestellt. dort werden die kader für die integrierten stäbe der nato ausgebildet. ziel der aktion war, die militärs dort direkt auszuschalten. (...) das kalkül der bundesanwaltschaft, die aktion gegen den hungerstreik der gefangenen zu drehen wird nicht aufgehen. es zerbricht am kollektiven kampf der gefangenen und an der offensive der westeuropäischen guerilla, der perspektive der revolutionären front in westeuropa, die jetzt real wird."
(RAF 20. 12. 84)

Diese vom "Kommando Jan Raspe" abgegebene Erklärung zum Anschlagsversuch in Oberammergau ist abgefaßt im Killerjargon. Sie besteht aus markigem Geschwätz, aus grotesken Lügen.
Die Distanz zwischen der RAF und uns Anarchisten ist unüberbrückbar.
Was haben wir gemeinsam mit "Ausschaltern", die das technokratische Vokabular menschenverachtender NATO- und Warschauer Pakt - Strategen zur Kommentierung ihrer "militärischen Aktionen" benutzen?
Aus welchen Quellen speist sich also unsere Solidarität mit den Forderungen der eingekerkerten Genossen der RAF und des "anti-imperialistischen Widerstandes"?

Der neunte Hungerstreik geht in seinen 54. Tag. Nach 57 Tagen starb 1974 Holger Meins an den Folgen der Zwangsernährung. Mit seinem Tod endete der 3. Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, mit dem sie gegen ihre Haftbedingungen ankämpften. In einer Erklärung schrieben die Gefangenen damals:
"Der Hungerstreik ist unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen den Schweinevollzug, gegen die Kategorie des Imperialismus, gefangene Revolutionäre psychisch- und physisch- das heißt politisch zu vernichten." (RAF Hungerstreikerklärung 1974, zitiert nach Pflasterstrand Nr. 202)

Inzwischen sind mehr als 10 Jahre vergangen. Sechs mal traten seitdem politische Gefangene in den Hungerstreik. Die Forderungen richteten sich gegen Folter und Isolation, d.h. gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, denen die Gefangenen bis heute unterworfen sind.

Ab 1975 beanspruchten die Gefangenen aus der RAF für sich den Kombattantenstatus, d.h. als Kriegsgefangene anerkannt zu werden.
"Die Anwendung eines Haftstatus- das ist zu entwickeln am und gegen den rechtsfreien Raum, in dem die Auseinandersetzung Guerilla - Staat sich bewegt. Wir sind Kriegsgefangene und werden auch so behandelt. Und -daran wird sich nichts ändern- normale Haftbedingungen, Verfahren etc. wird es gegen uns nie geben." (RAF. zit. nach PS 202)

An den mörderischen Haftbedingungen hat sich seit dem nichts geändert. Im Gegenteil: die Isolation wurde verschärft und auf immer mehr Gefangene ausgedehnt. Keine einzige Forderung der politischen Gefangenen hat die Bundesregierung seitdem erfüllt. Dennoch haben die Gefangenen aus der RAF an ihrer Anerkennung als Kriegsgefangene in allen weiteren Hungerstreiks festgehalten. 1977 kritisierten die "rote Hilfe" und die "Berliner Knastgruppen" die Forderung nach anwendung der "Genfer Konvention" auf die politischen Häftlinge in der BRD mit den Worten:
"Das internationale Kriegsrecht ist ein Papier, mit dem man sich den Arsch abwischen kann. Selbst wenn wir eine Chance hätten, als Kriegsgefangene im Kampf gegen den Imperialismus zu gelten, muß uns klar sein, daß sich der Imperialismus mit allen Mitteln zur Wehr setzt.
Die abgeschlachteten und gefolterten Opfer des Vietnamkrieges, ob Soldat oder Guerilla, ob Frau oder Kind, sie alle haben keinen Schutz gefunden im Kriegsrecht, das auch die Yankees unterschrieben haben."
(zit. nach PS 202)

Die Idee der Forderung nach Kriegsgefangenenstatus war so neu nicht.
Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt", die mit regelrechten Militärverbänden gegen nationale oder Ausländische Armeen kämpften hatten die Forderung nach anwendung der Genfer Konvention zum Schutz ihrer Kämpfer und der Zivilbevölkerung erhoben.
Ohne Erfolg. Die südafrikanische Regierung zB. fährt fort von "Terrorismusbekämpfung" zu sprechen.
Auch die israelische Armee kämpfte in ihrem Vernichtungsfeldzug 1982 gegen die PLO im Libanon gegen "Terroristen".
Hierzu sagte ein Sprecher der marxistisch-leninistischen palästinensischen Organisation PFLP in einem Interview in der TAZ (Jan. 85): "Es geht nicht darum, die Bundesregierung aufzufordern, die 'Genfer Konvention' anzuwenden. Darum schert sie sich einen Dreck. Der einzige Weg, Regierungen wie die ihre zu akzeptablen Formen zu bringen, ist: der Bevölkerung klarzumachen, daß sie ihre Augen nicht schließen dürfen. Wer weiß, zu welchen Maßnahmen eine Regierung fähig ist, die politische Gefangene foltert."

-Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß wir zwar einen Vertreter einer palästinensischen Organisation zitieren, wir aber nicht vergessen haben, daß die PLO 1982 an ihrer Zerschlagung zum Teil selbst beteiligt gewesen war. Die Brutalität mit der die verfeindeten palästinensischen Fraktionen palästinensische Flüchtlingslager beschossen, in denen sich ihre ehemaligen "Brüder und Schwestern" und neuen Gegner verschanzt hatten - und die das Leben einer Flüchtlingsfamilie zu einer taktischen Größe reduzierten, unterscheidet sich qualitativ nur wenig von den Methoden der israelischen Invasoren und ihrer falangistischen Verbündeten. -

Die opportunistische Haltung der RAF und ihrer Epigonen (Nachahmer ohne eigene Ideen. dt) hinsichtlich der nationalen Befreiungsbewegungen und etlichen Staaten der "Dritten Welt" sowie gegenüber den realsozialistischen Staaten kennzeichnet die Trennungslinie zwischen den bewaffneten leninisten (RAF) und uns Anarchisten.

1971 schrieb die berliner anarchistische Zeitung 883:

"Die RAF greift ins Waffenarsenal, um mit ihren Aktionen den Anschein zu erwecken, die Massen würden sie begreifen, sich mit ihnen identifizieren und in diesen Aktionen den eigenen latenten Widerstand gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter erkennen. Sie ignorieren dabei völlig, daß in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern geheime militante Gruppen nur innerhalb einer aktiven Massenbewegung operieren können, die selbst schon als Massenbewegung den Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat zunehmend verunsichert und bedroht. In einer solchen Situation können Aktionen von Terrorgruppen durch die Massenbewegung gedeckt und propagandistisch benutzt werden, können sich die Massen damit identifizieren. Außerhalb eines solchen Zusammenhangs mit tatsächlichen Massenbewegungen können sich Terrorgruppen nur verselbstständigen, sich isolieren und in ihre individuellen Probleme rotieren."
(Zitiert nach G. Bartsch: "Anarchismus S. 385)

13 Jahre danach sind diese Sätze weiterhin gültig. Die RAF stand in dieser Zeit den sozialen, politischen und ökonomischen Umwälzungen verständnislos gegenüber. So berechtigt ihr Blick auf die Vernichtungsmaschinerie Knast des Staates auch ist, in welchem nicht nur die psychische und physische Vernichtung geplant und exekutiert wird, sondern auch öffentlich über Geiselerschießungen (1977) diskutiert wurde, so wahr es auch ist, daß das Jahr 1977 für die RAF Höhe- und Wendepunkt zugleich war, wenn Christian Klar zu den Ereignissen 1977 (Schleyer-Entführung, Landshut-Entführung, Exekutionsselbstmorde) meint:
"Dieser Widerstand (der Guerilla - d. Red.) gründet gerade auf dem Selbstbewußtsein, daß der Reformismus hier nicht an der Grenze der Ökonomie angelaufen ist, sondern an der politischen Grenze die ihm durch die Revolutionäre gesetzt wurde",
dann beweist dies, daß die "leninisten mit der Knarre" die klaffende "theoretische Lücke" mit Selbstbeweihräucherung und Militantismus zu überbrücken suchen. Depremierend ist die völlige Ignorierung gerade der ökonomischen Krise und von Bewegungen wie zB. der streikenden britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM oder der polnischen Solidarnosć.

"Was, ihr kritisiert die RAF obwohl sich Genossen im Hungerstreik befinden! Das ist Zynismus und objektiv Staatsschutzpolitik!"
Seitdem die RAF das von Holger Meins geprägte Einteilungsschema "Mensch - Schwein" (Mensch, d.h. Gegner des Schweinesystems, Schwein, d.h. der Rest) so interpretiert, daß sämtliche Kritiker der RAF als Schweine gelten und der Status "Mensch" nur ihren Epigonen zugestanden wird, ist die Diskussion mit der RAF unmöglich geworden.
Wir Anarchisten haben den staatlichen Terror, gegen den die Bomben der RAF unbedeutende Mückenstiche sind, immer bekämpft. Unsere Kritik an der RAF ist radikal, auch oder gerade wenn die RAF wiedereinmal einen Hungerstreik durchführt und Genossen in Lebensgefahr schweben.
Wir wissen, daß der Staat noch nie auf eine Hungerstreikforderung der RAF eingegangen ist und Tote wie selbstverständlich einkalkuliert.
Dies gilt auch für das staatstragende deutsche Bürgertum. So schreibt zB. ein gewisser H. Schueler in der "ZEIT" über die dahinsiechenden RAF-Häftlinge, die für ihn nur harmlos "zu Tode kommen":

"Der Streik der RAF-Gefangenen gilt nach eigener Erklärung dem Ziel der Zusammenlegung in Großgruppen. Dies hat nichts mit humaneren Haftbedingungen zu tun, wie die Gefangenen glauben machen wollen, sondern mit Strategie: Wären die inhaftierten RAF-Leute auf zwei oder drei Gefängnisse konzentriert, könnten sie den Terror ihrer in Freiheit befindlichen Gesinnungsgenossen besser aus den Zellen steuern." (ZEIT vom 25.1.85)

Wir wissen aber auch, daß die RAF selbst ähnlich denkt, wenn sie schreibt: "..dieser Krieg hat keine Vermittlung" (Dutzi-Erklärung).
Warum dann zum Mittel des Hungerstreiks greifen, das kostbare Leben der Genossen aufs Spiel setzen und sich der "sauberen Lösung" des Auschwitz-Nachfolgestaates BRD ausliefern? Klaus Hartung stellt hierzu in einem Kommentar in der TAZ fest:
"In den Erklärungen zum Hungerstreik und zu den und zu den Anschlägen wird der "unbedingte Wille" gefordert, "in diesen Krieg einzugreifen". Der "unbedingte Wille" ist - von schlimmen historischen Erinnerungen abgesehen - der schlechteste Ratgeber. Er ignoriert die historischen Bedingungen. Nichts ist für den Staatsapparat bequemer als der "unbedingte Wille", es ist der Wille der Verzweiflung." (TAZ vom 23.1.85)

Als Anarchisten gilt allen Gefangenen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, die in den Knästen gefoltert und unterdrückt werden, unsere uneingeschränkte Solidarität. Wichtig ist uns die Aufhebung der Trennung zwischen "politischen" und "sozialen" Gefangenen. Wir fordern:
- Zusammenlegung aller Gefangenen, die es wünschen,
- Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation, der akustischen und optischen Kontrolle,
- Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information,
- keine Mißhandlungen von Häftlingen,
- "normale" tarifliche Bezahlung der Knastarbeit,
- Anspruch auf ungestörte Sexualität auch im Knast.

Dies sind nur einige Minimalforderungen.
Unser Ziel: Abschaffungen sämtlicher Knäste, incl. aller "Volksgefängnisse", d.h. das Ende des Staates.

Der Weg der RAF ist nicht unser Weg. Der Leninismus, mit oder ohne Knarre führt zur staatssozialistischen Lüge. In der UdSSR und der VR China wird die Opposition ebenso in Knästen, bzw. in psychatrischen Kliniken gehalten und gefoltert wie in den USA, in der BRD oder in "revolutionären" Staaten a la Iran, Äthiopien, Afghanistan etc..
Mehr oder weniger deutlich ist ihre Distanz zum Humanen. Allen Gefangenen, die Opfer zerstörerischer Haftbedingungen sind gilt unsere Solidarität. Und Trauer und Wut erfüllt uns angesichts der sterbenden Häftlinge, die auf dem Opfertisch einer gleichgültigen Öffentlichkeit liegend abwechselnd die Masken von Monstern und Märtyrern aufgesetzt bekommen.
" Die Deutschen sind Spezialisten für Endlösungen. Wir werden uns bei allem, was uns von der bewaffneten Linken trennt, für Amnestierung der Gefangenen einsetzen müssen, denn ihr Leben zu retten heißt, sie einem Staat entziehen, der bereit ist, sie zu morden". (PS Nov. 77, zit. n. PS202)

Das galt 1977. Das gilt 1985.
Die Kamikaze-Piloten haben Japan nicht vor der Kapitulation bewahrt.
Der neunte und auch der zehnte Hungerstreik werden die BRD nicht schwächen oder zu "humaneren" Haftbedingungen veranlassen. Der Staat hat kein Herz.

Die Subversion auf breiter Front, die Demontage der Macht, die von den assoziierten Individuen durchgeführte soziale Revolution wird dem institutionalisierten Terror, d.h. dem Staat, ein Ende bereiten!

Redaktionskollektiv der AKTION
2. Februar 1985

Heute erfahren wir, daß die letzten Gefangenen der RAF ihren Hungerstreik beendet haben. Ob sie etwas erreicht haben oder ob wir mit unserer Einschätzung recht haben, werden uns die nächsten Wochen und Monate zeigen.



Flohmarkt

Es ist noch keine 6 Uhr, saukalt und noch dunkel, und doch sieht man schon die ersten Gestalten vor den Mauern des Schlachthofs am Haupteingang zum Flohmarkt. Eine Rentnerin auf ihrem Klappstuhl, umgeben von einigen Koffern.

Ebenso eine Tükin, die in einem wahren Berg von Kartons, Koffern und Kisten unbewegt und stumm, dick vermummt gegen die Kälte geschützt, der Dinge harrt. Daneben noch Rentner, Frauen und Türken, die in kleinen Gruppen herumstehen. Überall stehen Kartons und Koffer herum.
Langsam kommt Bewegung in die Szenerie. VW-Busse und PKWs fahren an den Bordstein, Gepäck voller Flohmarktutensilien wird ausgeladen. Ein Rentner meint angesichts des neu gezogenen Stacheldrahts: "Jetzt bräuchte man ne Drahtschere."
Auch auf den Mauern wird es langsam lebendig. Händler, egal ob Türken oder Deutsche, balancieren ihre Waren über Mauern und Stacheldraht. Noch ist die Polizei nicht in Sicht. Plötzlich hört man von innen laute, erregte Stimmen. Um was es geht bleibt unklar. "Die sollen bloß ruhig bleiben," meint eine alte Frau, "sonst kommen wieder die Bullen."
Es ist schon vorgekommen, daß Zivilpolizisten die Leute gezwungen haben, ihre Sachen wieder über die Mauer zurückzuhieven, erzählt mir jemand. Plötzlich halten die Vertreter der Staatsmacht an, nachdem sie schon mehrmals vorbeigefahren sind, springen aus ihrer Karre und scheuchen die Leute von der Mauer. "Wo sind wir denn hier?", fragt wütend der eine Uniformierte. Spöttische Blicke treffen ihn. Sobald sie wieder weg sind, beginnt das Spiel von neuem...
Mittlerweile ist es bald sieben Uhr, es dämmert schon und an der offiziellen Einfahrt, wo man 15 DM Standgebühr bezahlen muß, tut sich was. Der Rückstau der Autos, die reinwollen geht bald bis in die nächsten Strassen. Uniformierte versuchen, das Verkehrschaos noch in Grenzen zu halten. Währenddessen wird am Haupteingang immer ungenierter, unter den Augen der Polizei, die erst gar nicht mehr versucht einzugreifen, der Kram über die Mauer transportiert. Trotzdem kommen immer wieder wahre Horden von Zivilpolizisten am Eingang vorbei.

Forts. S 48

ARBEITER GEGEN DEN »ARBEITER-STAAT«



Die Entstehung der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Polen 1980, überraschte nicht nur die polnischen Machthaber, auch die roten Zaren im moskauer Kreml waren eine zeitlang verunsichert, wie sie ihren Statthalter in Polen, den Kadaver der PVAP gegen 10 Mio. Arbeiter/innen an der Macht halten sollten.
Doch mit der Einsetzung des Militärregimes unter General Jaruzelski wurde wieder einmal deutlich, daß wesentliche Veränderungen innerhalb eines Landes der Warschauer Vertrags Organisation (WVO) von den inneren Zuständen der "Bruderländer", vor allem natürlich denen in der allgegenwärtigen Sowjetunion, abhängig sind. Hier liegt auch die Ursache, warum die Aufstände gegen die herrschende Klasse in Osteuropa bisher niedergeschlagen werden konnten: DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1970 und 1980. Solange die Revolten jeweils auf ein Land beschränkt sind, haben sie keine Aussicht auf einen wesentlichen Erfolg. Erst ein hohes Risiko für eine intervenierende Macht, selbst erhebliche innenpolitische Konflikte zu erzeugen oder zu verschärfen, bewirkt einen größeren Freiraum für eine selbstständige nationale Entwicklung in den Ländern des russischen Imperiums.
Wesentlich für Veränderungen in Osteuropa ist die politische Situation in der Sowjetunion selbst. Da gerade die Lage in Polen das Interesse der Öffentlichkeit in den letzten Jahren in Anspruch genommen hat, sind die Kämpfe z.B. der russischen Arbeiterklasse kaum zur Kentniss genommen worden, bzw. gar nicht erst bekannt geworden. Aus diesem Grund veröffentlichen wir im folgenden eine Chronologie der Kämpfe der russischen Arbeiter gegen den sogenannten Arbeiterstaat, von den 50er Jahren bis heute, wobei wir vorab klarstellen müssen, daß dies nur die Spitze eines Eisberges ist - dessen wirkliches Ausmaß wir wohl nie erfahren werden.

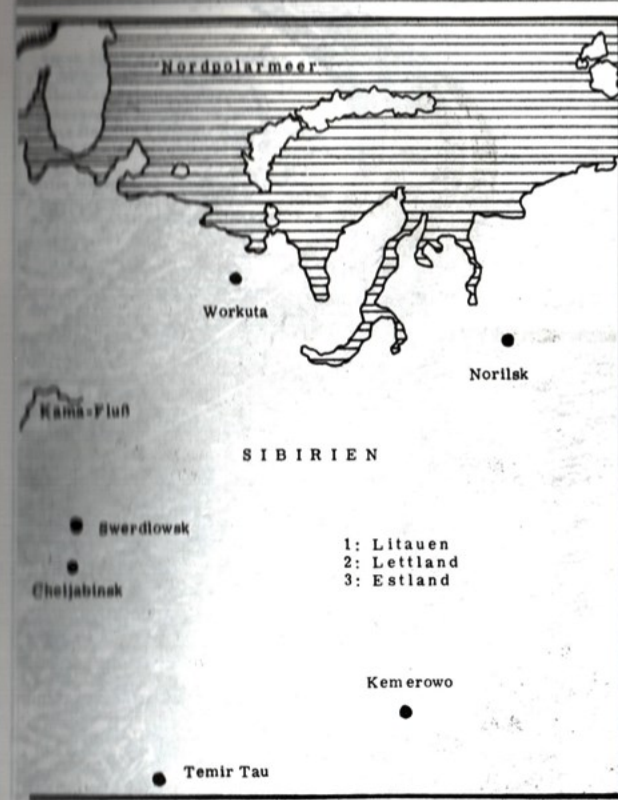
Die 50er Jahre

Es war kein Zufall, daß das System der stalinistischen Arbeitsgesetzgebung gerade dort am massivsten in Frage gestellt wurde, wo es am deutlichsten zum Ausdruck kam: im Bereich der Zwangsarbeit, der Millionen Arbeitskräfte umfaßte.

Die Zwangsarbeiter-Revolten in der Spätphase des Stalinismus müssen einen gewaltigen Einfluß auf die spätere innere Liberalisierung gehabt haben.

Die Höhepunkte der Zwangsarbeiter-Unruhen waren die Streiks bzw. Revolten vom 7. Mai bis 11. August 1953 in Norilsk, der Streik im Juli 1953 in Workuta(1) und der Aufstand im Mai/Juni 1954 in Kingir. Außerhalb dieser Zentren kam es auch zu Streiks und Arbeitskämpfen in anderen Lagern wie Tajschet, Dscheskasgan u.a..

Die Formen der Kämpfe waren zwar von den extremen Bedingungen in den Lagern geprägt, doch



wurden auch dort die typischen Kampfformen des revolutionären Syndikalismus von den Gefangenen entwickelt: Langsamarbeiten, geschlossenes Nichtausrücken zur Arbeit, Besetzung von Schachtanlagen, Sabotage usw..

Mit der Auflösung der meisten Lager bis Ende der 50er Jahre, im Rahmen der Chruschtschowschen "Entstalinisierung" ebbten diese Aufstände ab.

Die 60er Jahre

Gleichzeitig aber begann die zweite Streikwelle (1961-63), diesmal nicht mehr am Rande der Gesellschaft, in den Lagern, sondern inmitten der Industriearbeiterschaft.

Ihre Ursachen waren die Ergebnisse von Chruschtschows Wirtschaftsreformen in Gestalt von Lebensmittelknappheit, Preiserhöhungen, neuen Arbeitsnormen und Inflation. Genaue Informationen liegen über die Unruhen in Temir Tau, Woronesch, Iwanowo, Grosny, Jaroslawl, Krasnodar, Kemerowo, Schdanow, Lugansk, und Nowotscherkassk vor. Das Gemetzel der Armee und der wochenlange Ausnahmezustand in Nowotscherkassk 1962 nimmt vieles vorweg, was 1970 in den polnischen Hafenstädten passierte.

Die 70er Jahre

Erst die Breschnew-Führung konnte eine gewisse ökonomische Stabilität herstellen und durch die Anhebung der niedrigsten Löhne Konflikte des bisherigen Ausmaßes verhindern. Doch auch in den 70er Jahren gab es große Streiks und Demonstrationen. Die bekanntesten waren in Dnjepropetrowsk, Dnjeprodsershinsk, Kiew, Witebsk, Riga, Kaunas, Leningrad, Swerdlowsk, Moskau und Togliatti.

Die 70er Jahre endeten mit dem Streik der Busfahrer in Togliatti, die den Busbahnhof so blockierten, daß keine Streikbrecher hindurch kommen konnten. Sie präsentierten fünfzehn Forderungen, u.a. die Entlassung des Managements und bessere Arbeitsbedingungen.

Mit Verleumdungen und Angriffen durch die Partei-und Gewerkschaftsfunktionäre wurde versucht, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Als diese jedoch weiterstreikten gab die Staatsmacht nach.

Die 80er Jahre

Im Mai 1980 waren die Busfahrer wieder in Aktion. Sie streikten gegen die Zuweisung zusätzlicher Routen und für die Freilassung der Organisatoren ihres letzten Streiks.

Sie wurden von 70.000 Arbeitern der lokalen Automobilfabrik unterstützt, die gegen die Kürzung der Lebensmittelrationen bei Molkereiprodukten und Fleisch streikten.

Laut NEW YORK TIMES war die offizielle Gewerkschaft in der Fabrik von den Arbeitern durch eine "illegale" ersetzt worden.

Wieder wurde die Staatsmacht zum Nachgeben gezwungen und es gab wieder genügend Lebensmittel, ja sogar Konsumgüter zu kaufen.

Ebenfalls im Mai '80 traten mehrere tausend Automobilarbeiter in Gorki gegen die Kürzung der Essensrationen in Streik. Handgeschriebene Flugblätter mit den Forderungen der Arbeiter kursierten schon mehrere Monate lang in den Betrieben. Ihre Forderungen wurden erfüllt, vier Streikführer jedoch verhaftet.

Am 2. Juni 1980 wurde die Arbeit in der Traktorenfabrik von Chelyabinsk niedergelegt. Auch hier waren Kürzungen der Lebensmittelrationen die Ursache.

Im gleichen Monat begann der Streik in der - mit westlichem Kapital errichteten - LKW Fabrik am Kama Fluß, nachdem das Politbüromitglied Andrey Kirilenko persönlich die Arbeiter zu noch härterer Arbeit antreiben wollte.

Im Oktober des Jahres streikten die mehr als eintausend Arbeiter der Traktorenfabrik "Kaseremonditehas" in Tartu (Estland).

Sie verlangten die Rücknahme der erhöhten Produktionsnormen, Bezahlung der Überstunden und die Aufhebung der Lebensmittelkürzungen.

Eine extra aus Moskau geschickte Kommission stimmte der Erfüllung der ersten beiden Forderungen zu. Durch den Erfolg des



Nun komme ich auf die Umsiedlung zu sprechen, die hier (vor allem ja wohl dort! d. T.) sehr viel Aufregung verursacht hat. Sie hat zwei Aspekte: einerseits wegen der Gefahr, der die Indios ausgesetzt waren - sie sind in ein anderes Gebiet umgesiedelt worden, um besser geschützt zu sein......

AKTION: ... muß man sie zu ihrem Glück zwingen?

CARMEN: ... nein, vor ihrem Unglück schützen. Sie haben dort Kinder verloren, Mädchen sind vergewaltigt worden, die Frauen haben ihre Männer verloren, weil diese nach Honduras verschleppt wurden ...

AKTION: ... aber sie haben teilweise doch auch gegen die Sandinistischen Soldaten gekämpft!

CARMEN: ... ein Teil, ja. Einem Führer der Contras ist es gelungen 2000 Miskitos nach Honduras zu locken. Als sie dort wie die Hunde behandelt worden sind, haben sie öffentlich darum gebeten, nach Nicaragua zurückgehen zu dürfen. Und viele sind zurückgekommen. Das andere Problem war die große Zerstreuung der Indianer, denn sie verhindert den Aufbau von Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Elektrifizierung etc.. Man kann also ganz kleine verstreute Dörfer nicht ...

AKTION: ... zivilisieren ...

CARMEN: ... wenn "zivilisieren" heißt, Einrichtungen für Gesundheit und Bildung aufzubauen, dann bin ich für das "Zivilisieren". Wenn die Leute total, aber total am Rande der Gesellschaft leben und jetzt lesen können, dann ist es gut. Man mußte dieser Zerstreuung entgegentreten um Einrichtungen, die für das Volk richtig (?wichtig?) sind, zu ermöglichen.

AKTION: Es sind schon unbewaffnete "Arbeitsbrigaden" nach Nicaragua geflogen - wieso nicht "Waffen für Nicaragua"?

CARMEN: Ich glaube, daß hat mit den hiesigen Linken zu tun. Wenn die Friedensbewegung so nach Frieden und Entmilitarisierung schreit, kann sie nicht gleichzeitig "Waffen für Nicaragua" verlangen. Ich finde diese Forderung aber richtig - wegen der Bedrohung....

AKTION: ... die die Legitimation für alles in Nicaragua ist!

CARMEN: Am Anfang hatten die Sandinisten 10% des besten Landes, das Somoza gehörte. Sie hatten es nicht nötig zu enteignen. Aber, daß die Großgrundbesitzer dauernd die Produktion boykottieren, kann man nicht zulassen. Die Fabrikherren verhielten sich ebenso. Dann wurde die Agrarreform und das Fabrikgesetz verabschiedet. Die nichtbestellten Felder sind daraufhin von den Kooperativen der Bauern übernommen worden. Viele Großgrund- und Fabrikbesitzer setzen sich in die USA ab und versuchen die Macht zurückzuerobern. Das ist Klassenkampf. Andererseits will die USA eine militärische Lösung für Mittelamerika. Der Bericht der "Kissinger - Komission" hat es wieder bestätigt. Und man kann sagen, daß die Entwicklung Nicaraguas mit der in El Salvador zusammenhängt.

AKTION: Mal was anderes, hast Du dort mal einen Joint in der Kneipe geraucht?

CARMEN: Nee (lacht). Es gibt ein generelles Verbot für diese Art von Drogen. Einen Cognac kannst Du aber jederzeit bestellen.

AKTION: Muß man für ein Steak Schlange stehen?

CARMEN: Nein, während der Zeit, in der ich dort war, gab es keine Schlangen. Ich weiß natürlich nicht, wie das jetzt ist. Aber mit der zunehmenden Bedrohung kann ich mir vorstellen, daß sich auch dieses Problem verschärft hat.

AKTION: Gibt es Mac Donalds in Managua?

CARMEN: Es gibt Mac Donalds und man kann überall einen Hamburger essen. Nicaragua war sehr lange "Made in USA", total nordamerikanisiert. Das merkt man stark an den Essgewohnheiten und in der Sprache. Statt Windeln hörst Du "Pampers", statt Kühlschrank "Freezer" usw., sprachlich leben die Leute oft noch in der Somozazeit.

AKTION: Gab es nach dem Sieg der Sandinisten Hausbesetzungen?





CARMEN: Alle mittleren und höheren Kader der Somoza-Armee waren Hausbesitzer. Sie besaßen Häuser und mehrere Autos. Das waren die Privilegien, so wurde die Loyalität erkauft. Die Leute sind dann aber geflüchtet. Alle diese Wohnungen wurden Müttern und Witwen, deren Söhne oder Männer im Kampf gegen Somoza gefallen sind, zu sehr günstigen Mieten gegeben.
Ich selbst habe auch in einer dieser Wohnungen gewohnt. Als Untermieterin. In meinem Viertel, ein mittelständiges Viertel, haben Leute quer durch alle Schichten gewohnt. Direkt neben mir lebte die Schwester eines Mitglieds der Regierungsjunta. Neben ihr eine Köchin, die eine kleine "Volksküche" betrieb. Ein paar Häuser weiter eine Friseuse. Neben ihr wiederum die Schwägerin des Präsidenten des Staatsrates usw. . Heute gibt es in Nicaragua weder Spekulanten noch "Casaterientes"(Groß-Hausbesitzer). Es wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Besitz von maximal drei Häusern erlaubt (Wohnhaus/Ferienhaus/Werkstatt), jedes weitere muß an das Wohnungsministerium abgegeben werden. Das Ministerium bezahlt an den Besitzer eine geringe Gebühr und stellt die Wohnungen denjenigen zur Verfügung, die in Not leben.

AKTION: Wie sieht denn das tägliche Leben in Nicaragua aus?

CARMEN: Wenn man in Nicaragua ist, wird man sehen, daß die Frau die Familienökonomie trägt. Die Menschen improvisieren ständig. In der Geschichte Nicaraguas gab es viele Bürgerkriege, Besetzungen und dazu kommen noch die Erdbeben. Dies alles führte dazu, daß die Nicaraguaner sehr improvisationsfreudig sind. Ich will dieses Volk nicht verherrlichen, denn die Frauen sind sehr geplagt durch die Arbeit, sie halten praktisch die Familie am Leben, die Kinder helfen da natürlich mit. Es ist kein ungewöhnliches Bild, wenn Du in Managua durch die Straßen gehst und dort Kinder siehst, die Erdnüsse oder Obst verkaufen. Wenn es sehr heiß ist, verkaufen Kinder Plastiktüten gefüllt mit Wasser und Eis - die Leute greifen sehr schnell zu, in dieser Hitze. Es gibt viele Leute, die in ihrer Wohnung einen Laden aufgemacht haben. Das Spektrum des Kleingewerbes ist sehr breit.

AKTION: Ja, und wann gehen die Kinder in die Schule?

CARMEN: Das ist tatsächlich ein Problem. Die Regierung ist diesem Problem entgegengetreten, indem sie Stipendien an die Kinder vergibt. Ganz minimal; etwa 200 Cordobas. Das ist sehr wenig. Es ist nicht selten, daß man in der Erwachsenenbildung Kinder antrifft. Vor allem in den Städten, auf dem Land ist es anders. Die Erwachsenenbildung läuft abends von sechs bis acht, oder von sieben bis neun Uhr. Die Eltern, die mitbekommen haben, daß man dort etwas lernen kann, schicken ihre Kinder oft dorthin.

AKTION: Gibt es Schulpflicht in Nicaragua?

CARMEN: Ja, es gibt Schulpflicht, aber was willst Du damit wenn die Kinder arbeiten und die Eltern sie nicht in die Schule schicken. Die Regierung hat eine Empfehlung an die Verantwortlichen der Erwachsenenbildung herausgegeben, die Kinder in den Unterricht aufzunehmen.

AKTION: ... und wie ist es mit Männern gewesen?

CARMEN: Also der Faschi... äh ... der Machismo ist sehr stark. Er äußert sich z.B. so, daß die Männer glauben, je mehr Kinder sie haben, umso potenter seien sie. Sie setzen Kinder überall hin. Sie haben normalerweise eine "Hauptfrau" und um so mehr "Nebenfrauen" sie haben, um so männlicher glauben sie zu sein. Es ist so eine Art Vielweiberei nach orientalischem Muster.

AKTION: Und der revolutionäre Macho?

CARMEN: Der hat natürlich Probleme. Nicht so sehr, weil er den Machismo erkennt, sondern weil die Frauen sagen, daß die Zustände sich geändert haben und daß die Männer sich auch ändern müssen. Hier leistet die Frauenorganisation AMNLAE eine sehr wichtige Aufklärung. Viele Frauen sind in den Milizen und immer mehr besetzen verantwortungsvolle Posten, z.B. wird das "Ministerium für Gesundheit" von einer Frau geleitet.

+++++++++

Streiks brachen Kämpfe und Demonstrationen in anderen Betrieben in T a r t u und P a r n u aus.

Ebenfalls 1980 legten die Arbeiter in N i k e l und V y b o r g die Arbeit nieder. In V y b o r g waren gewalttätigkeiten der Sicherheitskräfte die auslösende Ursache.

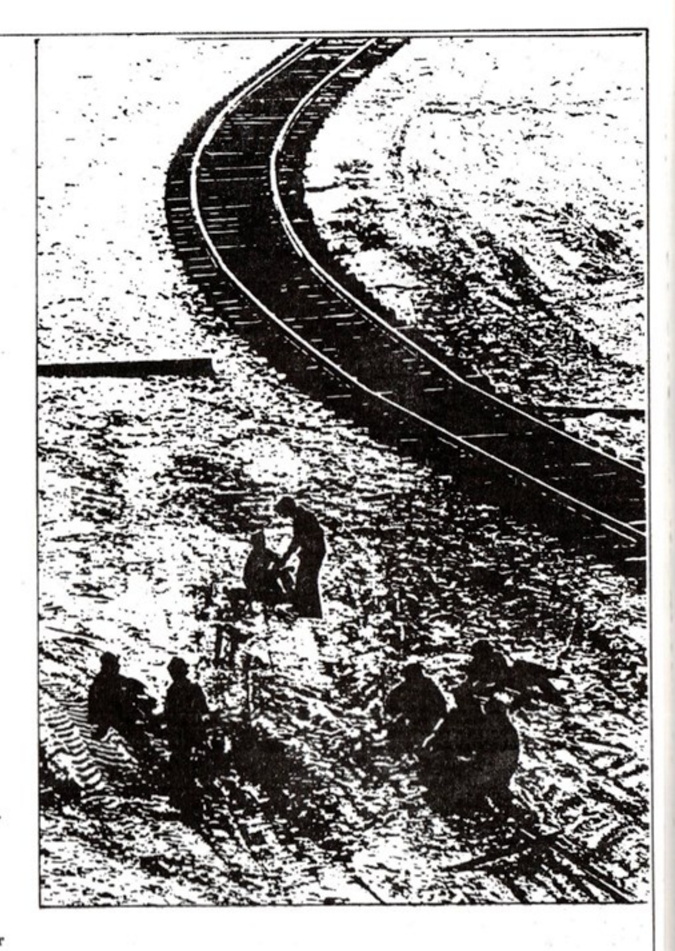
Zu Beginn des Jahres 1981 brachen in den Kohlebergwerken von W o r k u t a (1) Massenstreiks aus, die von Aufständen der Zwangsarbeiter begleitet wurden.

Im März und April '81 fanden zwei Streiks in K i e w , in der Experimental-Konstruktionsfabrik statt, in der landwirtschaftliche Maschinen entworfen und konstruiert werden. Der erste Streik richtete sich gegen die Erhöhung der Produktionsnormen bei gleichem Lohn - die Arbeiter siegten.
Bei dem zweiten Streik ging es um die Kürzung der Wasserzuteilung für die Stadt. Die Organisatoren dieses Streiks waren Mitglieder der Betriebsgewerkschaft und des betrieblichen Parteikomit ees.
Als die Wasserversorgung wiederhergestellt war, wurden die Streikführer entlassen.

Auch in einer anderen Fabrik in K i e w konnten die Arbeiter die Erhöhung der Produktionsnormen durch Streik verhindern.

In der Motorradfabrik K i e w sollten betriebliche Vergünstigungen abgeschafft werden - wieder gelang es der Belegschaft dies zu unterbinden.

Ebenfalls 1981 brachen Streiks in R i g a und weiten Teilen Litauens aus..... die Arbeiter der Z h d a n o v 'er Busfabrik streikten für höhere Löhne ....



Diese Kämpfe stellen, wie anfangs erwähnt, nur die Spitze eines Eisbergs dar und können uns nur einen groben Eindruck über die Auseinandersetzungen zwischen der russischen Arbeiterklasse und dem Staatskapital sowie dem bürokratischen Apparat vermitteln.
Die Tatsache, daß die Streiks zeitlich wie auch örtlich gut organisiert sind, deutet darauf hin, daß die Arbeiter bereits über Verbindungen verfügen und die inoffiziellen d.h. "illegalen" Organisationen recht gut funktionieren.
Überall hatten die Arbeiter erlebt, daß ihre Interessen in keiner Weise von den staatlichen Gewerkschaften der AUCCTU vertreten werden.
Langsam entstanden die ersten unabhängigen Organisationen.

Im Mai 1977 veröffentlichte eine Gruppe von Arbeitern um Vladimir Klebanov, der wegen der Organisierung von ukrainischen Minenarbeitern in eine psychiatrische Anstalt verschleppt worden war, ein Papier über die Arbeitsbedingungen in der UdSSR.
Diesem folgte im September ein "Offener Brief an die Weltöffentlichkeit über die wirkliche Situation der Arbeiter, angesichts des 60-jährigen Bestehens der UdSSR".
Am Jahrestag der russischen Revolution erschien das dritte Papier, von 33 Arbeitern unterzeichnet, in dem die Einsetzung einer Komission gefordert wurde, die die Reaktionen des Zentralkomitees der KPdSU auf die Forderungen der Arbeiter untersuchen sollte.

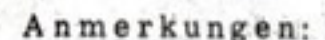
Nach einer Pressekonferenz, auf der die Korruption und die schlechten Arbeitsbedingungen angeprangert wurden, verschleppte das Regime Vladimir Klebanov erneut in eine psychiatrische Anstalt.
Die Verhaftung von zwei weiteren Arbeitern löste 1978 die Gründung der "Assoziation der freien Gewerkschaften der Arbeiter der UdSSR" (ASPTSS) durch mehr als 200 Arbeiter aus. Doch schon wenige Monate später war die Gewerkschaft vom KGB weitgehend zerschlagen.

Zur gleichen Zeit bildete sich die "Arbeitergruppe zur Verteidigung der Arbeiterrechte im ökonomischen und sozialen Bereich".
Der Initiator war Vsvolod Kuvakin, ein ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der Öl-und Gasarbeiter Gewerkschaft, der wegen seiner Kritik an der Staatsmacht entlassen worden war

Im Oktober 1978 tauchte die dritte Organisation auf, die "Freie Überberufliche Arbeiter Union" (SMOT),(2) die bei ihrer Gründung mehrere hundert Mitglieder in acht lokalen Verbänden hatte und in der auch die Mitglieder der ASPTSS, die noch in Freiheit waren, mitarbeiteten.
Der Rat der SMOT verabschiedete folgende Erklärung:
"Es gibt heute in diesem Land keine unabhängige Organisation, die die Interessen der Arbeiter direkt repräsentiert ... die Funktionäre der offiziellen Gewerkschaften stehen klar auf der Seite des Managements, lassen die Interessen der Arbeiter völlig außer acht und handeln genau genommen nach den Anweisungen des Staatsapparates."

"Die SMOT ist keine politische Organisation und bittet die Regierung auch nicht um Hilfe. Sie zählt nur auf die Unterstützung der Arbeiter, im eigenen Land wie auch in anderen Ländern."

Wieder schlug die Staatsgewalt zu, doch die SMOT überstand die Verfolgungen.
Als Vladimir Borissov, einer der Gründer der SMOT, 1981 zur Emigration gezwungen wurde, hatte der Verband bereits 15 Lokalorganisationen. Albina Yakoreva, die das Land ebenfalls verlassen mußte, konnte bereits von 21 Gruppen berichten. Inzwischen gibt es neue, auch in der Ukraine, Belorussland und den baltischen Republiken, Estland, Lettland und Litauen.



A n m e r k u n g e n :

1) Workuta ist einer der Vorhöfe der Hölle, in denen der sowj. Staat seit "altersher" seine Gefangenen lagert. Über den Aufstand tausender von Zwangsarbeitern 1953 berichtet u.a. Solschenizin.

2) SMOT, über ihre Struktur und ihren Aufbau berichteten wir in der AKTION 1/81 (Heft 4).

3) Nach "SMOT-Bulletin" Nr. 32 Seite 1.







Einen Informationsmangel in Bezug auf die aktuelle, politisch - militärische Situation in Nicaragua können wir hierzulande nicht beklagen. Anders sieht es aus, wenn es um die Belange des täglichen Lebens geht, wo selbst die deutschen Polittouristen, wenig zu berichten wußten. Wir hatten das Glück Carmen kennenzulernen, die zwischen Sommer '80 und Sommer '83, also unmittelbar nach der Revolution, in Nicaragua gelebt und gearbeitet hat - und daher in der Lage ist, einen Überblick über die verschiedene Probleme und Entwicklungen in der dortigen Gesellschaft zu geben. Stichpunkte zu Carmens Arbeit dort: +Erwachsenenbildung + Grundschulunterricht + Alphabetisierung + Methodologie der Erwachsenenbildung + Erstellung von Unterrichtsmaterial ...+

Carmen ist z. Z. wieder in Nicaragua und wir hoffen, daß wir in der nächsten Zeit eine Ergänzung zu den angesprochenen Punkten veröffentlichen können.

Nikaragua

AKTION: Die Gefahr einer Intervention macht die Landesverteidigung in Nicaragua zu einer der wichtigsten Aufgaben. Bremst die Kriegswirtschaft die Entwicklung der Revolution? Wird der heutige Zustand zementiert?

CARMEN: Die Revolution ist sehr jung und sie hat eine Dynamik, die in den letzten 4 Jahren keine Anzeichen des Stillstandes zeigte.
Die Kriegswirtschaft ist ein reales Problem, denn viele ökonomische und menschliche Resourcen müssen für die Verteidigung des Landes aufgebracht werden.
Aber die Bedrohung, die von den USA ausgeht und die jeder Nicaraguaner spürt, führt dazu, daß die Leute, die möglicherweise während des Aufstandes die Frente Sandinista emotional unterstützt haben, jetzt durch die US - Bedrohung deutlicher erkennen wer der Feind ist und warum er versucht, die jetzige Regierung in die Zange zu nehmen. Das bedeutet, daß die Unterstützung der Bevölkerung nicht nachgelassen hat, sie ist sogar politischer geworden.
Ein Bremsen, eine Zementierung oder ein Abweichen von der Revolution wäre es, wenn dieses wesentliche Element verraten würde. Wenn die Regierung, per Gesetz meinetwegen, die Unterstützung einstellen, deren Prozeß bestimmen oder wenn diese Regierung Kompromisse eingehen würde indem sie Prinzipien der Revolution verrät - dann wäre es ein Bremsen. Dann gäbe es eine Stagnation, die aus der Revolution eine Bürokratie macht, aber nach meiner Meinung ist dies nicht absehbar. In Nicaragua zeigt sich, daß die Führenden des Prozesses sich auf die Bevölkerung stützen.

AKTION: Stellen sich den Selbsthilfeinitiativen der Bevölkerung keine staatlichen bürokratischen Hürden entgegen?

CARMEN: Es existiert eine totale Kooperation zwischen den staatlichen Einrichtungen und den Initiativen der Bevölkerung, da die Revolution auf die Beteiligung der Massen angewiesen ist. Es findet keine Veränderung statt, wenn die Masse nicht mitmacht. Alle Erfolge der Revolution entstehen, weil die Masse den Prozeß mitbestimmt. Die Selbsthilfeinitiativen stehen in direkter Verbindung zu den Comités de Defensa Sandinista. Das Wohnungsministerium z. B. arbeitet mit den Massenorganisationen zusammen. Natürlich, wenn eine Initiative z. B. einen LKW anfordert, dann geht das nicht immer problemlos. Man muß davon ausgehen, daß in Nicaragua eine Mangelgesellschaft besteht, die auch noch Kriegsökonomie betreiben muß. Es wäre falsch zu sagen: für die Lieferung eines LKW braucht man, sagen wir, 2 Monate und das ist Bürokratismus. Verstehst Du, die Lieferung dauert vielleicht so lange, aber wegen dem Mangel. Es gibt aber Fälle, die in den Ministerien stecken bleiben, weil es Leute dort gibt, die schon während dem Somoza-Regime dort gearbeitet haben und die eine andere Mentalität haben. Es gibt einen Mangel an mittleren Kadern. Aber die Gewerkschaft der Angestellten, eine sandinistische Organisation, achtet ständig darauf und weiß welche Leute tatsächlich "blockieren".

AKTION: Gab es keine "Entsomozierung"?

CARMEN: Die Leute, die in der Verwaltung beschäftigt sind und schon unter Somoza dort gearbeitet haben, sind keine Somozisten. Es ist alles ein Prozeß. Die Revolution ist eine Sache, die ihre Zeit braucht und viele, die unter Somoza gearbeitet haben, ändern allmählich ihre Mentalität. Andere wiederum nicht, das ist ein Problem der Revolution. Die Leute, die mit der Revolution einverstanden sind, kontrollieren wo "blockiert" wird.

AKTION: Gibt es vom Staat unabhängige Betriebe, die in Selbstverwaltung arbeiten?

CARMEN: Es gibt sie nicht in dieser Form, als Betriebe, die losgelöst von einer nationalen Ökonomie produzieren. (???) Es gibt aber Kooperativen, die je nach dem wie die Belegschaft denkt, über die Produktion, in Absprache mit den staatlichen Behörden, selbst entscheiden. Die Produktion wird selbstorganisiert und die Gewinne an alle Arbeiter gleich verteilt.

AKTION: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften in den Betrieben, die in staatlicher Regie bewirtschaftet werden?

CARMEN: Das sind etwa 25% aller Betriebe. Die Gewerkschaften in diesen Betrieben unterstützen die ökonomischen und politischen Maßnahmen der Regierung. Die größte Gewerkschaft ist die "Confederacion Sandinista de Trabajadores"-CST-, sie erfaßt 2/3 der Arbeitskräfte. Es gibt aber auch andere Gewerkschaften.





AKTION: Gibt es anarcho-syndikalistische Strömungen innerhalb der CST?

CARMEN: Der Anarcho-Syndikalismus hat in Nicaragua, im Unterschied z. B. zu Argentinien oder Peru, keine Tradition. Er spielte nur am Anfang dieses Jahrhunderts eine Rolle, hat sich aber nicht verankern können.

AKTION: Die sandinistische Regierung geht nicht gerade mit Samthandschuhen gegen die Indianer vor....

CARMEN: Das Indianerproblem ist ein reales Problem der Revolution. An der Atlantikküste befinden sich die Miskitos, die Sumus und die Rama - aber auch Kreolen, Mulatten und Schwarze.
Somoza hatte die ganze Region als persönliche ökonomische Enklave besessen. Dorthin führte keine Straße, die Bewohner dort hatten kein Licht, kein Telefon(!), kein Radio, nichts, nichts. Jetzt versucht man eine Verbindung mit den anderen Teilen Nicaraguas zu schaffen. Es wurden - unter großen Opfern - Telefonleitungen verlegt, es gibt jetzt einen Radiosender für dieses Gebiet und man ist dabei eine Straße in dieses Gebiet zu bauen. An der Küste gibt es einen Hafen, der auch von der Konterrevolution als strategisches Ziel erkannt wurde. Diese planen den Stadthafen Puerto Cabeza zu besetzen und dort eine provisorische Regierung auszurufen. Deswegen sind die Indianer ein Problem für die Verteidigung des Landes. Man muß bedenken, daß die Grenze zu Honduras durch einen Fluß gebildet wird. Die Indianer haben hauptsächlich am Fluß gelebt, in kleinen Gemeinschaften von etwa 10 Familien und ernährten sich hauptsächlich von Fischfang. In dieser Situation waren sie Opfer der Konterrevolution.





Nun komme ich auf die Umsiedlung zu sprechen, die hier (vor allem ja wohl dort! d. T.) sehr viel Aufregung verursacht hat. Sie hat zwei Aspekte: einerseits wegen der Gefahr, der die Indios ausgesetzt waren - sie sind in ein anderes Gebiet umgesiedelt worden, um besser geschützt zu sein......

AKTION: ... muß man sie zu ihrem Glück zwingen?

CARMEN: ... nein, vor ihrem Unglück schützen. Sie haben dort Kinder verloren, Mädchen sind vergewaltigt worden, die Frauen haben ihre Männer verloren, weil diese nach Honduras verschleppt wurden ...

AKTION: ... aber sie haben teilweise doch auch gegen die Sandinistischen Soldaten gekämpft!

CARMEN: ... ein Teil, ja. Einem Führer der Contras ist es gelungen 2000 Miskitos nach Honduras zu locken. Als sie dort wie die Hunde behandelt worden sind, haben sie öffentlich darum gebeten, nach Nicaragua zurückgehen zu dürfen. Und viele sind zurückgekommen. Das andere Problem war die große Zerstreuung der Indianer, denn sie verhindert den Aufbau von Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Elektrifizierung etc.. Man kann also ganz kleine verstreute Dörfer nicht ...

AKTION: ... zivilisieren ...

CARMEN: ... wenn "zivilisieren" heißt, Einrichtungen für Gesundheit und Bildung aufzubauen, dann bin ich für das "Zivilisieren". Wenn die Leute total, aber total am Rande der Gesellschaft lebten und jetzt lesen können, dann ist es gut. Man mußte dieser Zerstreuung entgegentreten um Einrichtungen, die für das Volk richtig (?wichtig?) sind, zu ermöglichen.

AKTION: Es sind schon unbewaffnete "Arbeitsbrigaden" nach Nicaragua geflogen - wieso nicht "Waffen für Nicaragua"?

CARMEN: Ich glaube, daß hat mit den hiesigen Linken zu tun. Wenn die Friedensbewegung so nach Frieden und Entmilitarisierung schreit, kann sie nicht gleichzeitig "Waffen für Nicaragua" verlangen. Ich finde diese Forderung aber richtig - wegen der Bedrohung....

AKTION: ... die die Legitimation für alles in Nicaragua ist!

CARMEN: Am Anfang hatten die Sandinisten 30% des besten Landes, das Somoza gehörte. Sie hatten es nicht nötig zu enteignen. Aber, daß die Großgrundbesitzer dauernd die Produktion boykottieren, kann man nicht zulassen. Die Fabrikherren verhielten sich ebenso. Dann wurde die Agrarreform und das Fabrikgesetz verabschiedet. Die nichtbestellten Felder sind daraufhin von den Kooperativen der Bauern übernommen worden. Viele Großgrund- und Fabrikbesitzer setzen sich in die USA ab und versuchen die Macht zurückzuerobern. Das ist Klassenkampf. Andererseits will die USA eine militärische Lösung für Mittelamerika. Der Bericht der "Kissinger - Komission" hat es wieder bestätigt. Und man kann sagen, daß die Entwicklung Nicaraguas mit der in El Salvador zusammenhängt.

AKTION: Mal was anderes, hast Du dort mal einen Joint in der Kneipe geraucht?

CARMEN: Nee (lacht). Es gibt ein generelles Verbot für diese Art von Drogen. Einen Cognac kannst Du aber jederzeit bestellen.

AKTION: Muß man für ein Steak Schlange stehen?

CARMEN: Nein, während der Zeit, in der ich dort war, gab es keine Schlangen. Ich weiß natürlich nicht, wie das jetzt ist. Aber mit der zunehmenden Bedrohung kann ich mir vorstellen, daß sich auch dieses Problem verschärft hat.

AKTION: Gibt es Mac Donalds in Managua?

CARMEN: Es gibt Mac Donalds und man kann überall einen Hamburger essen. Nicaragua war sehr lange "Made in USA", total nordamerikanisiert. Das merkt man stark an den Essgewohnheiten und in der Sprache. Statt Windeln hörst Du "Pampers", statt Kühlschrank "Freezer" usw., sprachlich leben die Leute oft noch in der Somozazeit.

AKTION: Gab es nach dem Sieg der Sandinisten Hausbesetzungen?





CARMEN: Alle mittleren und höheren Kader der Somoza-Armee waren Hausbesitzer. Sie besaßen Häuser und mehrere Autos. Das waren die Privilegien, so wurde die Loyalität erkauft. Die Leute sind dann aber geflüchtet. Alle diese Wohnungen wurden Müttern und Witwen, deren Söhne oder Männer im Kampf gegen Somoza gefallen sind, zu sehr günstigen Mieten gegeben.
Ich selbst habe auch in einer dieser Wohnungen gewohnt. Als Untermieterin. In meinem Viertel, ein mittelständiges Viertel, haben Leute quer durch alle Schichten gewohnt. Direkt neben mir lebte die Schwester eines Mitglieds der Regierungs junta. Neben ihr eine Köchin, die eine kleine "Volksküche" betrieb. Ein paar Häuser weiter eine Friseuse. Neben ihr wiederum die Schwägerin des Präsidenten des Staatsrates usw. . Heute gibt es in Nicaragua weder Spekulanten noch "Casaterientes"(Groß-Hausbesitzer). Es wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Besitz von maximal drei Häusern erlaubt (Wohnhaus/Ferienhaus/Werkstatt), jedes weitere muß an das Wohnungsministerium abgegeben werden. Das Ministerium bezahlt an den Besitzer eine geringe Gebühr und stellt die Wohnungen denjenigen zur Verfügung, die in Not leben.

AKTION: Wie sieht denn das tägliche Leben in Nicaragua aus?

CARMEN: Wenn man in Nicaragua ist, wird man sehen, daß die Frau die Familienökonomie trägt. Die Menschen improvisieren ständig. In der Geschichte Nicaraguas gab es viele Bürgerkriege, Besetzungen und dazu kommen noch die Erdbeben. Dies alles führte dazu, daß die Nicaraguaner sehr improvisationsfreudig sind. Ich will dieses Volk nicht verherrlichen, denn die Frauen sind sehr geplagt durch die Arbeit, sie halten praktisch die Familie am Leben, die Kinder helfen da natürlich mit. Es ist kein ungewöhnliches Bild, wenn Du in Managua durch die Straßen gehst und dort Kinder siehst, die Erdnüsse oder Obst verkaufen. Wenn es sehr heiß ist, verkaufen Kinder Plastiktüten gefüllt mit Wasser und Eis - die Leute greifen sehr schnell zu, in dieser Hitze. Es gibt viele Leute, die in ihrer Wohnung einen Laden aufgemacht haben. Das Spektrum des Kleingewerbes ist sehr breit.

AKTION: Ja, und wann gehen die Kinder in die Schule?

CARMEN: Das ist tatsächlich ein Problem. Die Regierung ist diesem Problem entgegengetreten, indem sie Stipendien an die Kinder vergibt. Ganz minimal; etwa 200 Cordobas. Das ist sehr wenig. Es ist nicht selten, daß man in der Erwachsenenbildung Kinder antrifft. Vor allem in den Städten, auf dem Land ist es anders. Die Erwachsenenbildung läuft abends von sechs bis acht, oder von sieben bis neun Uhr. Die Eltern, die mitbekommen haben, daß man dort etwas lernen kann, schicken ihre Kinder oft dorthin.

AKTION: Gibt es Schulpflicht in Nicaragua?

CARMEN: Ja, es gibt Schulpflicht, aber was willst Du damit wenn die Kinder arbeiten und die Eltern sie nicht in die Schule schicken. Die Regierung hat eine Empfehlung an die Verantwortlichen der Erwachsenenbildung herausgegeben, die Kinder in den Unterricht aufzunehmen.

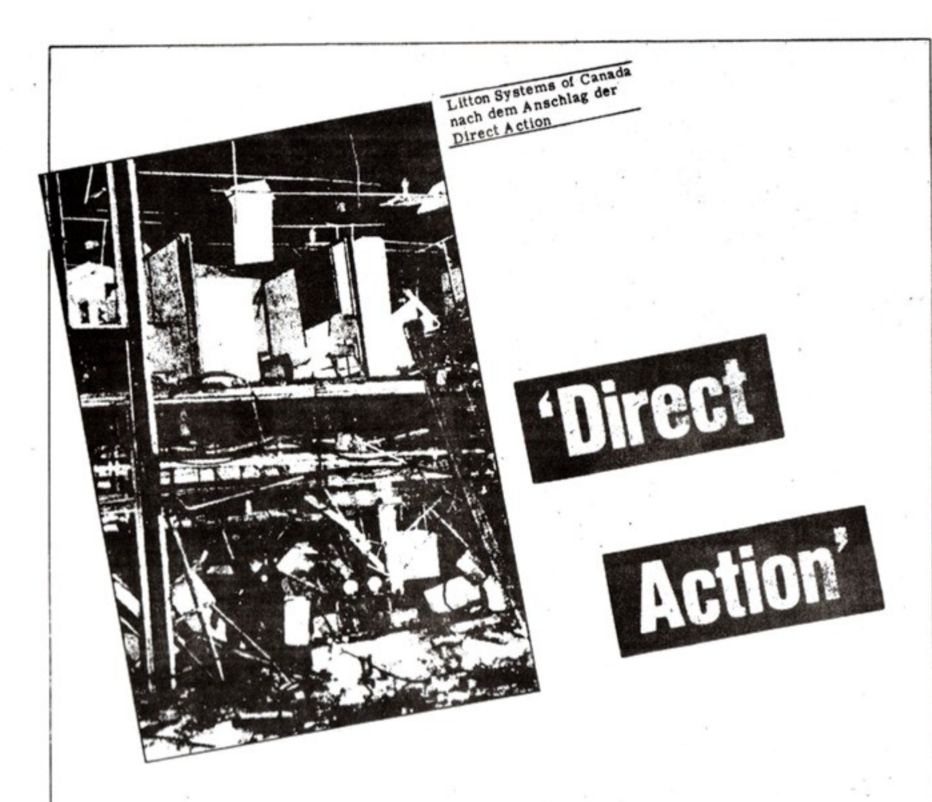
AKTION: ...und wie ist es mit Männern gewesen?

CARMEN: Also der Faschi... äh ... der Machismo ist sehr stark. Er äußert sich z.B. so, daß die Männer glauben, je mehr Kinder sie haben, umso potenter seien sie. Sie setzen Kinder überall hin. Sie haben normalerweise eine "Hauptfrau" und um so mehr "Nebenfrauen" sie haben, um so männlicher glauben sie zu sein. Es ist so eine Art Vielweiberei nach orientalischem Muster.

AKTION: Und der revolutionäre Macho?

CARMEN: Der hat natürlich Probleme. Nicht so sehr, weil er den Machismo erkennt, sondern weil die Frauen sagen, daß die Zustände sich geändert haben und daß die Männer sich auch ändern müssen. Hier leistet die Frauenorganisation AMNLAE eine sehr wichtige Aufklärung. Viele Frauen sind in den Milizen und immer mehr besetzen verantwortungsvolle Posten, z.B. wird das "Ministerium für Gesundheit" von einer Frau geleitet.

+++++++++



Litton Systems of Canada nach dem Anschlag der Direct Action

Vor über einem Jahr, am 20. Jan. 1983, wurden die "Vancouver Five" verhaftet. (siehe AKTION 5/82 u. 1-4/83) Die Angeklagten, JULIE BELMAS, GERRY HANNAH, DOUG STEWARD, und BRENT TAYLOR, werden beschuldigt, drei Sprengstoffanschläge begangen zu haben:

1) auf die "Cheekye-Dunsmuir Power Transmission Line" in British Columbia, die nach ihrer Fertigstellung die Vancouver Insel mit dem Festland verbindet und damit den Bau von Kohle - und Atomkraftwerken auf der Insel nach sich zieht. (ABC-Hydro Nuclear Substation) Erst dann ist es nämlich möglich, den Strom an das Festland zu verkaufen.

2) auf das Werk des "Litton" - Konzerns bei Toronto, wo die Computersteuerungen der US-Cruise Missiles hergestellt werden.

3) auf drei "Red Hot Video" Filialen, die sich auf den Verkauf von Vergewaltigungs-und Folter Pornos spezialisiert haben.

Zu den Anschlägen haben sich die Gruppen "DIRECT ACTION" und die "WIMMIN'S FIRE BRIGADE" bekannt, deren Kommuniques in der Zeitschrift "Resistance" Nr. 4 u. 5 veröffentlicht wurden.

Jedem der drei Anschläge war eine breit angelegte Protestbewegung vorangegangen, so daß sich eine öffentliche Diskussion von selbst ergab. Viele "Führer" der Protestbewegungen haben sich hinter die Anschläge gestellt, einige wohl auch zwangsläufig, um ihre Bewegung zu verteidigen.

Und in Nordamerika geht der Kampf weiter:

- Im März 1983 hat eine Gruppe, die sich "Friction Directe" nennt, einen Bombenanschlag gegen ein Waffenlager der Kanadischen Armee verübt, um gegen die US-Hilfe für die mittelamerikanischen Regime zu protestieren.
- In einem Pornoladen haben einige Frauen Mülltüten mit Vogelscheiße über die Pornos gekippt.
- Gegen den "Computer-Operation Complex" der US-Navy, in Washington, wurde im August 83 ein Bombenanschlag verübt, um gegen die Reagan's Mittelamerikapolitik zu protestieren.
- Am 11. Mai 1983 zündete die "United Freedom Front" aus dem gleichen Grund eine Bombe in New York, die Teile des "US-Army Reserve Command Centers" zerstörte.

- In der Nacht vom 21/22. August explodierte eine Bombe am "Sgt. Joseph Muller Army Reserve Center". HANDS OFF NICARAGUA und U.S. OUT OF EL SALVADOR forderte die "United Freedom Front" in ihrem Kommunique Nr. 3

Die Unterstützungsgruppe der "Vancouver 5" hat inzwischen eine Erklärung verbreitet, daß keine/r der Angeklagten etwas mit den Aktionen der "Direct Action" bzw. der "Wimmins Fire Brigade" zu tun hatte und daß dies durch weitere Anschläge gegen den Staatsapparat deutlich aufgezeigt werden würde.
Bei den bereits abgeschlossenen Verfahren wurden folgende Urteile verhängt:

DOUG STEWARD: 1 Tag,
JULIE BELMAS : 20 Jahre wegen Überfall auf einen Geldtransporter, Anschlag auf Red Hot Video, Autodiebstahl, Besitz von Diebesgut, Besitz von Explosivstoffen und gefährlichen Waffen sowie wegen dem Anschlag auf Litton Industries.
GERRY HANNAH: 10 Jahre wegen dem Besitz von Explosivstoffen und dem Litton-Anschlag.
ANNE HANSEN: 20 Jahre wegen den Anschlägen auf Litton, BC-Hydro und Red Hot Video, Waffen-und Sprengstoffbesitz.
BRENT TAYLOR: hat noch mehrere Verfahren offenstehen.



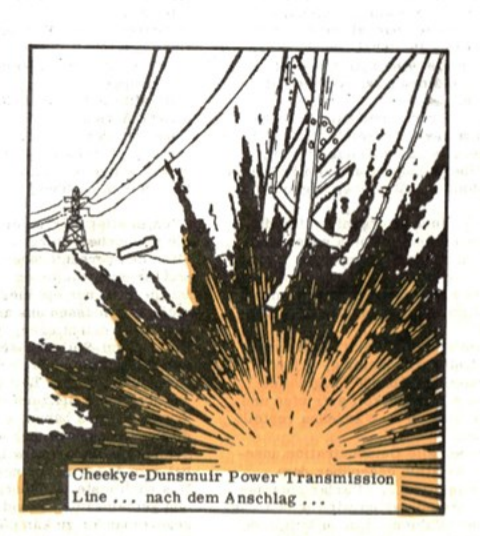
Wenn ihr weitere Informationen über die "Vancouver Five" haben wollt, schreibt an:

Free the Five Defence Group
P.O.B. 4829, Bentall Station
Vancouver, BC.
CANADA
V7X 1A1

oder direkt an eine/n der Gefangenen:

....
Oakalla Prison, Drawer "0",
Burnaby, BC.
CANADA
V5H 3H4

B. Fancier



Cheekye-Dunsmuir Power Transmission Line ... nach dem Anschlag ...

NEUES AUS POLEN

Wir senden unsere besten Grüße an die Libertären im Westen, besonders an diejenigen, die uns Wohlgesonnen sind.

Vielen Dank für eure große Unterstützung - wir werden sie so effektiv wie möglich einsetzen.

Letztes Jahr haben wir die Möglichkeiten unsere Pläne in die Tat umzusetzen, wohl etwas zu optimistisch eingeschätzt. Tatsächlich aber traten einige Schwierigkeiten auf.
In kürze werden wir jedoch zwei Bücher publizieren. Das erste ist ein Band mit anti-totalitären Gedichten des famosen polnischen Poeten Kazimierz Wierzynski mit dem Titel "Schwarze Polonaise". Beim zweiten handelt es sich um "Moscau - Petushki" von V. Yerofeev, es ist eine satirische Geschichte eines sowjetischen Dissidenten.
Ins polnische haben wir "Kronstadt" von Ida Mett übersetzt, diese Schrift ist bereits auf Matritze getippt. Die Übersetzung von Orwell's "Mein Katalonien" hat soeben begonnen.

Am 17. Juni 84 organisierten die Kommunisten in Polen sogenannte Wahlen. Unsere Gruppe rief zum totalen Wahlboykott auf, damit vertraten wir die gleiche Position wie die Untergrundleitung der Solidarność.
Zusammen mit "Salat" (wahrsch. eine Untergrundzeitung, d. Red.) druckten wir 16.000 Flugblätter die zum Wahlboykott aufriefen und hauptsächlich in Warschau verteilt wurden.
Einespezielle Demonstration unserer Antipathie gegenüber dem "kommunistischen "Parlamentarismus" organisierten wir für den Tag vor den Wahlen'. Einige Mitglieder der EGG bepinkelten öffentlich das Denkmal von Feliks Dzierzyinski im Zentrum von Warschau. Dzierzyinski war der Gründer der Tscheka (später GPU, NKWD, KGB) der sowjetischen Geheimpolizei in den 20 er Jahren.

Im Moment haben wir keine ausreichenden Möglichkeiten, unser Journal zu publizieren. Dies liegt u.a. daran, daß in unserer Gruppe nicht so viele Leute mitarbeiten und sich außerdem nicht alle "nur" für Politik interessieren. Deshalb helfen wir bei der Herstellung der Wochenzeitung der Untergrundsolidarność "Robotnik" (Der Arbeiter).
Vor einigen Wochen veröffentlichten wir einen offenen Brief an Scargill, den Führer der britischen Bergarbeiter (s. Kurzes Internat.). Über den Inhalt dieses Briefes gab es einige Unstimmigkeiten in unserer Gruppe.
Die Mitglieder der EGG haben etliche Aktionen im Stil der "Spaß-Guerilla" durchgeführt: Telefonterror, provokative Korrespondenz usw., einige offizielle Zeitungen berichteten darüber.

Nun, in aller Kürze, einiges über die polnische Untergrundbewegung:
Von den verschiedenen Gruppen und Strömungen die es dort gibt, ist die EGG nur ein kleines Element. Wir müssen uns an den Möglichkeiten orientieren, die die Untergrund-Solidarność hat. Zwar existieren dort auch rechte Gruppen, die aber zum Teil gute Konzeptionen zur Bekämpfung des Kommunismus haben. Gegenüber diesen Gruppen können wir unsere Sympathie bzw. Antipathie nur verbal zum Ausdruck bringen.
Das wichtigste ist jedoch, gegen den gemeinsamen Feind - und nicht gegeneinander zu kämpfen.
Unter den Bedingungen des "orientalischen Despotismus" ist dieser gemeinsame Feind: der sowjetische "Leviathan" - und dieser vereint alle Kämpfenden.
Was unsere Haltung gegenüber den oppositionellen osteuropäischen Bewegungen betrifft - alles, was den kommunistischen Totalitarismus schwächt, bewerten wir als positiv und kreativ. Wir unterstützen die Gedanken der "Botschaft an die Arbeiter Osteuropas" des 1. Kongresses der Solidarność.
Wir stehen auf der Seite der Charta 77 in der CSSR, der litauischen Katholiken, der estnischen Dissidenten, als auch der afghanischen Partisanen und der unabhängigen Gewerkschaften in Kuba. Wir bewundern die Untergrundgewerkschaft SMOT und die Bewegung der Tartaren in der UdSSR.

Die westliche Anti-Raketen (Friedens-) Bewegung zu beurteilen ist für uns sehr schwierig (siehe AKTION 4-83). Die kommunistische Propaganda gebraucht sie für ihre eigenen Ziele. Außerdem glauben wir, daß für den Westen die SS 20 genauso gefährlich sind wie die Pershings, vieleicht noch gefährlicher.

Dies sind die neuesten Meinungen und Informationen der EGG. Die besten Grüße an alle westlichen Libertären! Halten wir zusammen! Laßt die Freiheit siegen, im Kampf gegen den Totalitarismus!
Nieder mit Leviathan, O'Brian, Tschernenko, Jaruzelski und ihren Lakeien!

EGG, Warschau

Anmerkungen:
Leviathan: Symbol für den allmächtigen Staat bei dem engl. Phil. Hobbes, 17.Jh..
O'Brian: aus Orwell's "1984".
Zur EGG siehe AKTION 1, 2, 4-83



Grüsse von der IAA

Freunde und Genossen :

Der 17. Kongreß der Internationalen Arbeiter Assoziation, der in Madrid stattgefunden hat, legte den Sitz des Sekretariats wieder nach Spanien, in die Hände der dortigen Sektion, der CNT.
Wir grüßen an dieser Stelle alle unsere Freunde und Symphatiesanten.
Wir möchten außerdem über einen sogenannten "außerordentlichen Kongreß der Wiedervereinigung" informieren, den einige Ausgetretene Mitglieder im vergangenen Juni organisiert hatten. Diese Leute haben die CNT nach dem 5. Kongreß verlassen (Valencia-Fraktion), die andere Gruppe die an diesem Kongreß beteiligt war, trat etwas später aus.
Die CNT hat sich also mit niemandem "wiedervereinigt"!

Dieser falsche Kongreß wurde von der sozialistischen Regierung finanziert und von den öffentlichen wie privaten Medien unterstützt: Radio, Presse, TV ... Der "Kongreß" wurde von starken Polizeieinheiten geschützt, die die angereisten Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten, die gegen diese Veranstaltung protestieren wollten, angriffen und zum Teil zusammenschlugen bzw. verhafteten.
Diese "neue CNT" will ihre Aktionen innerhalb der gegenwärtigen Arbeitsgesetzgebung durchführen. Das bedeutet Teilnahme an den Betriebsratswahlen, Bevormundung der Arbeiter, Kollaboration mit den Regierungsinstitutionen und den Arbeitgebern usw.
Ein großer Schritt rückwärts in unserem sozialen Kampf.

Freiheitliche Grüße,
Generalsekretär der IAA (AIT):
Fidel Gorron Canoyra
++++++

Für diejenigen, die die Hintergründe nicht kennen:

Seit dem Ende Francos wird die CNT, die sich als einzige der drei großen Gewerkschaften nicht an die "Spielregeln" der Arbeitskämpfe hält, und für Arbeiterselbstverwaltung eintritt, vom neuen "demokratischen" Regime bekämpft und kriminalisiert. Mehrmals versuchte die sozialistische Regierung die CNT zu verbieten, es sei auch an den "Caso Scala" erinnert (Aktion 3-81). Dazu kam die Weigerung der Regierung der CNT ihr 1939 von den Faschisten beschlagnahmtes Eigentum zurückzugeben..... es sei denn die Anarcho-Syndikalisten würden sich auf all die gesetzlich festgelegten Beschränkungen einlassen die schon die sozialistische Gewerkschaft UGT und die kommunistischen CCOO zu gelben Gewerkschaften degradierten. Dem Regime war es zeitweilig gelungen den ehemaligen Sekretär der CNT, Jose Bondia, so weit zu bestechen, daß dieser für 2 Mio. Mark (aus dem nicht zurückgegebenen Eigentum der CNT) bereit war, die zentrale Forderung der Regierung, die Beteiligung an den Betriebsratswahlen, zu erfüllen. Bondia wurde abgewählt und die CNT führte eine riesige Kampagne gegen die "Elecciones Sindicales" durch. Mehr als 62 % der spanischen Arbeiter/innen folgten dem Aufruf und boykottierten die Betriebsratswahlen, mit denen die Vollversammlungen der Arbeiter durch Funktionärstreffen ersetzt werden sollten.
Zu den Konflikten mit dem Regime kamen Konflikte innerhalb der CNT auf, die vor vier Jahren zum Austritt einiger Gruppen - hauptsächlich in der Region Valencia - führten. Diese Gruppen, aus dem christlichen sowie trotzkistischen Spektrum waren in die CNT eingetreten um sie auf ihre Linie zu bringen. Da die Arbeiter aber weder an reformistischer Politik noch an Funktionären interessiert waren, kam es auf dem 5. Kongreß der CNT zur Abspaltung dieser Gruppen, die sich ebenfalls CNT nennen (außer in Katalonien: CCT). Diese Gruppen haben sich mit einer anderen, die ein Jahr nach dem 5. Kongreß die CNT verließ, zur "neuen CNT" wiedervereinigt, worauf sich das Schreiben Fidel Gorron's bezieht.
Mitglied der anarcho-syndikalistischen Internationalen Arbeiter Assoziation ist natürlich weiterhin die "alte" CNT und der Verbleib des Sekretariates in Spanien hatte nicht nur organisatorische und finanzielle Gründe, sondern war auch ein Zeichen der Solidarität der anderen anarchistischen Gewerkschaften mit der CNT/AIT.

TSCHAD

Um den Tschad ist es still geworden. Nach dem Gipfeltreffen in Vittel (wo das Mineralwasser herkommt!) haben sich die Medien anderen Schlachtfeldern zugewandt. Tschadische - und fremde Streitkräfte kampieren in ihren Stellungen. Wie konnte es so weit kommen?

im September 1981 trudelte GOUKOUNI, Kompromißkandidat der GUNT (+) und damals Staatschef zu einem Besuch im Elysée-Palast ein. Mitterand, Präsident aller Franzosen, (wie er zu betonen nicht müde wird) plauderte nicht umsonst mit dem hohen Gast: gegen eine französischen und afrikanischen Militärgarantie wurden die lybischen Interventionstruppen des Landes verwiesen. Kaum hatte Ghadaffi seine Armee ab, gezogen, nutzte Hissen Habre, Goukounis langjähriger Gegenspieler, die Gunst der Stunde und rückte mit seiner Armee, der FANT, gegen die Hauptstadt vor. Ägypten und der Sudan hatten die amerikanische Militärhilfe an Habre transferiert. Am 7.6.82 nahm die FANT N'Djmaena ein. Die OAU (Organisation afr. Einheit) und Frankreich hatten ihre Versprechungen an Goukouni vergessen. Ihre Friedenstruppen erklärten sich für neutral.
Die GUNT, die immerhin elf der dreizehn politischen Richtungen des Tschads vereint, brach auseinander. Reihenweise wechselten sie das Lager. Aber da Habre nicht daran dachte und denkt den Staatskuchen an die diversen Eliten gerecht zu verteilen, kehrten sie später in die GUNT zurück. Ein Jahr später erhielt die Habré Regierung (wenn im Tschad überhaupt 'regiert' wurde) die Anerkennung der OAU, dank der Fürsprache der frankoamerikanischen Staaten: Sudan, Ägypten, Zaire und Marroko.

DIE FRANZÖSISCHE INTERVENTION

Die französische 'Linksregierung' predigte anfänglich die Nichteinmischung - zumal die sozialistische Partei bei der letzten Militärexpedition im April 78 gegen die "imperialistische Intervention" gekämpft hatte - in der Opposition.
Am 13.7.83 schrieb eine Redakteurin von Le Monde: "Eine Sache ist sicher, M.Mitterand will keine französischen Soldaten in Tschad."
Ein Tag zuvor hat Habré um sofortige Militärhilfe nachgesucht. Die Offensive der GUNT im Norden des Landes brachte ihn in Bedrängnis. Die bereits eingesetzten zivilen Berater (!) wurden auf einige Hundert aufgestockt. Später sollten mehrere tausend Soldaten folgen, die mit Offensivgerät die dünne Front der FANT verteidigen. Der Angriff auf die Oasenstadt FAYA LARGEAU mit lybischer Luftunterstützung, wurde in den fran. Medien zu einem zweiten Stalingrad hochstilisiert.
Unter sanftem amerikanischen Druck leferte darafhin Frankreich Jaguar- Flugzeuge.
FAYA LARGEAU bzw. was davon übrig blieb zurückerobert und aus HABRE wurde ein Kreuzritter gegen die lybische Invasion.
Aus Saulus wird Paulus.
Der ehemalige Guerillakämpfer war verantwortlich für die Entführung des franz. Archeologen Ehepaares Claustre.
Erst nach Jahren und mehreren Wortbrüchen wurden sie gegen einhohes Lösegeld freigelassen.
Diese Entführung war in der FROLINAT, der damaligen Befreiungsorganisation umstritten.
HABRE wurde ausgeschlossen.
Ohne die französischen Truppen müßte die FANT aufgeben: sie zählt knapp soviel Soldaten wie die -ungleich besser ausgebildete und ausgerüstete franz. Intervetionstruppe.
Zusätzlich kämpfen noch ca. 2000 zairische Fallschirmjäger und ein paar hundert sudanesische "Freiwillige" auf ihrer Seite.
Legitimiert wird die franz. Haltung durch 18 Jahre Neokolonialismus und periodischen Interventionen.



Nacheinander hat Frankreich das Kompradoren Regime TOMBALBAYE (60-73), General MALLOUM (73-79), GOUKOUNI und z.Zt. HABRE unterstützt.
Der Pressesprecher des Oberfranzosen war am 22.3.83 voll des Lobes für seinen Chef.
"Die Weisheit von M. Mitterand, die sowohl die militärische Abschreckung, als auch die Suche nach einer politischen Lösung einschließt ..."
Mit welchen Argumenten wird diese "weise" Doppelstrategie begründet?

- Der Hauptfeind Ghadaffi ist ein sowietischer Vasal. So sehen ihn die neuen Kreutzritter. Zu diesen Verteidigern des Abendlandes zählen - Bakunin sei es geklagt - auch die französischen Modephilosophen wie GLUCKMANN oder prominente Linke wie z.B. Yves MONTAND.
- Die islamische Durchdringung der afrikanischen Welt. Der neue Fundamentalismus rüttelt am neokolonialen Gefüge der nordafrikanischen Staaten.
- Lybien ist zwar kein sowietischer Vasal aber dafür ein Lokalimperialist, mit Expansionsgelüsten.

Das erste Argument läßt sich schnell wegfegen, verfolgt man die sowietiche Haltung in der Tschad-Frage. Ein Blick auf die Zahlen der lybischen Außenhandelsbilanz genügt, um sämtliche Abhängigkeits-Befürchtungen zu zerstreuen. Und mit welchen Ländern wickelt Lybien diese Geschäfte ab? Nach den USA treten Frankreich und die BRD als Lybiens größte Handelspartner auf. Allein am Rüstungsexport nach Lybien verdient der Westen mehr als an der bescheidenen Baumwollausbeute im Tschad.

Die zweite These trifft für den Tschad schon lange nicht mehr zu. Zu Zeiten der FROLINAT, als der islamische Norden sich gegen die Unterdrückung und Diskriminierung durch den reichen, christlichen Süden, den sogenannten "nützlichen Tschad" auflehnte, konnte ein Trennungstrich gezogenwerden. Heute kämpfen in allen Lagern diverse Konfessionen und Völker mit.
HABRE und GOUKOUNI sind beide aus dem Norden.

Das lybische Hegemoniestreben allein, rechtfertigt keine französische Intervention.
Zwar hat Lybien den uranreichen AOZOU-Streifen im Norden annektiert und aus seinen Interessen kein Hehl gemacht, auch wird die GUNT von Lybien finanziell und militärisch unterstützt, sowie Zaire, Sudan und Ägypten die Gegenseite unterstützen.

Am plausibelsten für die Erklärung des Angagements ist die schlichte Angst, eine "Einflußzone" zu verlieren. Seit jeher, ob Kolonie oder "Französische Gemeinschaft", hat Frankreich auf seine "Einflußzonen" eifersüchtig geachtet. Die ökonomischen und politischen Verflechtungen mit Frankreich sind vielfältig.
Speziell für Afrika, verstärkt natürlich für die ehemaligen franz. Kolonien, gibt es einen Minister der direkt dem Präsidenten unterstellt ist.
In 7 afrikanischen Staaten unterhält Frankreich Militärbasen. Die Intervention im Tschad hält die imperialistische französische Drohung aufrecht.

- Abschreckung der anderen.
Im Tschad werden die ökonomischen und politischen Interessen Frankreichs in ganz W- Afrika verteidigt. Wenn sich die militärische und strategische Drehscheibe dem franz. Einfluß entziehen würde könnten auch andere Staaten diesem Beispiel folgen.

DIE ROLLE DER U.S.A.

Die USA haben im Tschad - Konflikt Frankreich mit allen Mitteln in den Krieg getrieben.
Warum?
Natürlich möchten die USA franz. Truppen als Schutzschild vor Lybiens Grenzen wissen- aber nebenbei kommen ganz andere Interessen ans Tageslicht:
GHADAFFI ist nicht nur Amerikas Buhmann für alle Revolutionen und Attentate, sondern auch ein wichtiger Handelspartner.
Und im selben Maße wie Frankreich sich durch den Tschad- Konflikt aus den ökonomischen Beziehungen zu Lybien zurückziehen muß, fassen die USA dort Fuß.
Ein Widerspruch zweier imperialistischen Staaten hält einnen Söldnerkrieg am laufen.
Global gesehen ergänzen sich die beiden Vorgehensweisen: die westlichen Interessen werden von einem Ländergürtel aus Ägypten, Sudan, Zaire bis Marroko verteidigt gegen den Sowjetfreund Ghadaffi.
Aber wie die ökonomischen Verflechtungen zeigen ist Lybien Projektionsfläche für amerikanische Machtkämpfe als ernsthafter Gegner.

STAAT UND TSCHAD

Gibt es den Tschad? Handelt es sich um ein Volk oder gibt es zumindest eine Vielvölkergesellschaft?
Die Antwort findet sich in unseren Geschichtsbüchern und Atlanten: der Tschad ist ein Konglomerat verschiedener Völker, die die europäische Kolonialisation künstlich in Grenzen gepfercht hat.
Die "Dekolonialisation" ging im übrigen nicht gleichzeitig vor sich.
Während der Süden schon 1960 eine eigene Verwaltung bekam, stand der Norden bis 1965 weiterhin unter franz. Militärverwaltung.
Die Regierungsgewalt des ersten Präsidenten TOMBALBAYE beschränkte sich auf den Süden.
Nach dem Intermezzo vom General MALLOUM sind nur noch die örtlichen nördlichen Fraktionen die sich bekämpfen.
Jede von ihnen hat sich mit einer aus dem Süden vereinigt.
Der Kampf zwischen GOUKOUNI und HABRE entbehrt somit jeder ethnischen oder religiösen Wurzel. Jedes Volk und jede Religionsgemeinschaft befindet sich in den beiden Lagern.
Im übrigen sollte man den Norden nicht mit dem Islam gleichsetzen.
50% der Tschader sind Moslems aber nur ein Teil davon spricht arabisch.
Wenn heute die Mehrheit der politischen Organisationen in der GUNT vereinigt ist, dann nur deshalb, weil HABRE nach Alleinherrschaft strebt.
Der Krieg betrifft nur indirekt die Masse der Tschader, die



unter schwierigsten Bedingungen leben: hohe Analphabetenquote, Lebenserwartung unter 30 Jahren, keine Industrie usw.
Es gibt keine staatlichen Strukturen, sondern nur wechselnde Armeekoalitionen mit ihren Militärverwaltungen, die durch fremde Staaten ausgerüstet werden.
Nur die Internationalisierung des Konfliktes kann das Gleichgewicht der Kräfte brechen und den Krieg auf die Bevölkerung ausdehnen.
Dieser Prozeß ist im vollen Gange.
Eine tschadische Lösung ist nicht mehr in Sicht.
Vielleicht wird das Auseinanderbrechen künstlicher Staaten in Afrika den Beginn einer Lösung bringen- falls eine anti- imperialistische Bewegung die Afrikaner quer durch alle Völker und Stämme einigen kann.
Diese Bewegung kann nicht konfessionell (etwa islamisch) bestimmt sein und sie kann auch nicht in den alten Clans verwurzelt sein.
Die GUNT, als Konglomerat verschiedener Clans, kann niemals den Kern dieser Bewegung bilden.

DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DER INTERVENTION

Jenseits der flammenden Reden des Kulturministers vor der UNO interveniert der franz. Imperialismus wie in alten gaullistischen Tagen.
Seine Stärke bezieht er aus der Kontinuität des franz. Einflusses in den afrikanischen Zivilverwaltungen, bei den Militärs und durch eigene Militärbasen.
Nichtzuletzt durch die Allgegenwart franz. Kapitalinteressen wechselt nur das Führungsteam.
Sicherlich darf man die Rolle der Individuen an der Spitze des franz. Staates nicht vernachlässigen.
Die militärische Verfassung der V. Republik gibt dem politischen Personal d.h. vor allem dem Präsidenten nahezu unbegrenzte Vollmachten.
Die Entsendung der Truppen ging ohne parlamentarische Geplänkel über die Bühne.
Alle Kosten für den Einsatz werden aus einem Spezialfond beglichen.
Vordergründig kann sich MITTERAND auf das Abkommen für "gegenseitigen Beistand" von 1976 berufen, daß es der franz. Armee erlaubt nach belieben einzugreifen.
Eine franz. Variante der "brüderlichen Hilfe".

DER STAATSAPPARAT



Die Intervention hat den Staatsapparat weiter verändert.
MITTERAND hat seine Entscheidungen gefällt ohne selbst die bescheidenen institutionellen Formen zu respektieren.
Allen wurde deutlich gemacht, daß das Kabinett, ebenso wie die Nationalversammlung oder der Senat Orte sind an denen Politik gemacht wird.
Als Libertäre kannes nicht unsere Aufgabe sein den Verfall bürgerlicher Institutionen zu beklagen. Aber wir sollten die Machtkonzentration als zentralen Zug der V. Republik deutlich machen, um die reformistischen Illusionen der "Demokratisierung im Staat" endgültig zu beerdigen.
Aus antimilitaristischer Sicht fällt die größer werdende Rolle der Armee ins Auge.
Nach der Aufrechterhaltung der Putschistenbefehle von 1959 (Putsch franz. Generäle in Algier um die Verhandlungen mit der FNL zu torpedieren), der Karriere faschistischer Militärs z.B. des Generalstabschefs Lacaze müssen wir feststellen, daß die Interventionstruppen neue Bedeutung bekommen haben.

In der Zwischenzeit haben sich Lybien und Frankreich auf einen Truppenabzug geeinigt ... aber... wer sich weiter informieren will und außerdem französich versteht sollte Le Monde libertaire, die Zeitung der F.A.F. bestellen: Publico, Rue Amelot 147, 75011 Paris, Frankreich.



Zeigt, daß ihr die Hinrichtung nicht hinnehmen werdet!
Omori darf nicht sterben

Unterstützungsgruppe:
Mori No Kai
2-12-2 asahimachi,
abeno - ku
Osaka, Japan

Japanisches Konsulat:
Rathausmarkt 5
2 Hamburg 1

Weitere Infos:
FAU-NK
c/o Th. Schulze
Voßstraße 54
3 Hannover 1

大森を
釈放せよ

In Paris sprengte eine anarchistische Gruppe im letzten Jahr einen Ausstellungsraum für japanische Autos und beschädigte eine Sony-Fabrik durch einen weiteren Sprengsatz. Damit sollte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Fall des japanischen Anarchisten Katzuhisha Omori gelenkt werden.

Omori wurde beschuldigt an 2. März 1976 ein Regierungsbüro auf der Insel Hokkaido in die Luft gejagt zu haben, nachdem er erklärt hatte, daß er die Aktion als Zeichen des Protestes gegen die Unterdrückung der eingeborenen Ainu, richtig fände.
Omori wurde im März '83 zum Tode verurteilt, obwohl es weder Belastungszeugen, noch irgendwelche Beweise, nicht einmal Anhaltspunkte für Omori's Beteiligung gab. Die Indizien waren Zucker und einige Batterien, die in seiner Wohnung gefunden wurden. Außerdem ist Omori Anarchist, und das ist noch in fast jedem Land der Welt ein Schuldbeweis.

Nach dem Anschlag in Paris teilte eine anarchistische Gruppe der Nachrichtenagentur AFP mit, daß weitere Anschläge folgen werden, bis Omori befreit ist!
In Japan füllten die Pariser Anschläge nicht nur die Titelseiten der großen Tageszeitungen, sie wurden auch in den TV-Nachrichten ausführlich behandelt.

Der "Fall Omori" wurde so im ganzen Land bekannt und viele Journalisten griffen die Merkwürdigkeiten des Urteils wieder auf.
Die Regierung reagierte sofort mit harter Repression gegen die größten vier Unterstützungsgruppen, die aus Tokyo, Kyoto, Sapporo und Okaido stammen: abhören, Überwachen, illegale Verhaftungen etc..
Seit Juni 84 ist der "Fall Omori" noch einmal vor Gericht, dort wird über Freiheit oder Mord entschieden.
Weltweit haben die Anarchisten und unsere anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften Kampagnen und Aktionen durchgeführt, andere, wie Amnesty International beteiligen sich inzwischen.
Auch ihr könnt helfen! Sorgt für Öffentlichkeit, die mächtigen japanischen Firmen sind sehr um ihren guten Ruf besorgt, schickt Protestbriefe, organisiert Kundgebungen oder Besetzungen.....







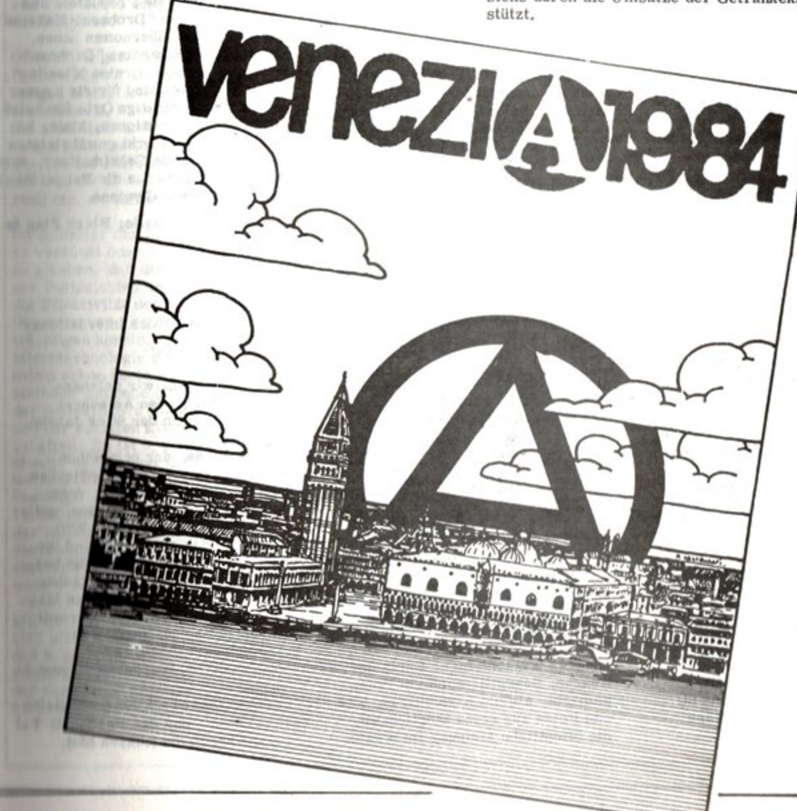



venezi(A)1984

In der letzten Septemberwoche des letzten Jahres fand in Venedig ein internationales Anarchistentreffen statt. Es war kein Kongreß, sondern ein Treffen, d.h. eine Gelegenheit Genoss/inn/en aus aller Welt zu treffen, kennenzulernen, sich zu informieren und zu diskutieren. Das zentrale Thema war: "Autoritäre Tendenzen und libertäre Spannungen in der gegenwärtigen Gesellschaft". Organisiert wurde das Treffen, an dem, nach Angaben der unfreundlichen venezianischen Presse, etwa 5000 Menschen aus allen Teilen der Welt teilgenommen haben, vom Centro Studi Libertari (CSL), aus Mailand und dem Anarchos Institut aus Montreal.
Eine breite Palette von Themen standen in der Zeit vom 26. bis zum 29. September in Vollversammlungen, Podiumsdiskussionen und Seminaren zur Diskussion: "Orwell und seine Umwelt", "Krieg und Frieden", "Anarcha-Femminismus", "Die Praxis der Selbstverwaltung", "Anarcho-Syndikalismus heute", "Nationalismus und Kultur", "Erziehung und Freiheit", u.v.a.m.. Täglich neun Veranstaltungen, morgens, mittags und abends, jeweils drei Themen parallel.
Das Angebot war fast zu viel, von der Qualität her jedoch etwas mager, wenn man auf neue Anregungen oder vorausschauende Analysen hoffte. Murray Bookchin zB. fabulierte von seinem "Kommunal-Anarchismus" und alternativen Wahlkonzepten wie seit jeher, eine Frau der Frankfurter Frauenschule hielt zu dem mit allgemeiner Spannung erwarteten Thema "Anarchismus und Femminismus" einen abgelutschten Vortrag über die Narodniki-Frauen im Russland des 19. Jahrhunderts und wartete, wie wir nach unserer Heimkehr nach Frankfurt lesen mußten, auf ihre Wahl zur Kandidatin der GRÜNEN zu den Kommunalwahlen.
Die dritte und zum Glück letzte Peinlichkeit bei den Veranstaltungen kam dann vom "Forum für Libertäre Information" (FLI), die in ihrem Papier allen ernstes behaupteten, daß das Kapital die Lohnarbeit "tendenziell" (wie auf alle Kritik am Abend gesagt wurde) abschaffen würde. Durch die Rationalisierung.
Ansonsten waren die Beiträge gut, spiegelten aber mehr die gegenwärtige Situation wieder, als Anregungen für die Zukunft zu geben.
Das Beste war aber, die vielen Anarchisten aus allen Teilen der Welt zu treffen, von ihnen die Situation in ihren Ländern zu erfahren, die Vielfalt der Probleme kennen zu lernen, die sich zum Teil total von denen in der BRD unterscheiden.
Ebenfalls sehr interessant war ein Treffen der Mitglieder der IAA-Gewerkschaften, an dem Leute der USI-Italien, DAM-G.B., CNT-Spanien und der FAU-BRD teilnahmen. Hier gab es Informationen über die Aktivitäten der einzelnen Sektionen wie auch Diskussionen über die Themen des Treffens u.a..

Ein anderer wichtiger Teil des Treffens war derCampo Santa Margherita, dort konnte man zusammensein, essen, trinken, reden...
Die Organisatoren hatten hier einen Info-Stand aufgebaut; ein Getränkestand wie eine Kantine sorgten für das leibliche Wohl der Besucher, dicke Packen von täglich neu gedruckten Begleittexten in vier Sprachen, für die jeweiligen Veranstaltungen, sorgten für die Information. Jeden Abend gab es auf diesem Platz eine Kulturveranstaltung - Musik oder Theater - dazu speziell für das Treffen gekelterte Weine.

Auch der Campo San Paolo war für das Treffen hergerichtet. Ein riesiges Zirkuszelt war dort errichtet, in dem das CIRA (Centre International de recherches sur l'Anarchisme) aus Genf und das Anarchistische Dokumentationszentrum (ADZ) aus Wetzlar, Fotos, Texte, Zeichnungen, Karten, Zeitungen und Dokumente aus der langen Geschichte der anarchistischen Bewegung ausstellten. Dazu kamen Videofilme über die anarchistische Bewegung, die in vielen Sprachen die ganze Woche über non-stop liefen. Ebenfalls im Zirkuszelt gab es eine Ausstellung über "Kunst und Anarchie", die mit kommentierten Bildern und einer Diaserie die gewollten oder zufälligen Verbindungen zwischen dem Anarchismus und verschiedenen Kunstrichtungen vorstellte (Neoimpressionismus, Expressionismus, DADAismus, Surrealismus...) und "Treffen einer anderen Art" zwischen Künstlern und Anarchisten ermöglichte.



Soweit zu dem Geschehen. Erwähnenswert ist aber auch die hervorragende Organisation des Treffens. Schon mehr als ein Jahr vorher wurden Einladungen verschickt. Wer sich an den Seminaren oder Vorträgen beteiligen wollte hatte mehr als genügend Vorbereitungszeit. Außerdem konnte man sich ein billiges Pensionszimmer oder einen Platz in einem "Bungalow" auf einem der Cmpingplätze reservieren lassen, was von großer Bedeutung war, denn Venedig ist immer ausgebucht. Immer! Über die Voranmeldungen wurden auch die notwendigen Simultanübersetzer bestellt. Aus diesem unserem Land meldete sich natürlich kaum jemand an, etliche aber waren dann verwundert, daß die italienischen Genoss/inn/en nicht gerochen haben, daß zwei-oder dreihundert Teilnehmer aus der BRD kamen und keine Übersetzer da waren.
Doch auch dies war kein Problem, wer suchte, fand einen Dolmetscher - es sei denn man setzte sich irgendwo hin und jammerte, wie dies einige (offenbar auf dem verkehrten Treffen erschienene) deutsche Autonome taten. Mit reichlich Wein und Bier abgefüllt wollten sie den übrigen Teilnehmern erklären, was Anarchie leben heißt. Was es sicher nicht heißt, haben sie deutlich demonstriert. Die eigene Unfähigkeit sich anzumelden wurde den Organisatoren, die sich reichlich bemühten allen Anforderungen gerecht zu werden, als ein politisches Problem angelastet. Doch haben diese Leute das Treffen wenigstens durch die Umsätze der Getränkekasse unterstützt.

KURZES



Französische Anarcho-Syndikalisten begrüßen Kinder der englischen Bergarbeiter zu einem Feriencamp.

UMFRAGE in Polen

Am 16. Februar verbreitete das polnische Parteiblatt "Trybuna Ludu" die Nachricht, daß 75% der Arbeiter die offiziellen, d.h. staatlichen Gewerkschaften, ablehnen.
Nach einer Umfrage haben 25% der befragten Arbeiter "gewisse Bedenken" gegenüber den neuen Gewerkschaften, 40% "interessieren sich überhaupt nicht" dafür und 10% lehnen "prosozialistische Gewerkschaften strikt ab".
Laut Angaben der Militärregierung haben die neuen Gewerkschaften 4 Mio. Mitglieder, 2/3 davon sind jedoch Rentner, die sich davon materielle Verbesserungen erhoffen.

HANDEL UdSSR - Türkei

Ideologische Schranken fallen zumeist, sobald Geld ins Spiel kommt. So auch, als vor kurzem die neuen Handelsvereinbarungen zwischen dem faschistischen Regime in der Türkei und den russischen Machthabern abgeschlossen wurden.
Der Handelsaustausch hat ein Volumen von 1 Mrd. US-Dollar und beinhaltet die Lieferung von Lebensmitteln (wie Sonnenblumenöl) an die Sowjetunion, die dafür YAK-Flugzeuge für die verschiedensten Einsatzformen wie auch 5 Mrd. cm³ Erdgas aus der berüchtigten Zwangsarbeiter-Pipeline liefert.
Nimmt man die Statistik über den Handel der Türkei zur Hand, stellt man fest, daß die Sowjetunion seit der Machtübernahme der Militärs in der Türkei langsam aber sicher zu einem der wichtigsten Haupthandelsländer geworden ist. Mit dem neuen Vertrag übernimmt die SU etwa 10% des Handelsvolumens der Türkei.

SPENDET für den Untergrund !

Unter schwierigsten Bedingungen geht der Widerstand in Polen, gegen das Militärregime der PVAP weiter. Wesentlich für die Entfaltung der Propaganda ist GELD. Nur durch Spenden ist es den polnischen Anarchisten und Anarcho Syndikalisten möglich, den Kampagnen der klerikalen oder staatskapitalistischen Kräfte ein gegengewicht zu liefern.
Gerade in einer Phase der sogenannten Normalisierung unter der Militärdiktatur ist die Unterstützung des libertären Widerstandes von immenser Bedeutung. Eine Zeit, in der die Bevölkerung an anderen Lebensformen so interessiert ist, wie jetzt, wird nicht so schnell wiederkommen! Hilfe ist jetzt nötig!
Gegen den Staat des Kapitals und gegen den Staatskapitalismus!

SPENDEN an:

Jochen Knoblauch
Postscheckamt Berlin
Konto - Nr. 4515 23 - 109
Kennwort "SOLIDARNOSC"

Raketen im Knast

Die kanadischen Gefängnisindustrien sind inzwischen so weit expandiert, daß sie bereits die Produktion und Modifikation von "Drohnen"-Raketen für das Militär übernommen haben.
Zu diesen unbemannten "Drohnen" gehören auch die "Cruise Missiles". Die Gefängnisse sind für die Konzerne besonders günstige Orte für solch "sensible" Produktionen, hinter hohen Mauern versteckt gewährleisten sie zum einen die Geheimhaltung, zum anderen ermöglichen die Hungerlöhne noch viel höhere Gewinne.

Quelle: Black Flag 6a

- AUFRUF -

Aufruf der Emanuel Goldstein Gruppe an die Teilnehmer des Internationalen Anarchistentreffen vom 24.9. - 30.9. 1984 in Venedig:

Liebe Genossen auf dem Treffen in Venedig. Die besten Wünsche von der anderen Seite des eisernen Vorhangs! Wir möchten ein wichtiges Thema ansprechen. Im Moment gibt es im Kampf gegen den Totalitarismus zwei besonders bedeutsame Fronten. Eine ist in Osteuropa, die andere, wichtigere, in Afghanistan. Die Afghanen sind anders als wir, sie haben eine andere Tradition und Kultur - für uns oft schwer zu verstehen. Trotzdem sehen wir eine Gemeinsamkeit zwischen uns und ihnen - den Kampf für die Freiheit. Im Westen wird unseres Wissens mehr Lärm um Reagan, Scargill, auch um Polen gemacht, als um Afghanistan. Wir von Polen aus keine Möglichkeit die öffentliche Meinung im Westen zu beeinflussen, wir erinnern aber an den großen Aufschrei über Vietnam in den 60er Jahren.

Wenn ihr uns, der polnischen - und den anderen osteuropäischen Bewegungen helfen wollt, dann unterstützt die afghanischen, antisowjetischen Partisanen. WIR brauchen diese Hilfe! Und ihr habt Möglichkeiten. Gebt die besten Wünsche an die afghanischen Freiheitskämpfer weiter, an Massud und seine Leute. Nieder mit den sowjetischen Banditen.

EGG, Warschau, August 84

Anm.: Massud ist der Guerillaführer, der das Pandschir Tal gegen die Russen hält.

Neues aus Griechenland

Am siebzehnten Jahrestag des faschistischen Coup d'Etat, der die Militärdiktatur von 1967-74 in Griechenland etablierte, gab die sozialistische Regierung (die Panhellenische Sozialistische Partei - PASOK) zwei weitere Modifikationen zur "Demokratisierung" der real absolutistischen Politik und des alltäglichen Lebens bekannt.
Eine davon war das Verbrennen der verfluchten Polizeiarchive, die das griechische Volk in "gute loyale Bürger" und in "Anarchokommunisten" trennten.
Die andere Änderung war ein neues Gesetz zur Verhinderung von Folter und der Bestrafung der Folterer.

Obwohl die griechische Öffentlichkeit hinter den beiden Änderungen steht, ist keine davon substanziell.
Sie sind nicht mehr als leere "sozialistische" Versprechungen, wie die der Abschaffung der Zensur und die freie Meinungsäußerung etc. es waren.

Im Zeitalter der Informatik ist es verrückt oder zumindest naiv zu glauben, daß das Verbrennen der Polizeiakten am 6. Mai 84, die Effektivität der polizeilichen Überwachung irgendwie beeinträchtigen könnte. Microfilme, Microtechnologie und Computer haben schon heute eine neue Methode und neue Möglichkeiten der polizeilichen Überwachung und der sozialen Kontrolle geschaffen. Es ist erst wenige Monate her, da hat der "Minister of Order" vor dem Parlament bestätigt, daß die PASOK 19.000.000. Polizeiakten von der vorherigen rechten Regierung übernommen hat - wobei Griechenland gerade 9.000.000. Einwohner hat.

Mit den Folterungen verhält es sich nicht anders. Es ist bekannt, daß in griechischen Gefängnissen schon immer gefoltert wurde und daß auch heute noch gefoltert wird. Es kommt nicht selten vor, daß Strafgefangene unter der Folter Aussagen machen. Auch für politische Opfer gibt es Beispiele: im März 1982 wurden junge Anarchisten in ein Polizeigebäude geprügelt und dort "bearbeitet". Die Polizisten, die wegen Folter angeklagt waren wurden freigelassen.

Selbst Amnesty International hat kürzlich von Folterungen in griechischen Gefängnissen gesprochen.
Wir sehen uns dabei einem einzigartigen Phänomen gegenüber:
auf der einen Seite werden Spezialtruppen der Polizei zur Ausbildung auf ausländische Schulen geschickt (z.B. in die USA), um moderne inquisitorische Methoden zu lernen - und auf der anderen Seite wird ein Gesetz gegen die Folter erlassen.

Folterungen und Verfolgungen können nicht durch ein leeres Gesetz des Staates abgeschafft werden. Folglich nimmt auch niemand die Gesetze ernst.
Polizeiliche Überwachung und Gewalt werden immer das Bestehen des Staates - eines jeden Staates - garantieren.
Oder nicht?

VGR Initiative - Athens
P.O. Box 20 037
Athens 11810, GREECE



Zum BERGARBEITER-STREIK:

Der heroische Kampf der polnischen Arbeiterklasse für eine unabhängige Gewerkschaft findet bei sehr vielen britischen Arbeitern Unterstützung.
Bedauerlicherweise steht ausgerechnet ARTHUR SCARGILL (der Chef der NUM) lieber in einer Reihe mit den polnischen Staatsgewerkschaften der Kommunistischen Partei.
Sein Mangel an Solidarität hat den britischen Bergarbeitern jedoch nichts genützt, die jetzt die Opfer der streikbrechenden polnischen Kohlenimporte sind.
Dieser Brief, der die internationale Solidarität der Arbeiter betont, wurde von der Zeitung "Robotnik", des illegalen "Überbetrieblichen Streik-Komitees" und der anarchistischen "Emanuel Goldstein Gruppe" veröffentlicht.

...ein offener Brief an SCARGILL ...

Sehr geehrter Herr Scargill,
seit Monaten beobachten wir und tausende unserer Gewerkschaftskollegen sehr Aufmerksam den Kampf ihrer Gewerkschaft für das Recht auf Arbeit.
- Wir wissen auch, daß Ihr Kampf inzwischen eine mehr allgemeine Zielrichtung bekommen hat. Dies ist eine Grundlage für die Existenz der britischen Gewerkschaftsbewegung. Wir haben in der Vergangenheit die Kohlenexporte des Jaruzelski-Regimes an Groß-Britannien verurteilt und tun dies noch immer.
- Wenn Frau Thatcher sich so besonders gut mit General Jaruzelski versteht, sollte man sich endlich konsequenzen überlegen. Daher hoffen wir, im Namen der Arbeitersolidarität, daß Sie ihre unfreundliche Meinung in Bezug auf unsere Bewegung revidieren.
- Wir möchten ihnen noch einmal unsere Solidarität und Unterstützung für die streikenden Bergarbeiter mitteilen.
Unterschrieben:
Das Exekutiv-Komitee, Robotnik
Robotnik, Politische Gruppe
Emanuel Goldstein Gruppe



LIMITIERTES GLÜCK

Von Julia Woznjenskaja

Ich lebte mit Waljuschka in einer Kolchose im Bezirk Ostrowski, der Region Pskow. Das Leben dort war hart. Hunger gabs - und wegfahren konnten wir auch nicht. Personalausweise hat man den Leuten nicht ausgehändigt. Bis zu meinem 26sten Lebensjahr arbeitete ich mit Kühen. Es war eine furchtbare Arbeit. Eines Tages sagte ich mir:"ich muß etwas unternehmen, denn sonst läuft mir das Leben davon und die Sklaverei nimmt kein Ende". Meine Mutter drängte mich doch endlich zu heiraten. Aber wen sollte ich heiraten, wenn im Dorf kein Mann geblieben ist. Vom Militär kommt doch keiner ins Dorf zurück.

Aber ich und Waljuschka hatten Glück. Als wir aufs Büro sind, um das Futter abzurechnen, saß dort ein Anwerber. Er stritt gerade mit dem Vorsitzenden, wollte daß er ihm fünf Leute besorgt, für Arbeiten hinter dem Polarkreis. Sofort hielten wir ihn fest:"Ratten Sie uns, nehmen Sie uns, wir sind bereit Bäume zu fällen und im Bergwerk zu arbeiten, wir nehmen alles!"

Der Anwerber schaute uns an. Wir waren gut gewachsen, kräftig und so sagte er dem Vorsitzenden:"Na gut, dann gib mir nur die zwei hier". "Aber dann bekomme ich das gleiche wie für fünf", sagte der Vorsitzende. Wir wissen nicht was für ein Geschäft die beiden abgeschlossen haben, aber sie schüttelten sich die Hände und der Vorsitzende übergab dem Anwerber unsere Personalausweise. Heimlich packten wir die Koffer und liefen zur Haltestelle, so daß uns keiner der Leute aus dem Dorf sehen konnte. Unsere Mütter weinten, dann stießen uns aber schnell aus der Tür. Sie stießen uns raus um das Glück zu suchen.

Der Anwerber brachte uns nach Pitjer. Drei Nächte übernachteten wir auf dem Bahnhof während er irgendwo weitere Leute suchte. Tagsüber spazierten wir durch die Stadt und genehmigten uns Kultur. Alle Geschäfte haben wir durchstöbert. Wir Dorfmädels dachten uns fast, daß wir in irgendeinem verrückten Traum gelandet sind. In den Läden der Stadt gab es Fleisch und nur wenige Leute waren dort, nur so zehn, zwanzig. Brot wird überall frei verkauft, schwarzes und weißes, verschiedene Brötchen. Sogar Butter gabs ohne Warteschlange. Salami haben wir dort das erste Mal im Leben gegessen, verschiedene Pirogen... Und wieviele verschiedene Schuhe, Kleider gabs in den Geschäften! Gummistiefel in vielen Farben und trotzdem gingen die Leute achtlos vorbei. Alles wie im Märchen. Wir haben uns entschieden: nachdem wir unsere Zeit im Norden abarbeiten, kommen wir nach Pitjer zurück, richten uns hier ein und werden in diesem Reich - tum leben.

Sie verfrachteten uns in den Norden, in eine Stadt namens Nikel. Zwei Jahre arbeiteten wir im Bergwerk. Es ist natürlich harte Arbeit, aber immer noch leichter als in der Kolchose. Die Bezahlung auch ganz gut, manchmal gabs sogar 150 Rubel. Gewohnt haben wir im Arbeiterwohnheim mit Zentralheizung, Gas und einer Dusche auf jedem Stockwerk. Auf dem Zimmer waren nur sechs Frauen. Man konnte dort gut leben - ich meine kulturell. Waljuschka und ich konnten uns endlich gut anziehen und genügend essen. Wir haben zugenommen. Die zwei Jahre waren schnell rum. Sie haben uns Personalausweis und Fahrkarte gegeben. Eigentlich sollten wir damit zurück in die Kolchose fahren. Aber wir waren schlauer. Die Fahrkarten haben wir zerrissen und schon waren sie im Klo. Wir sind direkt nach Pitjer gefahren. Nichteinmal unsere Mütter haben wir in der Kolchose besucht. Wir hatten Angst: sie erwischen uns, nehmen uns die Ausweise ab und jagen uns wieder zurück zu den Kühen.

Wir sind in Pitjer angekommen. Wir sind hin und her gelaufen, aber nirgendwo gabs Arbeit. Bäuerinen nehmen sie nirgens. Ein guter Mensch gab uns einen Rat: geht zu Hausverwaltungen und fragt nach limitierten Hausverwaltungen. Wir haben so eine Hausverwaltung gefunden und bekamen Arbeit als Verputzerinen. Wir kriegten eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr und ein Zimmer - für uns beide 16qm. Nachdem das erste Jahr abgelaufen ist, verlängerten sie die Genehmigung um ein weiteres Jahr. So leben wir schon 12 Jahre. Und jedes Jahr zittern wir aufs neue. Was passiert, wenn der Chef schlecht geschlafen hat und uns keine Verlängerung mehr gibt? Oder wenn sie die limitierten Genehmigungen ganz abschaffen? Während der olympischen Spiele (Moskau, 1980, Anm. d. Red.) haben sie ja damit gedroht. Und welche Angst wir alle deswegen hatten. Aber wir Limitniks haben auch die Olympiade überdauert. Irgendjemand muß ja auch die schlechteste Arbeit machen. Bei der Arbeit gehorchen wir aufs Wort, wir jagen dem Geld nicht nach, wir klammern uns nur an unseren Arbeitsplatz und den Stempel im Personalausweis. Jeden Januar bringen wir die Personalausweise zum Litjejny-Prospekt, wo das zentrale Amt für Ausweise und Aufenthaltsgenehmigungen steht. Zu dieser Zeit kommen dort alle Limitniks an, die in Pitjer wohnen. In den Warteschlangen muß man so zwei bis drei Tage stehen. Viele Limitniks bekommen eine Ablehnung. Die Beamten kannst du nicht fragen warum und wie - sie lehnen ab und damit basta. Nimm dein Sack und Pack und in drei Tagen bist du raus aus der Stadt. Die Miliz kann kommen wie Blitz aus heiterem Himmel. Wenn sie aber den Aufenthalt verlängern, dann leben wir friedlich bis zum nächsten Januar. Eine eigene ständige Wohnung dürfen wir nicht haben. Nicht jetzt und nicht später. In die Wohnungswartelisten tragen sie uns nicht ein. Selbst wenn wir in Pitjer ein Menschenalter gelebt hätten, offiziell sind wir hier nur vorübergehend.

Heiraten können wir nicht. Heutzutage sind die Männer berechnend, sie schauen, wie sie ihre eigene Lage verbessern können. Wir versuchten eine Familie anders zu gründen, aber... Seht mal bei Walja. Waljuschka hat eine 8jährige Tochter, die wohnt im Internat. Nach dem Vater fragt sie nicht. Eine Familie haben wir nicht und werden nicht haben. Noch gut, daß ich mit Waljuschka so freundschaftlich zusammenlebe. Wodka trinken wir gemeinsam. Auch 'nen

Mann bringen wir uns mit, bewirten ihn - warum sollten wir uns schämen? Und was können wir sonst machen, was bleibt uns übrig? Die besten Jahre laufen uns allmählich davon.

Verdienen tun wir nicht schlecht, eine Schwarzarbeit findet man immer. Wer was daheim zu reparieren hat, kommt besser gleich zu uns, weil es sonst schwer ist einen Handwerker aufzutreiben. Wir haben was zum anziehen, zu essen und für's Bestechen der Chefs reichts auch. Während der Feiertage fahren wir aufs Dorf. Kaufen Geschenke, Fleisch und fahren. Die Bauern beneiden uns. Im vorvergangenem Jahr habe ich die Mutter beerdigt. Das letzte was sie mir sagte war: "Ich habe nur eine Freude auf dieser Welt: die Tochter ist in die Welt hinausgekommen, sie lebt in der Stadt!". So ist sie zumindest glücklich gestorben. Und wie unser' limitiertes Glück aussieht - seht ihr selbst.

(aus der Leningrader Untergrund Zeitschrift "Maria")

Anm. d. Übersetzers:

- Fahrkarte - "Naprawlenije", Reisebeilage zum Personalausweis, heute nicht mehr unerläßlich, trotz trotzdem wird sie im immernoch "dienstlich" ausgestellt
- Anwerber - "Werbowschtschik", reisende Anwerber der für best. Betriebe, Projekte Arbeitskräfte sucht
- Pitjer - Leningrad(Petjerburg, Petrograd), alte Namensgebungen halten sich zähe
- Limitniks - Leute die mit befristeten Aufenthaltsgenehm. in den Städten leben
- Aufenthaltserlaubnis - "propiska", Stempel im Ausweis welcher Auskunft über den "Hauptwohnsitz" gibt, wobei dieser freilich nicht automatisch erteilt wird - vor allem in den Städten nicht

Diese Geschichte ist gekürzt und so ist das Alter der beiden "limitierten Frauen" herausgefallen. Zur Zeit des Erzählens war Walja etwa 35 und die erzählende Anna um die 40Jahre alt.

- vk -



»JAZZ-Sektion« in der CSSR

Die Länder osteuropas basieren auf den gleichen politischen Strukturen wie der Rest der industrialisierten Welt. Daran ändern auch nichts die gegenteiligen Bekundungen der jeweiligen Propagandaorgane.

Als wichtige Indikatoren der Entwicklung (und Höchstentwicklung, die, na klar, immer besser wird) einer Gesellschaft werden ökonomische Faktoren angesehen.

Um den Zustand einer Gesellschaft zu bezeichnen bietet sich jedoch eine ganze Reihe von anderen Anzeigern an, mit deren Hilfe sich eine positive oder negative soziale Entwicklung ableiten läßt.

Einer der wichtigsten Indikatoren für die Situation innerhalb einer Gesellschaft ist das kulturelle Niveau. Dies gilt auch für die CSSR. Obwohl die tschechoslowakischen Massenmedien immerwieder voller Stolz auf das breite (und qualitativ hochwertige) Spektrum der kulturellen Aktivitäten verweisen, meinen sie lediglich den Bereich "der mit der kommunistischen Partei verwachsen und von der "komm." Idee durchdrungen" ist. Diese staatlicherseits manipulierte, offizielle Kultur soll nun nicht Gegenstand unseres Interesses werden.

In der CSSR existiert aber auch eine andere Kultur, die von Amateuren und Halbprofis geschaffen wird (Film, Malerei, Bildhauerei, Keramik, Musik, Literatur). Durch ihre Nichtintegration in die offiziellen Strukturen schafft sie sich "freie" Räume in denen ihre Werke fast unbeeinflußt von staatlichen Manipulationsversuchen entstehen können. Aus dieser Unabhängigkeit ergeben sich aber viele Schwierigkeiten, dazu zählt v.a. die minimale Publizität der "nonkonformistischen" Kunst, die deshalb nur einen kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt ist.

Ich möchte nun einen Einblick in die moderne Musikszene in der CSSR geben, da dieser Sektor einen besonders großen Einfluß auf die jüngeren Leute und somit auf den späteren Zustand der Gesellschaft ausübt.

In Böhmen arbeiten zwei Organisationen auf Amateur-Basis, deren programatischer Inhalt die "moderne Musik" ist und zum "Musiker Verband" gehören. Die "Sektion der jungen Musik", bringt die Zeitschrift "Kruh" d.h.Kreis heraus. Sie vereinigt Leute, die Rock und Pop mögen und sich am liebsten Videoproduktionen à la: "The Wall" und "Woodstock" anschauen.

Reine Reminiszenz also, deswegen uninteressant.

Die bei weitem interesantere Organisation ist die "Jazz Sektion", die das Ziel hat Jazz, Rock, Experimental Musik, Fusion in- und ausländischer Musiker zu popularisieren.

Seit April 1969 gab es Versuche solch eine eigenständige Organisation zu gründen, dies gelang aber erst nach Ende des "Prager Frühlings 1968" und der zunehmenden Konsolidierung des Regimes, im November 1971.

Auf Initiative der "Jazz Sektion" gingen die "Prager Jazz Tage" hervor. Die starke Entpolitisierung der Musik der 70er Jahre vereinfachte die Tätigkeit der Sektion in der tschechoslowakischen Situation. Mit der sich formal und inhaltlich ändernden modernen Musik (mehr Interesse an den Alltagsproblemen der Menschen) wurden auch die "Prager Jazz Tage" qualitativ besser. Das führte zu einer weiteren Verbreitung dieser Musik und ihrer Inhalte.

Das Bulletin der Sektion "Jazz" entwickelte sich allmählich zu einer unperiodisch erscheinenden Zeitschrift, die mehr als hundert Seiten umfaßt und ihre Leser über modernen Jazz, "oppositionellen" Rock, Punk, Neue Welle, industrielle Musik etc. informiert. Seit einiger Zeit werden von der Sektion die Editionen "Jazzpetit", "Situation" und "Dokumente" mit einer Auflage von 3000 Stück publiziert in denen sich ausführliche Aufarbeitungen des kulturellen Geschehens (nicht nur Musik) befinden.

Dank des Punx, der Neuen Welle und der experimentellen Musik wurde die "Apolitik" weitgehend begraben, das Befreiende, das Progressive der Musik bekamm Oberhand.

Mit diesen Entwicklungen wurden die jüngeren Leute v.a. dank der Publikationen der "Jazz Sektion" bekannt gemacht.

Die Institutionen des Establishments haben schon bald das für sie gefährliche Moment in der Tätigkeit der Sektion begriffen. Das tschechische föderale Kulturministerium reagierte darauf mit dem Verbot der "Prager Jazz Tage". Seitdem gibt es laufend Bestrebungen die Sektion aufzulösen. Die staatliche Hysterie erreichte im Herbst '83 ihren Höhepunkt, als die Zeitschrift "Tribüne"(Kulturorgan des ZK der KPTsch) die Aktivitäten der "Jazz Sektion" als "antistaatlich" brandmarkte. Aus Protest gegen die geplante Liquidation schrieben zehntausende Sympathisanten und Mitglieder an das Kulturministerium.

Die Tätigkeit der Sektion basiert offiziell auf einer "Plattform", die identisch mit der staatlichen Ideologie, dem Marxismus-Leninismus ist. Der Wunsch die interessierten Leute wahrheitsgemäß zu informieren v.a. keinen existierenden kulturellen Äußerungen aus dem Wege zu gehen, stellt die wirkliche Grundlage der Sektion dar. Für den Staat und seine "sozialistische Auffassung" ist die Tabuisierung bestimmter Themen (nicht nur auf dem kulturellen Gebiet), die für "seine Bürger" ungeeignet seien, eine Selbstveständlichkeit. So wird die "Jazz Sektion" seitens der staatlichen Institutionen immer wieder wegen der "Abkehr von der Plattform" und "Abweichungen von der sozialistischen Kultur" angegriffen.

Die Jazz Sektion besteht heute noch als halbparallele Struktur die von sämtlichenre noch als Struktur die von sämtlichen relevanten musikalisch-kulturellen Strömungen zur Artikulation (auch: Information, Auftritte, Kontakte) genutzt werden kann.

Ihre Existenz dokummentiert, daß die kulturellen Äußerungen in Böhmen nicht gänzlich dem manipulativen staatlichen Einfluß unterworfen sind.

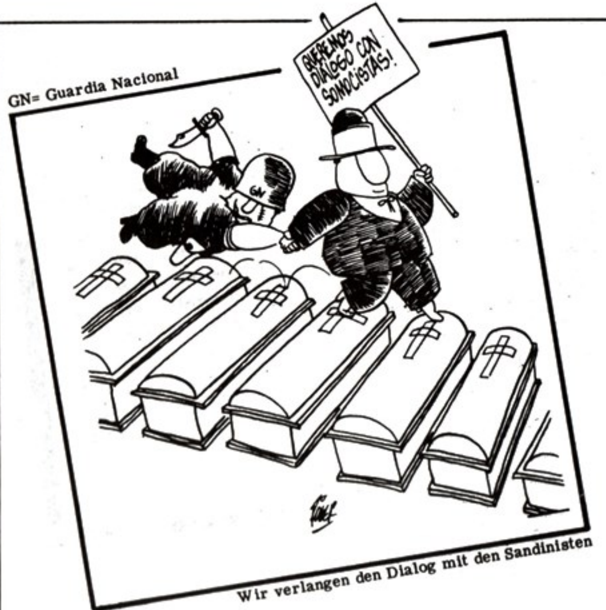
Für mich besteht die Hoffnung, daß sich durch die weitere Existenz der "Jazz Sektion" ein nichttraditioneller Weg der Übermittlung "künstlerischer" Wahrnehmungen entstehen könnte, in einer wahrhaftigeren und libertärer Form.

Ivan Prager

> "Das kulturelle niveau wächst nicht mit dem materiellen niveau. man frißt besser. man säuft besser. man kann sich besser anziehen. der klatsch bewegt sich auf einer höheren ebene. man ist besser informiert. DIE UNTERHALTUNGEN SIND WIDERLICH UND DIE LANGWEILE ERDRÜKKEND!
>
> a. sinowjew (lichte Zukunft)



KONTAKT: Jazzova sekce SH,
Ke krcske strani 611,
140 00 Praha 4,
Tel. von BRD aus:00422/431088
und für die Prag - Besucher:
geöffnet Mittwochs von 17.00 - 19.00 Uhr



Wir verlangen den Dialog mit den Sandinisten

FORTSETZUNG von Seite 11

Faktor darzustellen. Klassisches Beispiel hierfür ist das Schicksal der PLO. Für die Staaten, die in den Nahost-Konflikt verwickelt sind, wie Saudi-Arabien oder Syrien, stellt eine PLO, die auf geopolitische Operations- und Rückzugsgebiete angewiesen ist, ein politisches Faustpfand dar, das sie hemmungslos gegen Israel oder ihre arabischen Nachbarn ausspielen können.
Wie 'befreiend' ist eine Bewegung? Wie 'revolutionär' ihr 'Nationalismus'? Spätestens seit dem Einmarsch Chinas in Vietnam und später Vietnams in Kampuchea sind die Weltbilder ins Schwimmen geraten. Die Hinrichtung von Kurden und Homosexuellen durch islamische Revolutionswächter pervertierte nicht nur den Begriff 'Revolution'. Daß die von der SU unterstützte zimbabwische Befreiungsorganisation ZAPU von Nokomo putschistisch gegen die eher VRChina-orientierte Schwesterorganisation ZANU vorgeht und dabei nicht vor der Zusammenarbeit mit Südafrika zurückschreckt, sollte denen, die die Sowjetunion immer noch als natürlichen Bündnispartner von "authentischen Befreiungsbewegungen" sehen, zu denken geben.[1]
Die Zeiten der Vietnamdemos sind endgültig vorbei. Der langersehnte Sieg sorgt für Verlegenheit. Auch der Schah ist weg. Aber ist Khomeni nicht sein würdiger Nachfolger? Verdrängung allerorten. Da bleibt nur eine Hoffnung für die revolutionären Sehn-Süchte: Nicaragua.
Von einer US-Invasion bedroht erleidet dieses Drei-Millionen-Volk seit der Vertreibung des Diktators Somoza einen Krieg, der von den USA angezettelt und aufrechterhalten wird, sowie Wirtschaftsblockaden und politische Erpressung. In dieser Situation scheint das Gebot der Stunde zu lauten: Solidarität und zwar subito! Ja, aber um jeden Preis?

NATION und STAAT - Versuch einer Definition

Es ist ein Unterschied, ob eine nationale Befreiungsbewegung den Staat stürzen möchte, oder um die Macht in ihm ficht. Hier spielt die jeweilige Einstellung zu Staat und Nation eine Rolle. Was ist eine Nation? Eine Nation ist ein kulturelles, sprachliches, konfessionelles und historisches Ganzes. Den Staat kennzeichnet der Zwangscharkter, mit dem er die nationalen Teilbereiche in einen politischen Verband zusammenfaßt. Er kann, muß sich aber nicht mit einer "nationalen" Identität decken. Vom Staat geht bekanntlich alle Gewalt aus (in jeder Hinsicht). Der Staat hat immer eine vertikale Aufbauform. Er dient als Organisationsform der herrschenden Klasse zur Unterwerfung der anderen. Der Staat übt das 'Gewaltpragma' (Max Weber) aus, Repression nach Innen, Drohgebaren nach Außen. Eine nation Idee kann hingegen Vehikel für demokratische oder revolutionäre Gedanken werden. Es sei an die gescheiterte bürgerliche Revolution 1848 in Deutschland (Paulskirche) und an die gelungene bürgerliche Revolution 1789 in Frankreich erinnert. Denn die nationalen Ideen von 1848 (auch in Polen) hatten einen föderalistischen Charakter. Nur wenn der Staat die nationale Idee "konfisziert", wie beispielsweise das Großmachtdenken Preußens im Zweiten Deutschen Reich 1871, indem er Nationalbewußtsein mit Staatsbewußtsein gleichsetzt, wird aus dem Patrioten, der sich als "citroyen" (so nannten sich die freien Büreger des revolutionären Paris im Gegensatz zu den "bourgois", den Geldbürgern) einer universellen Völkergemeinschaft begreift, ein "Nationalist" der die chauvenistische Gewalt des Staates legitimiert.[2]
Das Nationalbewußtsein ist besonders im Hinblick auf nationale Minderheiten einer kritischen Prüfung zu unterziehen (Kurdenproblem im Nahen Osten, Misquitos in Nicaragua).

el Frente!



Der nationale Befreiungskampf in Nicaragua

1927 war es dem Guerilleo A.C. Sandino gelungen, die US-Marines nach jahrelangen Kämpfen aus dem Land zu verjagen. 1934 wird er von der neu geschaffenen Guardia Nacional unter A. Somoza ermordet (wer eine Nationalgarde aufbaut, kommt durch sie um, d.T.).
Eine 31 Jahre währende oligarchische Diktatur beginnt. 1939 tauchen die ersten zaghaften Oppositionsversuche der Studenten in Léon auf. 1944 demonstrieren Menschen in verschiedenen Städten unter der Ägide der PLI (Liberale Unabhängige Partei - just die, die sich kurz vor den Wahlen am 4. November diesen Jahres gespalten hat und zum Wahlboykott aufgerufen hat. Sie selbst hatte sich damals von der Liberalen Partei, der sich Somoza bemächtigt hatte, abgespalten) gegen die Wiederwahl Somozas. Im Organ der Jugendorganisation der PLI "Vanguardia Juvenil" (Vorhut der Jugend) schreibt Tomás Borge erste Artikel gegen den "Führer" Somoza. Das war Anfang der 50er Jahre. Später tritt er der Sozialistischen Partei Nicaraguas bei und gründet zusammen mit Carlos Fonseca und Silvio Mayerga die FSLN (Sandinistische Front für die nationale Befreiung). Die trotzkistische französische Zeitung "Rouge" veröffentlicht folgende Aussage Carlos Fonsecas 1970, der damals in Costa Rica im Knast saß:
"Die Revolution wird sich in Nicaragua im Namen Sandinos entwickeln müssen und unter dem Einfluß des Denkens Ernesto Che Guevaras. Das heißt, daß wir für ein sozialistisches Nicaragua auf nicaraguanische Weise kämpfen müssen. Ich möchte nicht, daß mein Land den Stil Moskaus adoptiert".[3]
Obwohl marxistisch-sozialistische Konzepte besonders durch Tomás Borge in die FSLN hineingetragen wurden, war die FSLN niemals eine Kaderpartei, die auf die Anweisungen und Unterstützung Moskaus oder Pekings angewiesen war, was sich im Gegensatz dazu bei den meisten nationalen Befreiungsbewegungen nachweisen läßt. Sandino, selbst bäuerlicher Herkunft, wurde zum Kristallisationspunkt für einen authentischen Befreiungskampf, der den Nicaraguanern Zuversicht in die eigene Kraft und ein politische, kulturelle, ja sogar militärische Identität geben konnte. Der FSLN-Kämpfer Omar Cabezas erinnert sich, daß einfache Bauern unter Einsatz ihres Lebens die Guerilleros versteckten, weil sie in ihnen die Nachfolger Sandinos sahen. Das Anknüpfen an die eigene Geschichte und das Bestehen auf die Einzigartigkeit des eigenen Weges hat die FSLN innerhalb der Bevölkerung verwurzelt, wie kaum eine andere Befreiungsbewegung. Das Wahlergebnis vom 4. November, bei der 2/3 der Stimmen auf die FSLN entfielen, beweist, daß die große Mehrheit der Bevölkerung trotz Kritik und Krise die Politik der FSLN gutheißt und mitzutragen bereit ist, wobei man mit Interpretationen von Wahlergebnissen immer vorsichtig sein muß.

Die Idee des nicaraguanischen Nationalstaates

In einem Vortrag, den Tomás Borge im September 1983 in Turin hielt, erläuterte er das Konzept eines nicaraguanischen Nationalstaates folgendermaßen:"In Europa waren es die nationalen Bourgeoisien, die den nationalen Markt schufen, der die infrastrukturelle Basis der modernen Nationalstaaten bildeten. Es waren diese Bourgeoisien, die das Volk in

den Kampf gegen den Feudalstaat führten. In Nicaragua hatte sich die Bougeoisie auf der Basis von abhängigen kapitalistischen Beziehungen strukturiert, die ihre Existenz als Klasse mit der Existenz der imperialistischen Beherrschung verknüpften, das heißt, mit der Negation der Nationalen." Und er stellt fest:"In Nicaragua konnte man nur einen Staat aufbauen, der die nationalen Interessen vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Mehrheit aus vertreten würde, ein Standpunkt, dem sich notwendigerweise die Einzelinteressen der nicht arbeitenden Minderheit unterordnen mußten."[4]

Also doch. Unsere in der Einleitung gestellte Frage, ob der nationale Befreiungskampf (zwangsläufig) in den Aufbau eines Staates führen müsse, wird vom jetzigen Innenminister Tomás Borge bejaht und von der Entwicklung Nicaraguas seit dem Triumph der Revolution bestätigt. Aus den oben angeführten Zitaten spricht der marxistische Denker. Da die nationale Bougeoisie keine objektiv revolutionäre (sprich: nationale) Rolle spielen konnte, wird die "Phase" der bürgerlichen Revolution ähnlich wie damals in Rußland oder China übersprungen.

Als die Sandinisten 1979 die Macht übernahmen, fanden sie eine völlig verschuldete, hauptsächlich auf die USA orientierte Import-Exportwirtschaft vor. Die Kaffee- und Baumwollmonokulturen hatten zur Proletarisierung der bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung geführt. Binnenwirtschaft und -handel waren unterentwickelt und ein Exodus der dünnen Schicht von Fachkräften kombiniert mit der Wirt-



schaftsblockade begann die ökonomische Basis der Revolution ernstlich zu gefährden. In dieser Situation setzten sich die Kräfte innerhalb der FSLN durch, die für eine gemischte Privat-, Staats- und Kooperativenwirtschaft plädierten. Um die zentrifugalen Kräfte der Klasseninteressen aufzufangen - der Privatsektor bremste Reformen, die mittellosen Landarbeiter dagegen, die sich in der (maoistischen) Frente Obrero (Arbeiterfront) organisierten, begannen gegen den Willen der FSLN Landbesetzungen durchzuführen, was zum inzwischen aufgehobenen Verbot dieser Gewerkschaft führte - experimentierten die Sandinisten an einem Modell, das Rätesystem mit bürgerlichem Parlamentarismus und sozialistischer Wirtschaftsplanung zu kombinieren suchte. Die nationale Führung (Direción Nacional) der FSLN, die sich als Vertreterin der "arbeitenden Mehrheit" verstand, die den neuen Staat bilden sollte, behielt sich die Weisungs- und Entscheidungsbefugnis vor. Sehr bald wurden die Sandinisten in die Zange genommen: von außen durch die massive wirtschaftliche und militärische Bedrohung von Seiten der USA, sowie durch die politische Erpressung von Seiten der Sozialistischen Internationalen, der EG und den CONTADORA-Staaten; von innen durch eine sich paradoxerweise erst durch die Revolution artikulierenden nationalen Bourgeoisie, sowie durch die Forderungen der selbstbewußter gewordenen arbeitenden Mehrheiten, insbesondere von Seiten der sozial besser gestellten Facharbeiter (großer Streik in der Victoria-Brauerei im Sommer 1984). Um diese gefährliche Lage zu entspannen, suchten die Sandinisten die internationale Isolierung durch weitmöglichstes Eingehen auf die Forderungen des Auslandes und durch die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu durchbrechen. Innenpolitisch versuchten sie, einen nationalen Konsens herzustellen, der die Produktivkräfte für die wirtschaftliche und militärische Sicherung des Landes mobilisieren und darüber hinaus für eine breite Akzeptanz der Notmaßnahmen sorgen sollte. Die sich aus der Verteidigungsituation ergebende Militarisierung der Gesellschaft (Einführung der Wehrpflicht, Notstandsmaßnahmen usw.) weist auf die Tendenz hin, daß die Revolution zum Stoppen gekommen ist und zunehmend durch den Aufbau eines nationalen Staates abgelöst wird.

Nationale Befreiung und Staat

Mit den Wahlen zur Präsidentschaft und zur gesetzgebenden Versammlung vom 4. November diesen Jahres hat Nicaragua auch formal die nationale Souveranität erlangt. Daß diese in einem Konflikt mit einer Großmacht irrelevant ist, hat sich an Afghanistan und Grenada gezeigt. Auch vor den Wahlen unterhielt Nicaraguas "Regierung für den nationalen Wiederaufbau" diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten und verabschiedete Gesetze. Die Erneuerung liegt vielmehr darin, daß der nicaraguanische Staat gegenüber der Opposition einen gewissen Legitimierungszuwachs erfahren hat. Dennoch ist die einleitende These:"Das sandinistische Nicaragua ist ein Staat wie jeder andere" nicht richtig. Richtig ist, daß die ehemals herrschende oligarchische und mit den Interessen des US-Kapitals verflochtenen Klasse, die für eine der längsten und blutigsten Diktaturen des Kontinents gestanden hatte, heute entmachtet ist. Eine neue soziale Schicht, die von den Klassengegensätzen zwischen dem neuen Bürgertum und den proletarisierten Kleinhändlern und Bauern gezeichnet ist, schickt sich an, die Macht zu verwalten. Sie versteht es, Patriotismus und Revolutionseifer durch Loyalität zum sandinistischen Staat zu ersetzen. Ein beträchlicher, wenn auch noch weitgehend korruptionsfreier Beamtenapparat ist im entstehen begriffen. Das Besondere an Nicaragua ist seine für "Dritte-Welt-Länder" - und nicht nur für die - einmalige Ausrichtung der Politik an gesellschaftlichen Bedürfnissen. Errungenschaften wie Landreform, Alphabetisierung, kostenloses und volksnahes Gesundheitssystem sind unter Bedingungen, unter denen sie ermöglicht wurden, revolutionär (auch wenn sie bei uns Ergebnis eines jahrhundertlangen Sozialdemokratisierungsprozeses sind!). Ihnen verdankt die FSLN, die sich in der Mobilisierung engagierte, ihren Vertauensvorsprung. Aber die Teilnahme großer Teile der Bevölkerung an Impf- und Alphabetisierungskampagnen führte auch zu einem massenhaften politischen Bewußtseinsprozess, der längst nicht abgeschlossen ist.

Das Mißtrauen gegenüber den Herrschenden, daß das Verhältnis von Teilen der Bauern und vor allem die ethnischen Minderheiten (Misquitos) gegenüber dem sandinistischen Staat kennzeichnet, wird in dem Maße zunehmen, wie die Entscheidungen über ihr Geschick ihnen abgenommen und in die staatlichen Organe verlegt werden. Die vielschichtigen Autonomiebestrebungen von Sektoren der Gesellschaft auf politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen wird in dem Maße frustriert werden, wie sich aus der Befreiungsbewegung eine Staatsmacht entwickelt.

Welche Perspektiven hat Nicaragua?

Nach dem Gesagten müssen wir scharf trennen zwischen den Perspektiven, die die reale Entwicklung Nicaraguas bevorstehen und unseren wie auch immer gearteten Perspektiven vom Modell Nicaragua. Angesichts der anhaltenden militärischen und ökonomischen Erpressung stehen die Chancen für das Experimentieren neuer sozialer Produktions- und Lebensformen ungünstig. Im Würgegriff steht der Drang Luft zu schnappen im Vordergrund. In der Diskussion der Ereignisse aus libertärer Sicht sind Vergleiche mit ähnlichen Ländern in der Peripherie geeignet. Die kritische Überprüfung des revolutionären Befreiungskampfes in Nicaragua sollte ebensowenig an dogmatischen Lehrmeinungen gemessen werden, wie die berechtigte Forderung nach Solidarität mit dem nicaraguanischem Volk die Kritik an dieser Entwicklung erstikken darf.

Alexander Anders

Anmerkungen:

1) siehe hierzu Konrad Melchers in "blätter des iz3w" Nr. 110/Juni 1983
2) s. hierzu Nicolaus Sombart "Bismarcks Reich - kein Nationalstaat", die Zeit Nr. 42 12.10.84
3) ROUGE no. 69, 22.6.1970 zitiert nach Le Monde Diplomatique, Sept. 1984
4) Tomás Borge, "Tagesanbruch gegen den Tod - zu Krieg und Frieden in Nicaragua", Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1984 S. 34ff



Forts. v. S. 19

Uniformierte photographieren das Geschehen. Jetzt fange ich an, die FLOHMARKTNACHRICHTEN zu verteilen (ein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt der BACK TO THE RIVER Bewegung). Oft sind die Reaktionen darauf positiv. Viele lesen sie interessiert, nur wenige sind abweisend. Eine Spanierin meint, wir sollten nicht nur Flugblätter verteilen, sondern auch was tun, bei dem die Leute mitlaufen, mitmachen können. Als ich, wieder vor dem Tor, die restlichen Flugblätter verteile, fängt eine Frau um die vierzig eine Diskussion mit mir an. "Das wird ja alles nur Krach und Ärger geben," befürchtet sie. "Ohne Krach und Ärger wird man hier nichts erreichen," ist mein Kommentar.
Endlich ist es 8 Uhr. Das Tor wird aufgemacht, und ein Pulk von Händlern und Besuchern, der sich schon davor gebildet hat, quetscht sich unter Schieben, Drängeln und Gerempel langsam rein. Damit will ich meinen Samstagmorgenbericht beenden. Es wird wohl jeden Samstagmorgen noch dieselbe Szene sein.
SZENENWECHSEL !
Frankfurter Flohmarkt zurück ans Mainufer! - Ein Thema, bei dem es lange Zeit danach aussah, als sei es für die meisten Leute gestorben. Erinnern wir uns: Anfang '84 wird überraschend und über die Köpfe der Betroffenen hinweg, der Flohmarkt vom Eisernen Steg in den Schlachthof verlegt. Alle Proteste der verschiedenen Initiativen helfen nichts. So wurden insgesamt fast 17.000 Unterschriften gegen die Verlegung gesammelt, aber mit Unterschriften allein hat man bisher noch nie viel erreicht...
Auch die Versuche, den Flohmarkt weiterhin am Mainufer aufzuziehen, scheiterten recht kläglich. Zu einer Demonstration kamen etwa 100 Leute. Diejenigen, die noch versuchten sich gegen die Verlegung zu wehren, gaben nach diesen ersten Mißerfolgen ziemlich schnell wieder auf, die Initiativen lösten sich auf, verschwanden von der Bildfläche. Woran lag es damals?! Vieles war wohl zu kurzfristig organisiert, legte sich erst gar nicht auf einen langen, zähen Kampf fest, war zu isoliert, zersplittert, sporadisch.
Währenddessen gehen die ersten Flohmärkte im Schlachthof über die Bühne und entsprechen genau dem Bild, das man befürchtet hatte, wenn nicht noch schlimmer. Die tolle Atmosphäre des früheren Flohmarkts war völlig dahin, hinter den Mauern des Schlachthofs in Frieden verstorben. Hier war kein Platz für "sich treffen" und miteinander reden, für Kommunikation. Der Treffpunkt für die unterschiedlichsten Leute auf engstem Raum war tot. Am Eingang ein Lautsprecherwagen der Polizei. Leute, die keine Standgebühr zahlen wollen oder können, werden verjagt. Die Tore werden exakt aum 8 Uhr geöffnet und um 14 Uhr wieder geschlossen. Wie im Kaufhaus!
Oft geht unter verbitterten Besuchern und Händlern angesichts des Ausblicks auf Stacheldraht und Mauern der Spruch vom Käfig, vom Gefängnis um. Mittlerweile hat sich zwar einiges wieder gelockert, aber glücklich ist mit diesem Flohmarkt bis jetzt noch keiner geworden.
Nur einer - der Hauptverantwortliche für die Verlegung - Dezernent Moog kann seinem Vorgesetzten OB Wallmann frohlockend verkünden: Operation erfolgreich durchgeführt! Der Sumpf ist ausgetrocknet! Keine weiteren Vorkommnisse zu vermelden!
Relative Ruhe, ein fauler Frieden kehrt um das Thema Flohmarkt ein. Viele, die jeden Samstag da waren, kommen überhaupt nicht mehr. Andere kommen nur noch selten, oder haben einen neuen Platz am Offenbacher Mainufer gefunden. Doch dieser falsche Frieden sollte nicht lange währen.
Angefangen hat es mit einem Einzelaktivisten, Gerhard Sitzer, der mit Handzetteln, Aufklebern und Unterschriftenlisten erfolgreich versuchte, Öffentlichkeit zu schaffen. Andere Leute kamen hinzu, die mit Flugblättern und Transparenten ebenfalls versuchten etwas zu machen. Es kam zu einem Treffen. Die BACK TO THE RIVER Initiative bildete sich. Ab jetzt wird jeden Samstag ein Info-Stand vor dem Flohmarkt aufgebaut. Unterschriften werden gesammelt und ein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt wird verteilt, Transparente werden aufgehängt, selbstklebende Aufkleber überall in Frankfurt verbabbt. Eine Kundgebung auf dem Schlachthofgelände findet statt, welche auch in der Frankfurter Rundschau erwähnt wird.
Immer wieder bekommen wir zu hören, wir sollten doch nicht nur Flugblätter verteilen, sondern etwas tun, bei dem alle Leute mitmachen können. Gesagt - getan.



NACHTRAG

Um den vorstehenden Bericht zu aktualisieren, noch eine Ergän zung zu den bisherigen ktivitä - ten.
Unsere offensivste Aktion war wohl die Flohmarkt-Demo am 24.11.84, bei der sich 500 Leute mit unserer Sache solidarisierten und unter lautstarkem Protest gegen die herrschende Sauberkeitspolitik demonstrierten. Der Erfolg war, daß dieses Thema durch die Medien in der Öffentlichkeit breiter diskutiert wurde.
Eine Woche darauf starteten wir dann den ersten "Gegenflohmarkt der Republik" (TAZ). Mit Konfettiregen, Glühwein und Feuerspucken boten wir den massenhaft anwesenden Bullen ein unterhaltsames Samstagnachmittagspektakel. Demonstrativ wurde der Wallmann-Flohmarkt in Gestalt eines schwarzen Sarges in den übelriechenden braunen Fluten des Mains versenkt.
Unsere nächste Aktion fand 14 Tage später in Frankfurts gekacheltem Zentrum, der Zeil, statt. Durch die Festnahme einer Frau von unserer Ini wurde die Aktion frühzeitig abgebrochen. Stattdessen zogen wir mit 150 Leuten zum "Verwahrungsknast" und erreichten durch massiven Protest auf der Straße ihre sofortige Freilassung.
Die letzte Aktion am Main, ein Flohmarktzirkus, war ein Flopp, woran sich eine 2-monatige Winterpause anschloß.
Für Anfang März sind nun weitere Aktionen geplant, eventuell eine Demo.
Unterstützt uns mit eurer massenhaften Solidarität.
Erkämpfen wir uns den Flohmarkt zurück!

BACK TO THE RIVER.